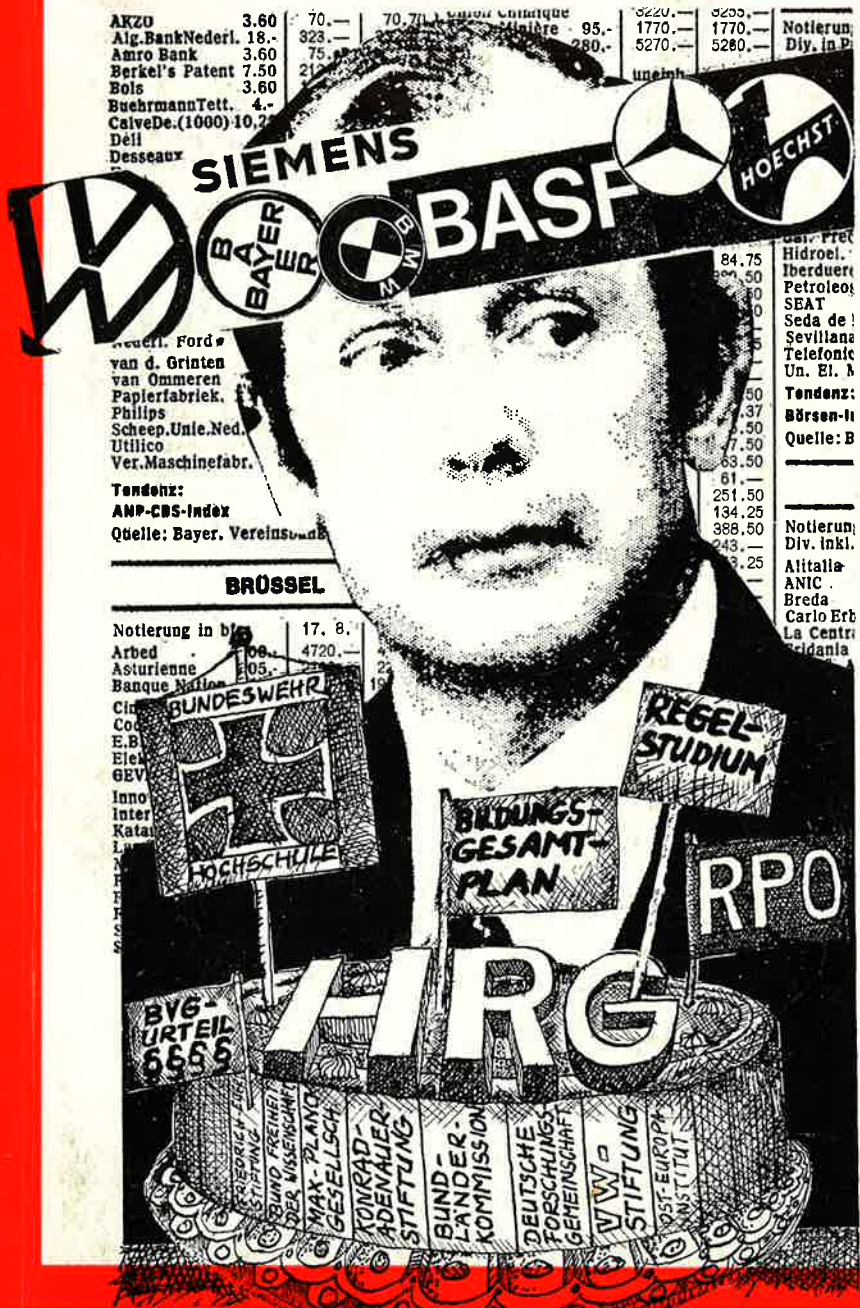
# FACIT 31

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

9. Jahrgang
Preis 2,50 DM




**Hochschulreform im staatsmonopolistischen Kapitalismus**

●

**Chile: Thesen der KP Chiles**

●

**Demokratische Alternative in der Schule?**

●

**Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus**

●

**Festival Rezensionen**

●

**Forderungen des DGB zur Hochschulreform**

# FACIT 31

**November 1973**

**MSB SPARTAKUS**
**Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik**


# Inhalt:


**KP Chile**
Um die Zukunft des Landes — Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles . . . . . 1

**Paul Schäfer**
Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform . . . 9

**Gert Schubring**
Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus . . . . . 47

**Stephan Voets**
Demokratische Alternative in der Schule? — Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien . . 65

**Bericht**
Christiane Reymann
Festival — Erfolg der antiimperialistischen Bewegung . . . . . 77

**Rezensionen**
Sozialistische Erziehung (Werner Rügemer) . . . . . 81

Die vietnamesische Revolution (G. und W. Ritter) . . . . . 84

Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-Tungs. — Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus. (Gerd Hautsch) . . . . . 89

Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen (Martin Bern) . . . . . 92

Kleines politisches Wörterbuch (Thomas Möbius) . . . . . 95

Der staatsmonopolistische Kapitalismus (u. a.; Otto Kern) . . . . . 97

**Dokumentation**
Forderungen des DGB zur Hochschulreform . . . . . 101



# Impressum

erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Hartmut Schulze, Christoph Strawe verantw. Redakteur: Karlheinz Heinemann

Redaktionsbeirat: Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Klaus Naumann, Christiane Reymann

Gestaltung: Jürgen Meyer

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,— DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,— DM, bzw. 4,— DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,— DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600



Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.



Druck: Plambeck & Co. GmbH., Neuss




# Um die Zukunft des Landes

**Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles**

**Das Zentralkomitee der KP Chiles hatte im Mai die folgenden Thesen veröffentlicht, die zur Vorbereitung auf den Parteitag dienten, der vom 25. November bis 1. Dezember des Jahres in Santiago stattfinden sollte. Nun wird dieser 15. Parteitag der KP Chiles nicht in der vorgesehenen Form stattfinden, hat sich die Situation geändert. Die Thesen der Partei sind aber gerade angesichts des faschistischen Putsches und der daraus erwachsenen Fragen an die Strategie der marxistischen Kräfte, der aufgeworfenen ideologischen Probleme von hoher Aktualität. Wir veröffentlichen daher eine vollständige Übersetzung dieser Thesen.**
**Red.**

„Chile, Lateinamerika, die Welt der Unterdrückten und Ausgebeuteten, haben den Marsch angetreten zu einem besseren Leben. Ganz gleich, welche Schwierigkeiten und zeitweisen Rückschläge es auch geben möge, dieser Marsch geht voran, denn es ist der Marsch der Geschichte."

Diese Worte stammen von Luis Corvalan, dem 1. Sekretär der Kommunistischen Partei Chiles, dem erfahrenen Leiter der illegalen Presse der KP in der Zeit der Illegalität von 1948 bis 1958. Erster unter den gleichen Genossen, die sich 200 000 und 100 000 junge Kommunisten zum Ziel gesetzt haben, einer Partei, die diese ungewöhnliche Stärke ihrer leninistischen Organisiertheit, ihrer phantasiereichen, aufopferungsvollen, kämpferischen Aktivität, ihrer arbeiterklassen- und massenorientierten Strategie, ihrer klugen, konsequenten antirevisionistischen theoretischen Arbeit verdankt. Er formulierte dies am 8. Juli 1973 auf einer Aktivtagung der Partei, die unter dem Motto stand „Niemals Faschismus!".

Der Zeitpunkt, in dem diese Zeilen geschrieben werden, Tage nach dem Putsch reaktionärer Militärs und ihrer Hintermänner, hat dem Kampf des chilenischen Volkes, der anderen um Befreiung kämpfenden Völker in den kapitalistischen und nicht einmal kapitalistischen Unterdrückerstaaten, der regierenden Arbeiterklasse im befreiten Teil der Welt einen Rückschlag gebracht. Darüber gibt es keinen Zweifel, auch wenn über die Zahl der Umgebrachten, der Gefangenen, der Gefolterten ebensowenig Klarheit besteht wie über das Ausmaß des heroischen Kampfes der chilenischen Arbeiter und anderen Patrioten. Der revolutionäre Prozeß in Chile ist unterbrochen. Unterbrochen nicht durch die Ungeduld des Volkes, nicht durch die Unzufriedenheit der Bergarbeiter von Lota Schwager, die zu Herren ihrer Gruben geworden und unter menschlicheren Bedingungen erfolgreicher denn je produziert haben. Auch nicht durch die Arbeiterfrauen, deren Kinder drei Jahre lang Milch und damit Lebenshoffnung bekamen, nicht durch die campesinos, die die heruntergewirtschafteten Großgrundbesitze schöpferisch zu leiten begonnen hatten. Nicht durch die Studenten, die Wochenende für Wochenende und in ihren Semesterferien Freiwilligenarbeit geleistet, die Alphabetisierung vorwärtsgetrieben haben.

Wir wissen, wer verantwortlich ist und man braucht nicht nach hehren prosaischen Worten zu suchen: der Imperialismus, allen voran seine barbarischste Variante,

die US-amerikanische, im Bündnis mit den enteigneten einheimischen Bankherren und Latifundistas, dem einheimischen Mumienpack und seinen bewaffneten Knechten.
Die Apologeten dieses Verbrechens am chilenischen Volk ließen nicht lange auf sich warten. Sie sind identisch mit denen, die bei uns seit Monaten den permanenten Verfassungsbruch des Berufsverbotes rechtfertigen. Klar wie selten zuvor haben sie ausgeschrieben und ausgesprochen, daß für sie immer noch Faschismus und Terror legitime Retter der von ihnen gerechtfertigten und ausgeübten Ausbeutungsverhältnisse sind.
Mit ebenso kaum verhaltener Freude hat sich all das zu Wort gemeldet, was sich links vom realen Kommunismus fühlt. Sie, die erfolglosesten der Geschichte der Arbeiterbewegung, die, bzw. deren Vorgänger noch nie in keinem Land der Welt mit ihrer Strategie das Kräfteverhältnis zugunsten der Unterdrückten verändert haben, wähnten ihre mechanistischen Revolutionskonzepte bestätigt. Diese Freude ist in der Konsequenz Freude an der Ermordung tausender chilenischer Patrioten und insofern die zynische Aktualisierung des Beifalls, den die Führung der chinesischen KP dem Massenmörder Numeiri vor zwei Jahren im Sudan gezollt hat. Die Lügenmärchen der bürgerlichen Presse über die Erfolge der UP ergänzen sie durch Schmähungen der Leistungen des Revolutionärs Salvador Allende und vor allem der KP. Sie loben nur sich selbst und allenfalls den MIR, der durch seine abenteuerliche Politik der UP das Regieren und die kontinuierliche Durchsetzung ihrer Politik erschwert und dazu beigetragen hat, den Polarisierungsprozeß innerhalb des zahlreichen Kleinbürgertums und des aus ihm stammenden Militärs zuungunsten der Volksmassen zuspitzen zu lassen.

Ultrarechts und pseudolinks sind sich auch in der Einschätzung der Folgen des Putsches wieder einmal einig. Vom „Allende am Ende" der FAZ bis zum „Scheitern der UP" der sich kommunistisch nennenden Studentenvereine und eines Herrn Enzensberger reicht die Inhaltsgleichheit. Ungeduld und Kurzatmigkeit, beides übrigens Ursachen ihres historisch jeweils nur sporadischen Auftretens, lassen sie nicht erkennen, daß der Prozeß lediglich unterbrochen ist und in anderen Bahnen unter anderen Kampfbedingungen weiterläuft, getragen von denselben Kräften, die ihn bisher zum Wohl des chilenischen Volkes bestimmt haben.

Warum bringt also FACIT die Thesen des Parteitages der KP Chiles, der zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht wird stattfinden können? Sentimentales Memorium? Nein. Denn weder für Sentimentalität noch für trauerndes Angedenken an einen Verstorbenen besteht Anlaß. Sentimentalität schon deshalb nicht, weil sie noch nie guter Ratgeber für die Entwicklung revolutionären Denkens und Handelns war. Von einem Verstorbenen kann ebenfalls nicht die Rede sein. Dafür spricht nicht nur die aktuelle Wirklichkeit des organisierten Widerstandes und der hervorragenden Rolle der Kommunisten in ihm. Die Geschichte der an Marx, Engels und Lenin orientierten Arbeiterbewegung bürgt für das Weiterleben des Kommunismus in Chile, unter welch komplizierten Bedingungen der Illegalität immer. Kein preußisches Gericht, kein barbarisches Sudan-Massaker, nicht die hochentwickelte Waffentechnik der USA, nicht die KZs deutscher Faschisten, nicht die Exekutionskommandos der französischen Bourgeoisie, nicht die Kerker des Zarismus haben es vermocht, die Befreiungstheorie des Sozialismus und deren Träger, die Vorhut





der Arbeiterklasse in die Knie zu zwingen, haben es nicht vermocht, die Kontinuität des siegreichen Kampfes der bisher erfolgreichsten Klasse in der Weltgeschichte zu zerstören.
Die sich freiwillig in den Reihen der Kommunisten organisierenden Genossen sind sich der Möglichkeit bewußt, unter solchen Kampfbedingungen wie in Chile ihre Arbeit fortsetzen zu müssen, setzen sich gleichzeitig aber auch dadurch von fatalistischen und unrealistischen Ideologen ab, die von der Unvermeidbarkeit solcher Rückschläge ausgehen und daher die Vielfalt und Breite kommunistischer Kampfformen auf die eine, die des bewaffneten Kampfes reduzieren wollen. Die Anwendung dieser Ideologie, für die es nicht an opportunistischen Ratgebern in Chile gefehlt hat, sähe Chile heute noch im Elends- und Unterdrückungszustand der Zeit vor der UP.
Die drei Jahre UP sind nicht spurlos an den chilenischen Volksmassen und der Arbeiterbewegung der Welt vorbeigegangen. Das chilenische Volk hat gelernt in diesen Jahren. Es hat konkret, handfest den Unterschied von Imperialismus und Sozialismus erfahren. Es hat an einigen Hebeln der Macht gesessen und diese ausgeübt. Es hat seine Situation selbst verbessern helfen in dieser Zeit, die ihm zustehenden Betriebe in eigene Hände genommen, das Land bearbeitet, Produktionsschlachten gewonnen, Kämpfe geführt. In dieser Zeit schuf es sich den Zugang zu Schulen und Universitäten, wurde es satter, arbeitete es unter ungleich besseren Bedingungen. Freiwilligenarbeit, Steigerungen der Produktionsraten unter denkbar schlechten Bedingungen, die Meisterung der großen von der Reaktion angezettelten „Streiks" zeugten von den neuen moralischen Werten, von der neuen Solidarität, die für die Massen verbindlich geworden waren.
Die Aktionseinheit, Vorbedingung für den Wahlsieg der UP und den ständigen Ausbau der Basis der UP in den weiteren Wahlen, zeigten den übrigen Völkern Lateinamerikas und der Welt in der Tat, nicht nur im Wort, einen der wichtigsten Garanten auch für die Überwindung imperialistischer Ausbeutungsverhältnisse. Daran hat sich nichts geändert.
Die großartige ideelle und materielle Solidarität der sozialistischen Staaten, die unerbittliche Feindschaft und Sabotage der imperialistischen Staaten (von den Interventionen der USA bis zu den Kreditschwierigkeiten, die die BRD praktizierten) zeigte Chilenen und Nichtchilenen, zu welchem Klassenteil der Welt sie gehören und den Unsinn der „Supermächte"-Prediger.
All diese Erkenntnisse und Erfahrungen sind nicht rückgängig zu machen. Sie werden sich widerspiegeln im Widerstandskampf, bei der Fortführung des revolutionären Prozesses in Chile und ebenso in den Kämpfen der anderen Völker.

Eine immer stärkere Rolle in diesen weltweiten revolutionären Prozessen spielen, auch in den Ländern mit gering entwickelter Arbeiterklasse, die kommunistischen Parteien. Je stärker sie sind, desto organisierter und bewußter die Klasse, desto erfolgversprechender der Kampf.
Das erklärt es, falls nach einer Rechtfertigung gesucht werden sollte, dieses wichtige, kluge, illusionslose Dokument der KP Chiles abzudrucken und zu studieren.

Es hilft Klarheit zu vermitteln über den theoretischen Standort der Partei, von der entscheidend die Zukunft des chilenischen Volkes abhängen wird. Wer zu lesen vermag und will, wird in diesem Dokument eine Waffe der Zurückweisung pseudo-

linker Gerüchte über die KP Chiles und ein Hilfsmittel zur Qualifizierung seiner eigenen theoretischen Arbeit haben. Das Dokument kann damit auch die notwendige Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden chilenischen Volk in der BRD weiterentwickeln helfen.

Herbert Lederer

Der vorangegangene Parteitag hat die Notwendigkeit der Einheit von Kommunisten und Sozialstien und der Verständigung mit den anderen Linksparteien zur Bildung einer revolutionären Volksregierung in den Mittelpunkt gestellt. Diese Aufgabe ist erfüllt worden, wobei die anderen Parteien an der Schaffung der Volkseinheit mit gemeinsamen Programmen mitwirkten. Nunmehr teilt die KP die Regierungsverantwortung. Es sind also wichtige Veränderungen im Land und in der Tätigkeit der Kommunisten vor sich gegangen.

**Die Volksregierung – eine historische Errungenschaft**

Die Volksregierung Allende ist eine historische Errungenschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten fortschrittlichen Kräfte. Sie hat das Land in vieler Hinsicht von der imperialistischen Herrschaft befreit, eine vollkommen unabhängige Außenpolitik zum Wohle der Nation, zur Freundschaft mit allen Völkern und für den Frieden in der Welt eingeleitet. Sie hat im Wesen den Großgrundbesitz beseitigt, der vier Jahrhunderte lang in Chile herrschte, und die ersten Schritte unternommen, damit die Mapuche (Indianer Südchiles) ihre Selbstachtung wiedergewinnen.

Die Regierung hat der parasitären Monopol- und Finanzoligarchie entscheidende Schläge versetzt, die Lebensbedingungen der Volksmassen verbessert und dem Volk mehr Freiheit und demokratische Rechte gegeben.

Dieser Wandel bedeutet eine neue Etappe in der Entwicklung des Landes und beweist, daß es neben dem Programm der Volkseinheit und der Regierung Allende keinerlei revolutionäre Alternative gibt.

**Der Kampf der Völker gegen den Imperialismus, für Frieden und Sozialismus**

Der Sieg der Volkseinheit vom 4. September 1970 und die darauf folgenden revolutionären Umgestaltungen haben in Lateinamerika und in der ganzen Welt starkes Echo gefunden. Der Kampf des chilenischen Volkes ist ein Teil des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Chile ist Opfer verschiedener aggressiver Aktionen des Imperialismus. Dabei spielen eine besondere Rolle die Versuche der International Telephone and Telegraph (ITT), die Übernahme des Präsidentenamtes durch Salvador Allende zu verhindern, und die Manöver der Kennecott, den Verkauf des Kupfers zu hintertreiben. Das Volk kämpft für seine endgültige Unabhängigkeit vom Imperialismus, seine volle nationale Souveränität, für die freie Bestimmung seiner Lebensart und Regierungsform, für Fortschritt und Sozialismus. Die Verteidigung unseres Landes, seine territoriale Souveränität und nationale Sicherheit sind eng verknüpft mit seiner ökonomischen Entwicklung, der vollständigen Rückgewinnung seiner Naturreichtümer, dem Wohlstand seines Volkes, der ständigen Verbesserung der Ausbildung und Ausrüstung seiner Streitkräfte und der engen Verbindung zwischen Streitkräften und Volk.

Der Kampf aller Völker der Welt für den Frieden hat in der letzten Zeit bedeutende Erfolge gebracht, die einen Weg zu einer anderen Etappe der internationalen Beziehungen eröffnen. Der Vietnamkrieg ist mit dem historischen Sieg über den Imperialismus beendet worden. Eine Reihe von Abkommen festigen Frieden und Sicherheit in Europa, und die Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsverbindungen zwischen den Ländern der zwei Systeme begünstigt die friedliche Koexistenz, schafft bessere Voraussetzungen für den Kampf der Völker und stärkt das sozialistische Lager.

Kuba, das als erstes Land Amerikas das Tor zum Sozialismus aufstieß, macht Fortschritte beim Aufbau der neuen Gesellschaft. Die Politik der Blockade Kubas, inspiriert von Washington, bricht zusammen, und immer mehr lateinamerikanische Länder stellen ihre Beziehungen mit der revolutionären Regierung Castros wieder her.

Auch außerhalb des karibischen Raumes, im Süden des lateinamerikanischen Kontinents, ist der kräftige Wind der Revolution zu spüren. Chile ist Knotenpunkt des antiimperialistischen Kampfes geworden, in Peru und Panama werden wichtige Maßnahmen gegen den Imperialismus und die Oligarchie getroffen, in Argentinien, Ekuador, Venezuela und anderen Ländern entstehen günstige Bedingungen für soziale Veränderungen. Der Kampf der Völker gegen den Imperialismus bleibt nicht ohne Einfluß auf die Regierungen. Die Grundlagen der Organisation amerikanischer Staaten sind erschüttert, die Wirtschaftsbeziehungen der großen Mehrheit der lateinamerikanischen Länder mit den sozialistischen Ländern haben sich bedeutend erweitert, und viele dieser Länder haben diplomatische Beziehungen mit den sozialistischen Ländern hergestellt und erweitern die kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Beziehungen mit ihnen.

Dies ist die internationale und innere Lage vor dem XV. Parteitag. Sie erfordert eine breite demokratische Diskussion, beginnend von den Parteizellen, die sich auf folgende Fragen wird konzentrieren müssen:

**Keinen Bürgerkrieg zulassen**

1. Der Imperialismus und die Reaktion werden ihre Versuche fortsetzen, die Regierung zu stürzen und das Land in den Bürgerkrieg hineinzureißen. Die reaktionären Klassen, deren Privilegien halbiert wurden, treten Verfassung und Gesetz mit Füßen, verbünden sich mit dem Imperialismus und sind zum Äußersten bereit, um den Fortschritt der Revolution zu verhindern.

Erste Pflicht der Kommunisten ist die Verteidigung der Regierung gegen die Pläne des Imperialismus und der Reaktion, die die Regierung stürzen oder ihre revolutionären Aktionen abschwächen wollen, mit allen Mitteln. Dazu ist es notwendig, die Mehrheit des Landes gegen die Gefahr des Bürgerkriegs zusammenzuschließen und zugleich den Umwandlungsprozeß auszubauen und zu vertiefen.

Die Möglichkeit des waffenlosen Überganges zum Sozialismus bleibt bestehen, denn nur eine verschwindende Minderheit, nur ein Teil der Opposition, Gruppen mit offen faschistischer Tendenz, wollen den verfassungswidrigen Weg beschreiten. Die Sicherung der Fortsetzung des revolutionären Prozesses ist die große patriotische Aufgabe aller Chilenen. Wenn trotzdem die Reaktion den Weg des Aufruhrs beschreiten sollte, muß das Volk bereit sein, ihn rasch und entschieden zu unterdrücken.

Die Arbeiter wissen genau: Sollte es den Reaktionären gelingen, ihr Ziel zu erreichen, so werden sie das Land im Blut ertränken, der Nation schwersten Schaden zufügen und versuchen, alle Errungenschaften des Kampfes von Generationen zu vernichten, die sich von den Idealen des Fortschritts und der demokratischen Entwicklung leiten ließen.

**Gewinnung der Mehrheit für die Sache der Revolution**

2. Die Kräfte und Möglichkeiten der auf der Seite der sozialen Veränderungen stehenden Klassen und Bevölkerungsschichten sind sehr groß. Die Volksregierung wird von der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bauern sowie von weiten Kreisen der Mittelschichten unterstützt und in zunehmendem Maße auch von den Frauen, um die sich die Partei besonders kümmern muß. Auch die Mehrheit der Jugend unterstützt die Revolution mit ihrer freiwilligen schöpferischen Arbeit und durch die Bildung eines neuen Bewußtseins. Das Proletariat kann mit seinen großen Reserven erreichen, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich dem Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft einverleibt. Dazu ist es notwendig, die politische und ideologische Arbeit unter den Arbeitern, Bauern und Angestellten insbesondere in den Einflußgebieten der bürgerlichen Parteien zu verstärken, mehr unabhängige Anhänger von Veränderungen heranzuziehen, das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu entwickeln, Handwerker, Kleinindustrielle und Unternehmer in der Landwirtschaft und im Handel stärker zu unterstützen.

Die Menschen lassen sich in ihrem Handeln vor allem von Klasseninteressen leiten.

Angesichts des Einflusses der Ideen der Bourgeoisie auf einzelne Volksgruppen ist es notwendig, den Nachdruck auf die Klassenpolitik zu verlegen. Dies geschieht weitgehend in der Volksbewegung, an der Angehörige verschiedener Parteien, Marxisten, Freidenker und Christen, teilnehmen. Im Kampf um die Umgestaltung ist es notwendig, das gegenseitige Verständnis aller Volksschichten, ausgehend von ihren sozialen Interessen, zu erweitern.

Die Erringung der Mehrheit schafft günstigere Voraussetzungen für die Zerschlagung der Verschwörerpläne des Feindes, für die raschere Erfüllung des Programms und für die Stärkung der Staatsmacht und Sicherung einer neuen revolutionären Volksregierung bei den Wahlen 1976.

**Die Probleme des Volkes mit den Massen lösen**

3. Die Erreichung der angeführten Ziele ist nur durch die zunehmende Unterstützung der Regierung von seiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen und deren Teilnahme an der Lösung ihrer dringlichsten Fragen: Arbeit, Wohnung, Gesundheitsschutz, Bildung, Erholung, Sport und Kultur möglich.

Rücksichtsloser Kampf gegen Schwarzhändler und Spekulanten und für die Erweiterung des vergesellschafteten und gemischten Wirtschaftssektors, für die bessere

staatliche Verteilung der Grundnahrungsmittel unter der Teilnahme der Massen und der Einzelhändler, der Kampf gegen Wirtschaftssabotage, gegen Verleumdung und Entstellung der Politik der Volksregierung und gegen den Bürokratismus und Nachlässigkeit sind notwendig.
Auch auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und ideologischem Gebiet ist der Übergang zur Offensive auf der Grundlage des Massenkampfs notwendig. Die Feinde sozialer Umgestaltungen, die oppositionelle Parlamentsmehrheit, die reaktionären Akte der Gerichte müssen unter dem ständigen Feuer der Kritik, unter ständigem Druck des mobilisierten Volkes stehen. Dieser Kampf der Massen muß schließlich zu Umgestaltungen führen, die den gesamten Staatsapparat in den Dienst der gesellschaftlichen Erneuerung stellen.

**Die wirksame Hilfe der Völker**

4. Das Bestehen des mächtigen sozialistischen Weltsystems, gestützt auf die Sowjetunion, dient der Entwicklung des revolutionären Prozesses in der ganzen Welt und den Völkern im Kampf für sozialen Fortschritt. Die Hilfe, die Chile von der Sowjetunoin und anderen sozialistischen Ländern erhält, ist und bleibt ein erstrangiger Faktor bei der Lösung der Wirtschaftsprobleme und beim Aufbau der neuen Gesellschaft.
Die internationale Solidarität ist eine entscheidende Kraft jeder Revolution.
Angesichts der imperialistischen Aggression und der Putschversuche der Reaktion verfügt Chile auch über die moralische und politische Unterstützung der Völker und Regierungen Lateinamerikas, Europas und anderer Kontinente. Die Verbindungen mit den sozialistischen Ländern und den Bruderländern Lateinamerikas sowie die Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils müssen weiter entfaltet werden.

**Die Einheit festigen**

5. Die Parteien der Volkseinheit haben zum Unterschied von der Opposition ein gemeinsames Programm. Die Größe der gestellten Aufgaben und die unheilvollen Pläne des Feindes machen jedoch die Verstärkung der politischen Einheit zwischen den Parteien und der Unidad Popular erforderlich.
Ohne Einschränkung der Meinungsfreiheit verschiedener Schattierungen und der Eigenart der einzelnen Parteien muß alles zur Stärkung der Einheit getan werden, damit das Gemeinsame Vorrang hat und die genaue Erfüllung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse auf allen Ebenen der Regierung und der Unidad Popular gesichert ist.
Die Arbeiterklasse hat der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei die größte Verantwortung für die revolutionäre Entwicklung übertragen. Daher ist es dringlich, das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Parteien, sowohl zwischen der Führung wie zwischen den mittleren und den Grundorganisation aufs äußerste zu vertiefen.
Die Bildung der Unidad Popular, der Sieg im September 1970, wurde im offenen Kampf gegen den Klassenfeind und die Ultralinken errungen und war ohne ihn undenkbar. Auch heute ist das Unterpfand weiterer Erfolge der ständige Kampf gegen die Hauptfeinde und der ideologische und politische Kampf gegen die Pseudorevolutionäre, die die Parteien der Unidad Popular gegeneinander ausspielen und die Grundlagen der Regierung untergraben wollen, indem sie versuchen, als Alternative zu ihr eine angebliche Volksmacht zu schaffen.

**Einheitliche Wirtschaftsleitung**

6. Die stärkere politische Geschlossenheit der Volkseinheit und der Regierung müssen vor allem in der einheitlichen und zentralisierten Führung der Wirtschaft zum Ausdruck kommen, denn die Wirtschaftsaufgaben sind dringlich; der Feind versucht ein wirtschaftliches und Finanzchaos zur Erleichterung seiner Putschabsichten zu schaffen.
Die einheitliche Wirtschaftsleitung erfordert die Entwicklung einer klaren, zusammenhängenden, klassenmäßigen Poltiik. Sie erfordert außerdem die Planung der Produktion, die strenge Achtung der Direktiven, die Unterordnung der unteren Organe unter die oberen, die tägliche Kontrolle der Erfüllung der Aufgaben und strenge Rechnungsführung in jeder Produktionsstätte.

**Der Kampf um die Produktion**

7. Der Kampf um die Produktion geht vor allem um die Steigerung der Produktivität, das heißt um die bessere Organisierung der Arbeit in den Betrieben, die bessere Ausnützung der Ausrüstung, die produktive Nutzung von Boden und Wasser und sparsame Verwendung der Rohstoffe. Die Rentabilität der Betriebe muß durch Erhöhung der Produktivität, Senkung der Produktionskosten und den Kampf gegen unnötige Ausgaben gesichert werden, um die notwendigen Mittel für eine wirksame Erhöhung der Löhne und für produktive Kapitalanlagen zu akkumulieren und die Emission von Wertpapieren und Geld sowie das Budgetdefizit zu senken.
Der Kampf um die Produktion muß in allen Zweigen der Wirtschaft und in jeder einzelnen Produktionsstätte geführt werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei eine wesentliche Steigerung der Produktion





im Kupferbergbau und in der Landwirtschaft. Dort sind die größten Reserven vorhanden. Dort liegt auch der entscheidende Punkt, um die imperialistische Blockade und die Blockade in Chile selber zu besiegen und die Devisenschwierigkeiten zu überwinden.

**Wirksame Mitbestimmung der Arbeiter**

8. Eine einheitliche planmäßige Führung der Wirtschaft und die Steigerung der Produktivität hängen in erster Reihe davon ab, daß die Werktätigen mehr Verantwortung übernehmen. Niemand als sie und die technischen Spezialisten kennen die Möglichkeiten dazu besser.
Die Werktätigen müssen an der Ausarbeitung der Pläne und an der Kontrolle ihrer Durchführung teilhaben. Das ist auch der richtige Weg zur demokratischen Leitung des Produktionsprozesses.
Die gesellschaftliche Produktion erfordert Disziplin. Im Kapitalismus war sie auf Hunger und Entlassung begründet. Es ist deshalb notwendig, daß sich eine neue Arbeitsdisziplin entwickelt und festigt. Heute muß sie aus der Teilnahme am Produktionsprozeß, aus dem Zusammenwirken der kollektiven und individuellen Verantwortung, der persönlichen und gesellschaftlichen Interessen entstehen. Dabei haben die Gewerkschaften eine Hauptrolle zu spielen und zusammen mit den Staatsorganen voll und ganz die Führung der Industriebetriebe zu übernehmen. Dadurch wird der Wandel der Produktionsverhältnisse wirkliche Fortschritte machen, ökonomistische Tendenzen werden ausgeschaltet, und das Interesse der Arbeiter wird stärker verknüpft mit der Entwicklung der Betriebe.

**10 einfache Vorschläge für die Steigerung der Produktion**

9. Der wirksamste Impuls für die Steigerung der Produktion liegt in der Anwendung einiger einfacher, einleuchtender Vorschläge, die von allen Arbeitern und dem ganzen Volk verstanden werden können. Folgende Vorschläge sollen besonders hervorgehoben werden:

a) die vollständige und optimale Ausnutzung der Betriebsausrüstungen;

b) Konzentration der Investitionen auf solche Projekte, die zur vollen Auslastung der bestehenden Betriebsausrüstungen beitragen;

c) täglicher Kontakt zwischen Betriebsleitung, Technikern und Arbeitern bei der Lösung der laufenden Produktionsaufgaben;

d) Einbeziehung der Vorschläge der Arbeiter;

e) ständiger Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitern verschiedener Arbeitsbereiche und Betriebe;

f) moralische und materielle Stimulierung für die besten Arbeiter;

g) Übergang zur Selbstfinanzierung der Betriebe durch Kostensenkung und Steigerung der Produktivität;

h) Verbindung der Lohnerhöhung mit der Steigerung der Produktion und der Produktivität;

i) Verbindlichkeit für die Durchführung von Beschlüssen und – falls Beschlüsse nicht befolgt werden – Sanktionen;

j) Verbindlichkeit von Rechenschaftslegungen der Betriebsleitung vor den übergeordneten Organen und vor der Vollversammlung der Arbeiter.

**Der Staat und die Rolle der Volksorganisationen**

10. Der Staatsapparat ist das Hauptwerkzeug des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Dabei ist die Volksregierung, die tiefgreifende revolutionäre Veränderungen anstrebt, auf den bürgerlichen, bürokratischen Apparat angewiesen. Die Ersetzung dieses Apparates ist notwendig, sie ist jedoch nicht mit der Ersetzung der bestehenden Macht durch eine andere Regierung, sondern mit der Verstärkung dieser Regierung verbunden. Sie ist weiter verbunden mit der Schaffung neuer Produktionsbeziehungen, mit Kampfmitteln gegen den Bürokratismus, mit der Tätigkeit verschiedener Volksorganisationen, die einzelne Glieder des Staatsapparates dynamisch machen oder Aufgaben übernehmen, die dieser Apparat nicht erfüllen kann.

Die KP unterstützt die Juntas für Versorgung und Preise, die Bauernräte, Gemeindekomitees, Zentren der Volkskultur und andere Massenorganisationen, die zur Lösung konkreter Probleme entstehen. Diese Organisationen sollen ihre Tätigkeit mit den einheitlichen Gewerkschaftszentren, den Wohnungsjuntas, den Mieterzentren und anderen Massenorganisationen herstellen, die bereits seit Jahren bestehen. Die Industriebezirkskomitees sollen als Grundorganisation des einheitlichen Gewerkschaftszentrums und nicht als dessen Parallelorganisationen arbeiten.

**Für eine neue Kultur**

11. Neben der politischen und wirtschaftlichen Erneuerung der chilenischen Gesellschaft muß sich eine echte Kulturrevolution vollziehen. Diese soll ein neues Bewußtsein schaffen und dem Volk den Zugang zu Bildung, Wissenschaft, Technik und Kunst öffnen. Die Revolution auf dem Gebiet der Kultur soll ein neues Bewußtsein schaffen, das die patriotischen Gefühle stärkt, die besten nationalen Traditionen pflegt, Werke

des Humanismus und der sozialen Verantwortung schafft und den Menschen vor allem in seiner Arbeit achtet. Es soll frei von Rassismus und Chauvinismus das brüderliche Zusammenleben der Völker zum Ziel haben.

Wissen, Kunst und Kultur dürfen nicht mehr im Besitz einer Minderheit sein, sondern müssen dem ganzen Volk gehören. Deshalb ist vor allem eine grundlegende Bildungsreform notwendig, die endlich die Krise im Bildungswesen beendet.

Diese Reform muß durch eine breite, demokratische Diskussion vorbereitet werden und die Meinung und Vorschläge aller interessierten Kreise berücksichtigen.

**Das Programm der Partei**

12. Die strategische Linie der Partei, wie sie in ihrem Programm zum Ausdruck kommt, definiert die chilenische Revolution als antiimperialistisch und antioligarchisch mit sozialistischer Perspektive. Dies bleibt die Generallinie, da wichtige antiimperialistische und antioligarchische Aufgaben ungelöst sind und der Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchie Hauptaufgabe bleibt. Die bei der Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur erreichten Erfolge eröffnen die Möglichkeit neuer Produktionsverhältnisse, die den Weg zum Sozialismus öffnen, wenn die führende Rolle der Arbeiterklasse im Land gesichert bleibt.

Der XV. Parteitag wird bestimmen müssen, inwieweit die Ziele des Programms bereits erreicht sind und auf welche Teile des Programms in Zukunft Nachdruck zu verlegen ist.

**Für eine stärkere Partei**

13. Der letzte Parteitag fand statt, als die Partei in der Opposition stand. Der neue Parteitag findet zu einer Zeit statt, in der die Partei die Verantwortung für die Regierung teilt. Zwischen beiden Situationen besteht ein entscheidender Unterschied. Die Partei hat sich erfolgreich bemüht, den neuen Bedingungen entsprechend zu handeln, selbstlos und treu die Aufgaben in der Regierung und den Massen zu erfüllen. Die heutigen Bedingungen erfordern eine noch stärkere Partei, die in der Lage ist, sich rasch in neuen Aufgaben zurechtzufinden und sie unter Anwendung des Marxismus-Leninismus zu lösen. Wir entwickeln eine solche Partei.

Die Vorbereitung des Parteitags und der Parteitag selbst sollen dazu dienen, einen großen Sprung in dieser Richtung zu machen. Der Entwicklung des Kommunistischen Jugendverbandes, der bereits zu einer mächtigen Jugendorganisation geworden ist, muß besondere Aufmerksamkeit gelten.

Die Parteitagsvorbereitung muß engstens mit dem Kampf der Massen und der Erfüllung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben verbunden sein, die dazu dienen, die Revolution zum Endsieg zu führen.



**Paul Schäfer:**

# Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform

Vorbemerkung:

In allen wichtigen Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien wird hervorgehoben, daß die wissenschaftlich-technische Revolution ein Hauptkampffeld der Auseinandersetzung der Systeme geworden ist und daß sie wesentlich dazu beiträgt, die Widersprüche von Lohnarbeit und Kapital zu verschärfen und damit die Labilität des Imperialismus zu erhöhen.[1]

Folgerichtig muß es Gegenstand der marxistischen Analyse sein, ob und mit welchen Widersprüchen behaftet, die wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus sich vollzieht. Wobei klar sein muß, daß diese Widersprüchlichkeit nicht aus „reinen" Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung resultiert. Vielmehr geht sie hervor aus dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital, entwickelt sie sich nur durch den Kampf dieser beiden Klassen. Dieser Klassenkampf setzt Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise durch, beeinflußt sie und führt schließlich zu ihrer Aufhebung durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Wissenschaft und Technik sind logischerweise nicht nur Kampffeld der Auseinandersetzung von Großkapital und regierender Arbeiterklasse, sondern des nationalen Klassenkampfes selbst.

Ein schwieriges, ungeklärtes Problem ist die Auswirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Ausbildungsprozesse der Bevölkerung im allgemeinen und der Intelligenz im besonderen, weil die Ausbildung nicht allein von den wissenschaftlich-technischen Entwicklungen unter kapitalistischen Bedingungen beeinflußt wird, vielmehr sind gerade die gegenwärtigen politischen und ideologischen Bedingungen des internationalen Klassenkampfes als gewichtige Faktoren zu nennen.

Frühere Arbeiten speziell zur Hochschulformierung beschäftigten sich vor allem mit dem Verhältnis von Kapitalverwertung und Wissenschaftspotential.[2] In dem Maße jedoch, in dem die Diskussionen um die Veränderung der Lehrpläne an den Schulen, um die Studienreform stärker in den Vordergrund treten, wird es für die fortschrittlichen Kräfte zu einer relevanten Frage, in welcher Richtung die Herrschenden Inhalte und Formen des Studiums entwickeln möchten. Bei der Beantwortung dieser Frage stehen wir erst am Anfang. Hier kommt es darauf an, erste Ansätze für die Analyse dieses Problems zu liefern.

Schwierigkeiten bereitet uns auch noch eine Gesamteinschätzung der Formierung. Gibt es die „Bildungspolitik aus einem Guß"[3] oder nicht? Um die Diskussion in dieser Beziehung voranzubringen, wurde der nachfolgende Aufsatz geschrieben.

1 s. Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969
2 Wissenschaft im Klassenkampf, Berlin 1968; St. Leibfried, Die angepaßte Universität, Ffm 1968
3 Steffen Lehndorff, Bildungspolitik aus einem Guß? in: facit 25, Nov. 1971

## I. Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

Die historische Berechtigung des Kapitalismus liegt darin begründet, daß er auf einer bestimmten historischen Stufenleiter der Menschheitsentwicklung mit der Entwicklung der Arbeitsteilung und der Einführung der maschinellen Großproduktion die Vergesellschaftung der Arbeit vorantreibt, die Produktivkräfte – gemessen an ihrer äußerst begrenzten Entfaltung im Feudalismus – entfesselt.

Der Aufstieg des Kapitalismus ist gebunden an die Befreiung der Wissenschaft von feudalen und obrigkeitsstaatlichen Zwängen. Dadurch können zum ersten Male wissenschaftliche Entdeckungen in größerem Umfang für die Entwicklung der Produktionskräfte nutzbar gemacht werden.

Die Jagd nach Profit – dem Motor kapitalistischer Reproduktion – und die freie Konkurrenz treiben die Einzelkapitale dazu, den technischen Fortschritt zu beschleunigen und für die Mehrwertproduktion einzusetzen. Nur wer durch den Einsatz neuer Maschinen und Technologien die Arbeitsproduktivität steigert, d. h. den notwendigen Zeitaufwand pro Produkt senkt, kann im harten Konkurrenzkampf bestehen. Die Einführung neuer Techniken zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist eine wichtige Quelle für den Kapitalisten, Extramehrwert einzustreichen. Dadurch, daß es ihm gelingt, den individuellen Wert der in seinem Betrieb produzierten Waren unter den gesellschaftlichen Wert (der durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt ist) zu drücken, erhält er einen Mehrwertüberschuß, den Extramehrwert. Dieser Extramehrwert ist eine Form des relativen Mehrwerts. Was ist darunter zu verstehen?

Ziel kapitalistischer Produktion ist allein die Verwertung des Kapitals, das für den Einkauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften vorgeschossene Kapital soll profitbringend angewandt werden. Das geschieht, indem die Lohnarbeiter gezwungen werden, über die für ihre Reproduktion notwendige Arbeitszeit hinaus zu arbeiten. Den in dieser Mehrarbeitszeit erzeugte Mehrwert eignen sich die Kapitalisten an.

Die ursprünglich vorherrschende Form der Mehrwertauspressung durch die Kapitalisten war die Verlängerung der Arbeitszeit, die Ausdehnung des Arbeitstages. Doch bald zeigte sich die Grenze dieser Methode: Die Arbeitskräfte verbrauchten sich früh und waren für die produktive Konsumtion durch das Kapital nicht mehr zu gebrauchen. Vor allem aber setzten die Kämpfe der Arbeiterklasse dieser Form der Mehrwertschaffung Widerstand entgegen. So konnten die Arbeiter wichtige Erfolge beim Ringen um die Kürzung der Arbeitszeit erzielen.

So trat mehr und mehr die zweite und für die kapitalistische Produktionsweise spezifische Form der Mehrwerterzielung in den Vordergrund: Durch die Senkung der Arbeitszeit, die für die Produktion der Waren und Dienstleistungen zur Reproduktion der Waren und Dienstleistungen zur Reproduktion der Arbeitskraft nötig ist, erhöht sich relativ die übrige Zeit für die Mehrwertproduktion. Diese Methode nennt Marx Produktion des relativen Mehrwerts.

Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit durch den Einsatz von Wissenschaft und Technik, kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, die mit der Vertiefung der Arbeitsteilung zugleich die unmittelbare Kooperation der lebendigen Arbeit hervorbringt – das beschleunigt die Entfaltung der Produktivkräfte aber zugleich der Akkumulation des Kapitals. Deshalb besteht kein Grund, den Aufschwung der Produktivkräfte in der klassischen Phase des Kapitalismus in idealistischer Verklärung zu betrachten.





Denn dieser zweiseitige Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte und der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist mit relativer, bisweilen gar absoluter Verelendung des Proletariats verbunden, während sich auf der anderen Seite Reichtum und Macht in den Händen immer weniger konzentrieren.

Die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital bedeutet für die Lohnarbeiter Verstärkung ihrer Abhängigkeit von der Maschine, Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Intensivierung der Arbeit.[4]

Zugleich sind schon in der Hochzeit des Kapitalismus dem technischen Fortschritt Grenzen gesetzt.

Der Heißhunger des Kapitals nach Extramehrwert erheischt geradezu die Privatisierung des Wissens, die ausschließliche Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Rahmen des Einzelkapitals. Durch Patente, Lizenzen usw. versuchen die Kapitalisten das letztlich Unmögliche möglich zu machen: Wissenschaft, deren Charakteristikum die Möglichkeit ihrer universellen Ausbreitung und beliebiger Reproduzierbarkeit ist, in die enge kapitalistische Form zu bringen.[5]

Wesentlich aber ist: Die kapitalistischen Bewegungsgesetze setzen die Produktivkräfte in ein antagonistisches Verhältnis zu den Produktionsverhältnissen. Die Entwicklung der Produktivkräfte erzwingt die Sprengung der ihnen durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auferlegten Fesseln. Die revolutionäre Ablösung des Kapitalismus wird notwendig. Mit der Entwicklung des Kapitalismus werden zugleich die Bedingungen seiner Aufhebung geschaffen; der Kapitalismus erzeugt seine eigenen Totengräber, die Arbeiter, die die modernen, vergesellschafteten Produktivkräfte verkörpern.

## II. Staatsmonopolistischer Kapitalismus und wissenschaftlich-technische Revolution

Mit der gesetzmäßigen Akkumulation des Kapitals, die sich in Form anwachsender Konzentration und Zentralisation vollzieht, bilden sich auf einer bestimmten historischen Stufe Monopole heraus. Diese sind dadurch charakterisiert, daß es ihnen auf Grund ihrer beherrschenden Stellung in der Produktion möglich ist, den Marktpreis ihrer Produkte in gewissen Grenzen zu diktieren, damit systematisch Extraprofite zu erzielen und der ganzen Gesellschaft einen Tribut aufzuzwingen. Die Monopole tragen der Vergesellschaftungstendenz der Arbeit in kapitalistisch bestimmter Form Rechnung. Gleichzeitig drücken sie durch die Zuspitzung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung die Überlebtheit des Kapitalismus aus.[6]

Im monopolistischen Stadium des Kapitalismus werden seine allgemeinen Gesetze teilweise erheblich modifiziert.[7]

4 Vgl. Lehrbuch Politische Ökonomie, Vorsozialistische Produktionsweisen, Kap. 12, 13, 14, 15, Ffm. 1972
5 ebenda, S. 184; Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 95 ff
6 ebenda, S. 488–536
7 vgl. S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus, Berlin 1972

Die Beziehung von Monopol – als gesellschaftlichem Verhältnis – und wissenschaftlich-technischem Fortschritt ist eine äußerst zwieschlächtige.[8]
Die Widersprüchlichkeit wird extrem unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der ja unter anderem ein Ergebnis der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution ist.
Ebensowenig wie es eine Stagnation der Produktivkräfte im Imperialismus gibt, kann man von einer Stagnation von Wissenschaft und Technik sprechen.

Die einzelnen Monopole nutzen weiterhin die Möglichkeiten, mit Hilfe der Wissenschaften die Elemente des konstanten Kapitals zu verbilligen, um damit die Profitrate zu erhöhen. Der Konkurrenzkampf zwingt das Monopolkapital dazu, die neue Technik in großem Ausmaß einzuführen.
Zugleich entsteht unter den neuen Bedingungen der Kapitalverwertung die Tendenz zur Stagnation der wissenschaftlich-technischen Entwicklung.

Die Gesetze kapitalistischer Konkurrenz modifizieren sich. Dank ihrer überragenden Stellung entfällt für die Monopole in gewissem Maße der Zwang zur ständigen Erneuerung des fixen Kapitals.[9] Zumal sich die Kapitalisten sehr lange die Investitionen in neue kostspielige Anlagen überlegen. Liegen die Kosten der Maschine über der Summe des Lohnes, die durch ihren Einsatz eingespart werden kann, so wird der Kapitalist die Maschine nicht kaufen.
Mit dem höheren Preis der neuen Maschinensysteme wächst auch die Zeit bis zu ihrer Amortisation. Un dieser Zeitfaktor ist für die Einzelkapitale mit großer Unsicherheit verbunden.
Der Witz liegt jetzt aber darin, daß es nunmehr nicht nur ein Motiv, sondern auch die ökonomische Möglichkeit (durch die Monopole) gibt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aufzuhalten.
„Wenn der Kapitalist im vormonopolistischen Kapitalismus bemüht war, die Nutzung einer Erfindung auf sein Unternehmen zu begrenzen, so läßt im Imperialismus das Monopol die Anwendung bestimmter Neuentdeckungen und Erfindungen überhaupt nicht, nicht einmal in den eigenen Unternehmen zu."[10] Diese Verhinderung der Anwendung wissenschaftlicher Erfindungen erstreckt sich vor allem auf solche, die zu einer Erhöhung der Lebensdauer bestimmter Waren und damit zur Einschränkung von Absatzmöglichkeiten beitragen; ferner auf solche Erneuerungen, die den moralischen Verschleiß spezifischer Erzeugnisse enorm beschleunigen, mitunter ganze Produktionszweige veralten lassen.

„Die Monopole beherrschen Produktion und Markt und haben so die Möglichkeit, ihre Profite eine gewisse Zeitlang nicht durch neue Technik, sondern durch Hochschrauben der Monopolpreise zu vergrößern."[11] Der weit fortgeschrittene Monopolisierungsprozeß gerade im Bereich von Forschung und Entwicklung zeugt von dieser Möglichkeit.

8 Lehrbuch, a. a. O. S. 611 ff; s. zu diesem Gesamtproblem auch: S. L. Wygodski, a. a. O., S. 97 ff., 142 ff., 215 ff.
9 Die materiell-stofflichen Träger des fixen Kapitals sind in der Regel Arbeitsmittel
10 Lehrbuch, a. a. O. S. 612
11 ebenda





In den USA haben die 300 größten Konzerne über 90 Prozent aller Kapitalanlagen in der Forschung monopolisiert. [12] In der BRD betrug der Forschungsaufwand der IG-Farben-Gruppe 1970 17 Prozent des gesamten Forschungs- und Entwicklungsaufwands der gewerblichen Wirtschaft, im Zweig (Chemie) selbst rd. 51 Prozent. Bayer, Hoechst und BASF beherrschen mehr als 30 Prozent der von der gesamtgewerblichen Wirtschaft aufgewandten Forschungsmittel.[13]

„Allein 5 der 10 größten westdeutschen Unternehmen gaben 1969 für Forschung und Entwicklung 2,248 Milliarden DM aus, was über 1/3 der unternehmenseigenen 1/3 und knapp 1/5 der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung (FE) in der BRD ausmacht."[14]

Die früher vorherrschende Form kapitalistischer Konkurrenz, der Preiskampf, wird jetzt stark eingeschränkt. Durch Preisabsprache, Kartellbildungen etc. versuchen die Monopole diese die Profitrate gefährdende Konkurrenz stark einzuschränken. Stärkere Bedeutung erlangt der Kampf um die Qualität der Produkte und die Erweiterung des Produktionssortiments. Doch das ist nicht immer identisch mit der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Großkapitalisten haben Mittel und Wege gefunden, um den Absatz ihrer Produkte auch so zu erhöhen. Durch die künstliche Diversifizierung der Produkte, durch die Manipulation der Bedürfnisse der Konsumenten und durch enorme Aufwendungen für Werbung wird dieses Ziel erreicht. Dazu gehört auch der beschleunigte Verschleiß der Produkte, der zum Neukauf zwingt.

Hieraus geht schon hervor, wie wissenschaftliche Ressourcen brachgelegt bzw. fehlgeleitet werden. Dies schlägt sich insbesondere in die Militarisierung der Wissenschaft im Imperialismus nieder. In den USA gehen über 70 Prozent aller Mittel, die innerhalb eines Jahres für die wissenschaftliche Forschungsarbeit verbraucht werden, in die militärische Forschung.[16]

Welches sind nun die entscheidenden Faktoren, die einer vollen Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus entgegenstehen? Da ist einmal **das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.**

Seine Ursache ist in folgendem zu sehen: Die Verwertung des Kapitals erfordert die Steigerung der Arbeitsproduktivität, den Einsatz verbesserter Produktionstechnologie, um damit Konkurrenten aus dem Feld schlagen zu können. Darüber hinaus erscheint es vom Standpunkt der Kapitalisten logisch, durch die Ersetzung lebendiger Arbeit durch vergegenständlichte Lohnkosten zu sparen. Das hat auch eine direkt politische Seite, denn für die Kapitalisten gilt: „Maschinen streiken nicht"[17]
Dies führt dazu, daß mit der Steigerung der technischen Zusammensetzung des Kapitals auch wertmäßig das konstante Kapital im Verhältnis zum variablen Kapi-

12 ebenda
13 Wissenschaftspolitik und -organisation der Chemiekonzerne in der BRD, in : IPW-Berichte, 8/73, S. 52 f.
14 Protokoll des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie", Köln 1973, S. 102
15 s. R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970
16 Lehrbuch, a. a. O. S. 613
17 J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968, S. 288; zit. nach: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 102

tal steigt, d. h. die organische Zusammensetzung des Kapitals wächst.[18] Da jedoch das variable Kapital die einzige Quelle des Mehrwerts ist, führt diese Entwicklung dazu, daß die Profitrate sinkt.[19]

Schon K. Marx hat herausgearbeitet, daß dieses Gesetz, obwohl es ständig wirkt, durch entgegenstehende Faktoren durchkreuzt wird und daher nur den Charakter einer Tendenz trägt: Es sind dies Faktoren, die die Mehrwertrate anheben, wie die Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit und Faktoren, die die organische Zusammensetzung des Kapitals niedrig halten, wie der Erwerb billiger Rohstoffe durch neokolonialistische Ausplünderung.[20]

Dieses Gesetz ist eine entscheidende Ursache dafür, daß das Ziel kapitalistischer Produktion, die Steigerung der Kapitalverwertung beständig mit dem Mittel zu seiner Verwirklichung, der Entwicklung der Produktivkräfte in Konflikt gerät und die Verwertung letzten Endes sinkt.[21]

Die Auswirkungen dieses Gesetzes werden gegenwärtig besonders deutlich. Das fixe Kapital und die Produktionskapazitäten wachsen enorm an. Das wiederum macht eine kontinuierliche Massenproduktion und die Ausweitung des Absatzmarktes erforderlich. Folglich dürfte es keinen Widerspruch von Produktion und Konsumtion geben. Doch im Kapitalismus treten Produktion von Waren und ihre Realisierung durch die Konsumtion auseinander.

Die relative Überbevölkerung, die Ergebnis der Tatsache ist, daß pro Quantum aufgewandter Arbeitszeit mehr Produkte und Produkteinheiten hergestellt werden können, bezahlte lebendige Arbeit durch vergegenständlichte ersetzt wird und der Druck der Kapitalisten auf die Löhne zwecks Profitsteigerung, begrenzen entscheidend die Kaufkraft der lohnabhängigen Massen. Es gibt also auf gesellschaftlicher Ebene einen Überschuß an Kapital. „Einrichtungen, Maschinen, Rohstoffe und die Bestände an produzierten, aber nicht abgesetzten Waren nehmen bedeutend zu."[22] Um dennoch den Akkumulationsprozeß des Kapitals weiterführen zu können, müssen Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals brachgelegt, vernichtet oder entwertet werden. Da Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse eine dialektische Einheit bilden, wirken auch die Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte ein. Das bedeutet dann: die ungehemmte Entfaltung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus findet nicht statt.

Und der Einsatz moderner Technologien, die radikalen Erneuerungen des fixen Kapitals werfen für die Kapitalisten die Frage auf, ob solche Veränderungen überhaupt rentabel sind. Da die neuen Anlagen in vielen Fällen erst Profite nach mehreren Jahren abwerfen würden und die Kapitalisten auf unmittelbare Profitrealisierung und Stärkung ihrer Konkurrenzposition orientieren, unterbleibt in der Regel die breite Einführung der modernsten Techniken. In der Tat läßt sich belegen, wie die wissenschaftlich-technische Entwicklung durch die Wirkung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate gehemmt wird. So nennt R. Katzenstein folgende Beispiele: „In der Eisen- und Stahlindustrie beispielsweise hätte der Mitte der 50er Jahre einsetzende Investitionszyklus, der den Beginn der technischen Revolution in diesem Bereich kennzeichnet, bei einigermaßen konsequenter Anwendung moderner technischer Verfahren dazu führen können, daß die Eisen- und Stahlproduktion Anfang der 60er Jahre mit 30 Hochöfen, 45 Siemens-Martin-Öfen und 12 Konverter bewältigt wird. Im Betrieb waren aber 118 Hochöfen, 145 SM-Öfen und 70 Konverter. Die Potenzen der technischen Entwicklung waren also nur zu etwa 25 Prozent ausgeschöpft worden."[25]

18 Unter der technischen Zusammensetzung des Kapitals ist das quantitative Verhältnis zwischen der Masse der Produktionsmittel und derjenigen Menge lebendiger Arbeit, die zur Bedienung dieser Maschinen nötig ist, zu verstehen. Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist durch das Verhältnis zwischen der Größe des Wertes des konstanten und der des variablen Kapitals bestimmt. Wobei konstantes Kapital derjenige Teil des Kapitals ist, der sich in den Produktionsmitteln verkörpert; variables Kapital ist der Teil des Kapitals, der für den Kauf der Arbeitskraft aufgewendet wird.

19 Lehrbuch, a. a. O., Kap. 25

20 K. Marx, Das Kapital III., S. 260 ff.

21 R. Katzenstein, Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus. Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/73, S. 715–727

22 Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Ffm. 1972, S. 26





### Die Herrschaft der Maschine über die lebendige Arbeit

Als immer schwerer wiegender Bremsklotz für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erweist sich die Tatsache, daß der Kapitalismus die Produktivkräfte „durch die Verarmung des Arbeiters an individuellen Produktivkräften" entwickelt. K. Marx entdeckte das allgemeinde Produktionsgesetz der Industrie: „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär . . . durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um . . . die Natur der großen Industrie bedingt daher wechselnde Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters."[24]

Doch der Kapitalismus stellt diese Beweglichkeit auf seine Weise her:
durch die ständige Reduzierung von komplizierter auf einfache Arbeit, durch die Nivellierung der Arbeitsqualifikationen. Die Kombination des zerlegten Arbeitsprozesses wird nicht von den Produzenten, sondern von den bezahlten Funktionären des Kapitals vorgenommen.

Schon in der Frühphase des Kapitalismus, der Manufakturperiode, beginnt die traditionelle Kunstfertigkeit des Handwerkers, der noch die Gesamtfertigung eines Produkts vollzog, zu verschwinden. Durch die Abspaltung einfacher und routinemäßiger Tätigkeiten vom Gesamtarbeitsprozeß wird die Detailarbeit ermöglicht. Dieser Prozeß der Entwicklung von hochgradig zerlegter Arbeit und der damit verbundenen Qualifikationsminderung der Arbeitskraft wird bei der Einführung der maschinellen Großproduktion verschärft. Unter kapitalistischen Bedingungen wird es dadurch möglich, selbst Frauen und kleine Kinder in den körperlich sehr anstrengenden Produktionsprozeß zu zwingen.

Wenn K. Marx schon zu seiner Zeit die Notwendigkeit der Disponibilität der Arbeitskraft bestimmen konnte, so gilt das um so mehr für die Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Das Tempo und der Grad der Umwälzungsprozesse, der technischen Grundlagen der Produktion erhöhen sich gewaltig.

23 R. Katzenstein, a. a. O. S. 722

24 K. Marx, Das Kapital I., MEW 23, S. 510/511

Völlig neue Produktionszweige entstehen, die Produktionsstruktur verschiebt sich, und es ergeben sich wichtige Veränderungen im Charakter der Arbeit. Uns interessiert vor allem das Letztgenannte:

Die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Veränderungen der Arbeitsstruktur und Arbeitsinhalte, die nur im Sozialismus adäquat realisiert werden, sind:[25]

- die traditionelle Arbeitsstruktur, d. h. die Anteile zwischen den Facharbeitern, angelernten Arbeitern und den Hilfsarbeitern wandelt sich. „Die wissenschaftlich-technische Revolution verdrängt ... perspektivisch den Hilfsarbeiter und macht den Facharbeiter zur Hauptfigur der Produktion. (Aber nicht den Facharbeiter im traditionellen Sinn und mit traditioneller Ausbildung, sondern den gebildeten Facharbeiter, der die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion kennt, der sich auf der Ebene des Technikers bewegt.)“ [25a]
  Veränderungen in der Struktur des Gesamtarbeiters vollziehen sich auch im Kapitalismus. Auch hier nimmt der Anteil an ungelernter und körperlich schwerster Arbeit relativ ab, wenn auch nicht in demselben Tempo wie im Sozialismus. Doch nicht der hochqualifizierte Facharbeiter, der physische und intellektuelle Fähigkeiten verbindet, wird der bestimmende Qualifikationstyp der Produktionsarbeiter, sondern der angelernte Arbeiter, der auf der Grundlage einer gewissen Allgemeinbildung, in kurzer Zeit eine eng spezialisierte Berufsausbildung durchgemacht hat. [25b]
- Wie K. Marx es in den „Grundrissen“ prognostizierte,[26] tritt der Mensch aus dem unmittelbaren Fertigungsprozeß heraus. Er steht neben dem Produktionsprozeß statt sein Hauptakteur zu sein. Demnach haben wir es damit zu tun, daß physische Arbeit zugunsten geistiger Arbeit zurückgeht. Die lebendige Arbeit verlagert sich auf die wissenschaftliche Konstruktion der Maschinen, auf die Vorbereitung, Überwachung und Organisierung der Produktion. Damit wird zugleich ermöglicht, daß der Mensch aus seiner untergeordneten Stellung in der Produktion heraustritt.

„Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nimmt in der Tendenz die geistig-schöpferische Komponente der Arbeit zu, und die Anforderungen an die Qualifikation der Werktätigen steigen.“[27]

25 siehe zu diesem ganzen Komplex: Die organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems und die Einheit von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt (Thesen) in: wirtschaftswissenschaft 4/73, Berlin; M. Lötsch/R. Weidig: Probleme der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (Thesen) in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8/73; J. Filipec: Kritik bürgerlicher Interpretationen der wissenschaftlich-technischen Revolution, ebenda; G. Fukász, Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Veränderungen der Arbeit, Dt. Zeitschrift f. Philosophie 7/73

25a G. Fukasz, a. a. O. S. 831

25b Ein Beleg für diese These sehe ich in den Stufenausbildungsplänen der Großkonzerne. Die Mehrzahl der Lehrlinge wird für angelernte Tätigkeiten ausgebildet, nur ein sehr geringer Teil kann einen qualifizierten Facharbeiterabschluß machen.

26 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592

27 Die organische Verbindung der Errungenschaften der wtR mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems ..., a. a. O. S. 494





Gerade bürgerliche Wissenschaftler bestreiten diese Entwicklungsprozesse. Sie verweisen darauf, daß mit der weiteren Mechanisierung und Teilautomatisierung die einfache, monotone Routinearbeit zunehme. Doch dazu ist zweierlei zu vermerken: 1. Resultieren diese Erscheinungen nicht aus der wissenschaftlich-technischen Revolution schlechthin, sondern gerade daraus, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nicht genügend entwickelt ist. Einige negative Folgen neuer technologischer Systeme sind Ergebnis der unzureichenden Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution in Tiefe und Breite.[28]
So sind auch im Sozialismus partiell Erscheinungen der Vereinfachung der Arbeit durch die Übernahme bestimmter Arbeitsfunktionen durch die Maschine zu beobachten. Doch diese Erscheinungen werden aufgehoben durch die Übertragung der noch verbliebenen, teilweise monotonen Überwachungs- und Steuerungsvorgänge an teil- oder vollautomatisierter Systeme.
Weitere, gegenwärtig noch dominierende, Lösungswege sind die Einbeziehung dieser Werktätigen in Leitungsfunktionen und die Rationalisierung der Arbeitsprozesse entsprechend den Vorschlägen der Werktätigen.
2. Betrachten die bürgerlichen Wissenschaftler Technik als etwas Neutrales, von gesellschaftlichen Verhältnissen Unabhängiges. Doch dem ist nicht so. Die gesellschaftliche Form, innerhalb derer sich Wissenschaft und Technik entwickeln, prägt deren Charakter und deren Anwendung. Der Imperialismus ist prinzipiell außerstande, den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung zu tragen.

- Die hohen Aufwendungen für die Qualifikation der Werktätigen sind für die Kapitalisten Abzüge vom Profit und damit ein Greuel.
- Um die Ausbildungszeit möglichst kurz zu halten, werden die vermittelten Qualifikationen auf unmittelbare berufliche Erfordernisse reduziert. Dabei kann Disponibilität des Arbeitsvermögens nur durch die Aneignung grundlegender technischer, naturwissenschaftlicher und ökonomischer, sozialwissenschaftlicher Kenntnisse erreicht werden.[29]
- Ein allzu hohes Bildungsniveau der Werktätigen birgt die Gefahr in sich, daß gesellschaftliche Zusammenhänge eher bewußt gemacht werden können. Aus Gründen der Machtsicherung muß deshalb das Bildungsprivileg der Herrschenden aufrecht erhalten werden.
- Die mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität verbundene Senkung der notwendigen Arbeitszeit wird nicht disponible Zeit zur Aneignung der allgemeinen Produktivkraft des Menschen, sondern wird genutzt, um Surplusarbeit zu setzen.[30]
- Aufwendungen für die konkreten Arbeitsbedingungen der Lohnarbeiter erscheinen den Kapitalisten als Verschwendung; daher werden sie möglichst gering gehalten.
  Im Sozialismus dagegen ist eine stetige Verbesserung der Arbeitsbedingungen

28 Wissenschaft für den Menschen. Der humanistische Sinn der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 5/73, Autoren: N. P. Dubinin/I. T. Frolow

29 s. Berufsausbildung heute und morgen, Berlin 1970; darin besonders: Horst Schmidt, Disponibilität und moderne sozialistische Berufsausbildung

30 K. Marx, „Grundrisse“, a. a. O. S. 593

der Werktätigen unabdingbare Voraussetzung und Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen sind untrennbarer Bestandteil bei der Planung technischer Innovationen.

Die oben gemachten Aussagen haben eine doppelte Bedeutung. 1. Der gegenwärtige Kapitalismus ist immer weniger in der Lage, selbst die Reproduktion der Arbeitskraft als Ware sicherzustellen.[31] Die neuen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, die eine höhere Allgemein- und Grundlagenausbildung, bessere Gesundheitsversorgung notwendig machen, werden von den Großkapitalisten nur äußerst widerstrebend und dann noch ungenügend sichergestellt. Die Folge: Viele Arbeiter über 40 finden keine Anstellung mehr, Jugendarbeitslosigkeit, hohe Arbeitsunfallraten, Dequalifikation eines Teils des Gesamtarbeiters. 2. Der gegenwärtige Kapitalismus ist prinzipiell unfähig, die Reproduktion des Menschen als frei entfaltete Persönlichkeit zu realisieren. Die Unterordnung der Volksmassen unter das Monopolkapital verhindert notwendigerweise, daß sie zu einer umfassenden Beherrschung der Gesetze der Natur und der Gesellschaft befähigt werden. Wir haben diese beiden Punkte, die zusammenhängen und deren Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution immer enger wird, auseinandergehalten, weil im ersten Fall der Imperialismus noch einen gewissen Manöverierspielraum hat, dagegen die Herausbildung total entwickelter Individuen nie und nimmer zuläßt.

**Das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Wissenschaft**

Wenn wir als wichtige Charakteristika der wissenschaftlich-technischen Revolution die rapide Zunahme der geistigen Elemente im Arbeitsprozeß und die enge Verbindung von Wissenschaft - Technik - Produktion bestimmen,[32] so sind damit schon die nicht lösbaren Schwierigkeiten einer breiten Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet. Im Kapitalismus verwandeln sich alle Mittel zur Entwicklung der Produktion in Mittel der Unterwerfung und Ausbeutung des Produzenten. Dadurch konstituiert sich ein bestimmtes Verhältnis der Produzenten zu den Maschinen und der Wissenschaft (die ja oft in den Maschinen inkorporiert erscheint). Dieses Verhältnis wird treffend Entfremdung genannt.

Unter den Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise wird der Arbeiter zum bloßen Anhängsel der Maschine. Diese Maschine bestimmt seine Arbeitsfunktion und seine Arbeitsintensität.[33] Von den Kapitalisten wird die Maschine benutzt, um die Fähigkeiten des Arbeiters auf Detailarbeiten zu beschränken und damit seine Abhängigkeit zu erhöhen. Durch die Beschleunigung des Arbeitsrhythmus' der Maschinen wird die Arbeitsintensität der Arbeiter immens gesteigert.

31 A. Lemmnitz, Warum kann die wissenschaftlich-technische Revolution im Staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht verwirklicht werden, in: wirtschaftswissenschaft 3/73
32 Thesen zur wtR in wirtschaftswissenschaft 4/73, a. a. O
33 Lehrbuch, a. a. O. Kap. 14





„Als Maschine wird das Arbeitsmittel sofort zum Konkurrenten des Arbeiters selbst."[34] Der Kapitalismus „ist stets bestrebt – ohne dies je völlig zu erreichen – den Menschen durch die Maschine zu ersetzen, statt die Maschine zum Helfer der Werktätigen zu machen".[35]

Hinzu kommt, daß der entfaltete Kapitalismus die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit verschärft. Geistige Arbeit wird zur Entwicklung des Kapitalverhältnisses, d. h. auch zur Niederhaltung der Produzenten instrumentalisiert.

Aus diesen Gründen ergibt sich, daß das spontane Verhältnis der Arbeiter zu Wissenschaft und Technik entfremdet sein muß. Das ändert überhaupt nichts daran, daß die Arbeiterklasse ein objektives Interesse am wissenschaftlich-technischen Fortschritt hat. Die Arbeiterklasse ist diejenige Kraft, die schließlich die Wissenschaft aus den Fesseln kapitalistischer Produktionsverhältnisse befreit. Schon unter kapitalistischen Bedingungen entwickelt die Arbeiterklasse Forderungen, die auf die Beseitigung aller Einschränkungen der Wissenschaft gerichtet sind. Je unbefangener und rücksichtsloser die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen der Arbeiterklasse. Deshalb ist der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Schichten ein entscheidender Faktor, der der Tendenz zur Stagnation von Wissenschaft und Technik, ihrer Militarisierung entgegenwirkt.

Tatsache bleibt allerdings: Die Sozialökonomische Stellung der Arbeiterklasse im Kapitalismus ist die Ursache für die Einschränkung ihrer geistig-schöpferischen Fähigkeiten. Der reale Sozialismus beweist, zu welchen Leistungen die Arbeiterklasse als machtausübende Klasse fähig ist: „Im Jahre 1970 reichte etwa jeder 6., 1971 jeder 5. und 1972 bereits jeder 4. Werktätige in der sozialistischen Wirtschaft der DDR einen Neuerervorschlag ein."[36] Diese Neuerer-Bewegung, die aktive Beteiligung der Werktätigen bei der Rationalisierung der Produktion und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die vielen Leitungskader, die in Staat und Wirtschaft aus der Arbeiterklasse hervorgehen, sind die Beweise auf die geistig-schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse. Nur diese Einheit von Machtausübung und Schöpfertum der Arbeiterklasse gewährleistet den gewaltigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Sozalismus. Nur hier ist eine qualitative Fortentwicklung der Arbeitsinhalte und der Arbeitsstruktur möglich, die generell die Qualifikation der Werktätigen anhebt, ihre schöpferischen Fähigkeiten ausprägt und die Arbeitsbedingungen durch die tendenzielle Abschaffung von Monotonie und Streß verbessert.

Wenn wir uns noch einmal ein wesentliches Merkmal der wissenschaftlich-technischen Revolution vergegenwärtigen – nämlich den einheitlichen Zyklus Wissenschaft - Technik - Produktion – so erkennen wir einen Faktor der Fortschrittshemmung von einer anderen Seite her: die künstliche Distanzierung der geistigen Arbeit von der Produktion. Das Monopolkapital ist bestrebt, Ingenieure,

34 K. Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23, S. 454
Vgl. auch: Werner Kalweit, Marx und die Technik, in: Einheit 7/73
35 Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O. S. 111
36 R. Weidig, Die Arbeiterklasse im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Einheit 4/73

Techniker und Wissenschaftler von der Arbeiterklasse so weit als möglich fernzuhalten, um daraus resultierende potentielle Gefahren des gemeinsamen Kampfes von Arbeiterklasse und Intelligenz abzuwehren. Gleichzeitig macht die Entwicklung der Produktivkräfte die engere Beziehung von Wissenschaft, Plantechnikern und Arbeitern bei der Konstruktion und Überwachung moderner Maschinen notwendig. Auch diesen Widerspruch kann der Kapitalismus nicht lösen.

Wir sehen also:

Wenn auch die Monopole sich wissenschaftlich-technischer Entwicklungen für die Steigerung ihrer Profite und Festigung ihrer Macht nutzbar machen – die wissenschaftlich-technische Revolution ist im Kapitalismus nicht zu bewältigen. Die wissenschaftlich-technische Revolution ist vielmehr eine der Grundlagen für die soziale Revolution – ein Umwälzungsferment, da sie mit der Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung und der Vergesellschaftung der Arbeit die Sprengung der zu eng gewordenen kapitalistischen Hülle zu einer dringenden Notwendigkeit macht.[37]

### III. Neue Existenzbedingungen des BRD-Imperialismus

Sehr viel Zutreffendes ist über die besondere Rückständigkeit des Bildungswesens in der BRD geschrieben worden.

Die entscheidenden Faktoren, die ein hohes Wirtschaftswachstum trotz Vernachlässigung von Bildung und Wissenschaft begründeten, waren:

- infolge der Kriegsschäden und des überwiegend veralteten Produktionsapparates herrscht die extensiv erweiterte Produktion vor,
- der Raub wissenschaftlicher Ergebnisse und die Abwerbung wissenschaftlicher Kader und Facharbeiter aus der DDR,
- das Monopolkapital, stimuliert durch die staatliche Abschreibungs- und Steuerpolitik, konzentrierte seine Mittel für Forschung auf exportintensive Industriezweige,
- die geringen FE-Mittel wurden in Forschungsbereichen konzentriert, die schnell produktionswirksam wurden.[38]

Doch Anfang der sechziger Jahre veränderten sich die Reproduktionsbedingungen des BRD-Imperialismus. Die ökonomischen Wachstumsraten ließen nach, während sich die imperialistische Konkurrenz verschärfte. Es ist richtig festgestellt worden, daß die Überakkumulations- und Strukturkrise 1966/67 eine Signalwirkung für wichtige Veränderungen des BRD-Kapitals hatte. Das Monopolkapital mußte unter dem Eindruck dieser Rezession verstärkt von der extensiv erweiterten Reproduktion (die Ausdehnung des Produktionsfeldes) zur intensiv erweiterten Reproduktion (Verbesserung, Verwohlfeilerung der Produktions-

37 Andreas Schüler, Bemerkungen zu dem Artikel von J. Kuczinski „Kann die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus durchgeführt werden?" in: wirtschaftswissenschaft 4/73

38 P. Schäfer, Hochschulformierung und HS-Rahmengesetz, in: Marburger Blätter, 3/71, S. 10 ff.





mittel) übergehen. Wenn auch dieser Zwang dadurch abgeschwächt wird, daß neue Arbeitskräfte – vor allem ausländische Arbeiter, aber auch Frauen – in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können.

Doch diese Charakterisierung der veränderten Reproduktionsbedingungen ist höchst unvollständig. Richtig ist, daß der Imperialismus spätestens Mitte der sechziger Jahren in die 3. Etappe seiner allgemeinen Krise überging. Diese Etappe ist wesentlich dadurch bestimmt, daß der Imperialismus die welthistorische Initiative an den Sozialismus abtreten mußte und der Sozialismus maßgeblich das Geschehen bestimmt.[39]

Die **Herausforderung des Sozialismus** und die durch die einsetzende wissenschaftlich-technische Revolution voranschreitende Vergesellschaftung der Arbeit und Produktion erhöhen die Labilität des Imperialismus.

Der deutlicher werdende Beispielcharakter des Sozialismus für die lohnabhängigen Massen und die Vertiefung der Widersprüche des Kapitalverhältnisses rufen die Gefahr revolutionärer Klassenkämpfe hervor. „Die Besonderheiten des modernen Kapitalismus lassen sich im bedeutenden Maße damit erklären, daß er sich der neuen Lage in der Welt anpaßt. In der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus fürchten die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder wie nie zuvor die Ausweitung des Klassenkampfes zur revolutionären Massenbewegung. Daraus erklärt sich das Bemühen der Bourgeoisie, getarntere Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen anzuwenden und ihre Bereitschaft, in einigen Fällen auf Teilreformen einzugehen, um die Massen möglichst unter ihrer ideologischen und politischen Kontrolle zu halten. Die Monopole nutzen in großem Umfang die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um ihre Position zu festigen und die Effektivität und das Entwicklungstempo der Produktion zu erhöhen, sowie die Ausbeutung der Werktätigen und ihre Unterdrückung zu verstärken."[40]

Diese Angst vor dem Sozialismus ergibt sich auch daraus, daß die Bourgeoisie all ihren Prognosen über den Zusammenbruch oder die krisenhafte Entwicklung des Sozialismus gar nicht mehr glauben kann. Die Geschichte zwingt sie zur genauen Beobachtung der sozialistischen Entwicklung, zu einer realistischeren Einschätzung der sozialistischen Staaten. Das bedeutet wiederum auch: Sie müssen lernen, sich nicht nur am status quo zu orientieren, sondern mehr noch an den längerfristigen Planungen der sozialistischen Länder. Das treibt den Imperialisten nicht nur Angstschweiß auf die Stirn. Es provoziert sie zu ungeheuren Anstrengungen, um ihr System mit allen Mitteln am Leben zu erhalten.

Die Antwort der herrschenden Klasse auf diese neuen Existenzbedingungen des BRD-Imperialismus nannten Bundeskanzler Erhardt und seine Kumpane unvorsichtigerweise „formierte Gesellschaft". Der Begriff fiel unter den Tisch, die damit bezeichnete Entwicklung vollzog sich: **Die „Modernisierung" des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD.** Weiter oben

39 Lehrbuch, a. a. O. S. 621 ff.

40 Leonid Breshnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an dem XXIV. Parteitag, Moskau 1971

haben wir schon darauf hingewiesen, daß zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses ein Teil des Gesamtkapitals entwertet werden muß. Die wichtigste Form dieser Entwertung stellt heute die Entwertung des unter der Regie des Staates befindlichen Kapitals dar.[41]

Indem der Staat, wegen ihres hohen fixen Kapitalteils für das private Kapital unrentable Produktionszweige übernimmt, Aufgaben trägt, die nur in gesellschaftlicher Form noch bewältigt werden können (wie Forschung und Entwicklung) und dafür keinen oder geringen Profit einstreicht, fördert er den Akkumulationsprozeß des Monopolkapitals. Eine besondere Rolle für die Gewährleistung monopolistischer Reproduktion spielt die Schaffung eines stabilen, überdurchschnittliche Gewinne garantierenden Marktes in Form staatlicher Rüstungsaufträge. Um seiner Aufgabe gerecht werden zu können, muß der Staat wachsende Teile des Sozialprodukts zentralisieren und an sich ziehen. Diesen neuen Erfordernissen wurde durch eine Reihe von Grundgesetzänderungen 1969 (Finanzverfassungsreform) Rechnung getragen.

Darüber hinaus versucht sich der Staat direkt in den ökonomischen Verteilungskampf einzumischen und regulierend einzugreifen. Mit Hilfe der „konzentrierten Aktion" soll schon die Primärverteilung zugunsten der Monopole beeinflußt werden. Für die Arbeiter und die Gewerkschaft heißt es dann maßhalten, auf Stabilität achten, pipapo.

Neuerdings ist es sogar unter der sozial-liberalen Koalition in Mode gekommen, mit dem Knüppel der Arbeitslosigkeit zu drohen, falls sich die Gewerkschaften nicht mäßigen sollten.[42]

Besondere Bedeutung gewinnt die staatsmonopolistische Programmierung und Planung. Mit ihr soll durch eine prophylaktische Krisenbekämpfung der kapitalistische Krisenzyklus abgeflacht werden. Mit der Planung wird der Versuch unternommen, ein einigermaßen kontinuierliches und hohes Wirtschaftswachstum zu erreichen (s. Stabilitätsgesetz, 1967).

Doch die Erfahrung zeigt, daß diese Ziele in keinem kapitalistischen Land Wirklichkeit wurden. „Die Tatsache, daß das wichtigste Land der kapitalistischen Welt, die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich unter ausnehmend günstigen Bedingungen entwickeln, bei stürmischer wissenschaftlich-technischer Revolution und immer stärkerer Einmischung des Staates in die Wirtschaft, um deren Wachstum zu stimulieren, in den 23 Jahren nach dem Krieg (von 1946–68) das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo der Industrieproduktion nicht über 3,8 Prozent steigern konnten, spricht wohl für sich."[43]

Die Entwicklung zur „formierten Gesellschaft" bedarf auch politischer Veränderungen, d. h. vor allem, der Verstärkung der staatlichen Zentralgewalt. Demokratische Rechte der arbeitenden Bevölkerung werden abgebaut – oft präventiv für härtere Klassenkämpfe – mögliche Positionen demokratischer Kräfte (wie die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen) werden geschwächt. Greifbarer Ausdruck dieser Vorbereitung auf „Zeiten, wo die Sonne der Konjunktur nicht mehr scheint" waren die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze. Die seit der großen Koalition betriebene „innere Staatsreform" hat genau den Inhalt, die reaktionäre Zentralisierung voranzutreiben, um so den Staat besser instand zu setzen, die ökonomische und politische Macht des Monopolkapitals zu sichern und auszubauen.

41 Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O. Kap. I
42 so der Offizialverteidiger der unsozialen Monopolherrschaft, Bundeswirtschaftsminister Friderichs
43 S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus, a. a. O. S. 523





## IV. Hochschulreform als Bestandteil imperialistischer Strategie

Wir sind auf diese Veränderungen in der BRD in den sechziger Jahren vor allem deshalb eingegangen, weil die Umwandlungen im Ausbildungssektor Bestandteil dieser Formierung sind (was noch zu zeigen sein wird) und z. B. die Bildungsplanung nur vor dem Hintergrund der ökonomischen Regulierung und Steuerung gesehen werden kann.
Welches sind nun die Widersprüche, denen die Herrschenden bei der Formierung von Wissenschaft und Ausbildung unterworfen sind und was sind die Hauptmerkmale dieser Formierung?

### Ökonomisierung und Rationalisierung der Ausbildung

1960 hatte sich der Wissenschaftsrat in seiner bildungsbürgerlichen Naivität zum Fürsprecher eines großzügigen Ausbaus der Hochschulen gemacht. Die Bildungseinrichtungen sollten so erweitert werden, „daß sie dem Bedürfnis aller Volksschichten nach wissenschaftlicher Ausbildung entsprechen".[44] Der Bedarf an Akademikern erschien ihm riesig – wohl auch unter dem Eindruck des „Sputnik-Schocks". 1966 empfahl er drastische Reglementierungsmaßnahmen für das Studium (Kurzstudiengänge, Regelstudienzeit, bei Zuwiderhandlungen Zwangsexmatrikulation). 1967 plädierte er in seinen Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970 dafür

– bis 1970 auf keinen Fall weitere Hochschulen zu gründen
– bis 1970 neue Fakultäten nur in Ausnahmefällen zu genehmigen
– bis 1970 nur 142 von über 1000 geforderten Lehrstühlen einzurichten.[45]

Seitdem durchziehen alle bildungspolitischen Pläne der Herrschenden ähnliche Tendenzen. Wie ist das zu verstehen?
Unter dem Druck der Produktivkräfte und der verschärften Systemkonkurrenz sehen sich die Herrschenden gezwungen, eine allgemeine Höherqualifizierung der Lohnabhängigen zu konzedieren. Die größere Zahl von Kindern mit längerem Schulbesuch, die allgemein zu beobachtende Expansion des Bildungswesens verursachen auch steigende Ausgaben für die Ausbildung. Dies zeigt sich in den relativ und absolut steigenden Ausgaben für Bildung und Wissenschaft in den öffentlichen Haushalten. So verzeichnet der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Haushaltsentwurf 1974 7,4 Milliarden DM, d. h. eine Steigerung von 11 Prozent.

44 zit. nach: Wider die Untertanenfabrik, Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule (Hrsg. St. Leibfried)
45 ebenda, S. 363–372

Vom Standpunkt des Kapitals erscheinen diese Ausgaben als Nebenkosten der Produktion (Faux frais), die vermittelt über die Verringerung der Mehrwertmasse auf die Profitrate drücken.[46] Diese Kosten sind nicht nur entsprechend der Ideologie vom „wir-sitzen-alle-in-einem-Boot" auf die Allgemeinheit abzuwälzen, sondern auch möglichst gering zu halten, da sonst die Stützungsfunktion des Staates bei der unmittelbaren Kapitalakkumulation geschwächt würde.
Deshalb also die permanenten Beschränkungen und Kürzungen bei den Aufwendungen für die Bildung (die armen Finanzminister sind dann immer schuld) und u. a. auch deshalb haben bürgerliche Politiker, die Mär von der öffentlichen Armut erfunden.
Die steigende Allgemeinbildung, die höhere Qualifizierung der Werktätigen sind Elemente, die in den Wert der Arbeitskraft eingehen. Das sind Faktoren, die dem Sinken des Wertes der Arbeitskraft entgegenwirken. Dieser Wert hat die Tendenz zum Sinken, da sich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, mit dem selben Quantum aufgewandter Arbeit in kürzerer Zeit die Existenzmittel der Lohnarbeiter herstellen lassen.

Heute aber verstärken sich die Faktoren, die mit den wachsenden Reproduktionskosten den Wert der Ware Arbeitskraft erhöhen. Da der Preis der Arbeitskraft, der von den Kapitalisten bezahlt werden muß (Lohn), von dem Wert der Arbeitskraft abhängt, versucht das Kapital die Wertminderung der Arbeitskraft zu fördern. Die Verkürzung der Ausbildungszeit, Dequalifikation durch moralischen Verschleiß der Arbeitskraft sind Mittel dazu.

Geradezu krankhafte Profitsucht des Kapitals bewirkt die Tendenz zu relativen Verminderung der Arbeitskraft. „Aber die lebendige Arbeit kann nicht so vermindert werden, wie das Profitgesetz es erfordert. Die Entwicklung der Produktivkräfte läßt das nicht zu. Aus der unmittelbar manuellen Tätigkeit vertrieben, taucht die lebendige Arbeit in den intellektuellen Funktionen der Produktion wieder auf: Arbeit der Ingenieure, Leitungskräfte, Techniker."[47] Doch nicht nur für die Produktion steigt die Bedeutung der geistigen Arbeit. Der Bedarf an „geistigen Arbeitern" zur Qualifikation und Herstellung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens (Ärzte, Lehrer usw.) wächst schnell an. Für die Kapitalisten ergeben sich daraus einige Probleme: Zum einen solche, die in den beiden vorigen Abschnitten erklärt wurden.

Spezifisch auf die geistige Arbeit bezogen: In den „Grundrissen" entwickelt K. Marx, daß sich die menschliche Arbeitskraft auch als „capital fixe" ausdrücken lasse, Kapital, das seinen Wert stückweise auf die Produktion überträgt und eine längere Verweildauer hat.[48] Dementsprechend hat qualifiziertes Arbeitsvermögen eine größere wertbildende Potenz als unqualifizierte Arbeitskraft. Doch dieser höhere Wertbildungsgrad wird erst längerfristig wirksam. Zudem haben die bürgerlichen Wissenschaftler keine sichere

46 C. Kievenheim, Zur Stellung der Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur des entwickelten Kapitalismus, in: C. Kievenheim/A. Leisewitz, Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973
47 Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O. S. 97
48 K. Marx, „Grundrisse", a. a. O. S. 522 f.





theoretische Grundlage, um das Maß der Wertsteigerung durch qualifizierte Arbeit zu berechnen. Auch aus diesen Gründen sind die Kapitalisten skeptisch gegenüber dem Einsatz geistiger Arbeit, die höher als manuelle bezahlt werden müßte. Ein weiteres Problem für die Kapitalistenklasse ergibt sich aus dem besonderen Charakter der geistigen Arbeit.

Für dieses Element des Gesamtarbeitsprozesess ist es nicht ohne weiters möglich, ständig neue Detailarbeiten mit geringeren Qualifikationsanforderungen abzudifferenzieren. Damit sind auch der Unterordnung der geistigen Arbeit unter die spezifische Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung der kapitalistischen Produktionsweise gewisse Grenzen gesetzt.[49]

Aber die Kapitalisten suchen nach Möglichkeiten, die völlige Unterwerfung der geistigen Arbeit dennoch zu erreichen. Durch die Übernahme industrieller Arbeitsformen (verbrämt auch teamwork genannt), die damit zusammenhängende Einführung despotischer Leitungsformen des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses auch in der Ausbildung, soll die Abhängigkeit der Intelligenz vom Kapital und ihre Ohnmacht verstärkt werden.

Zum anderen wird durch die Polarisierung der Qualifikation der Intelligenz, durch die Aufspaltung in Rezepteanwender und Rezeptemacher der Versuch unternommen, wachsende Teile der geistigen Arbeit zu entwerten und für relativ eng spezialisierte Tätigkeiten auszubilden.

Für die Bourgeoisie stellt sich ein weiteres Problem: Durch die Expansion des Bildungswesens wird eine steigende Zahl Jugendlicher dem Arbeitsmarkt entzogen. Die Zahl ausbeutbarer Arbeitskräfte sinkt relativ. Wenn es auch die Tendenz zur Verminderung der Arbeitskräfte im Kapitalismus gibt, so schmeckt der Bourgeoisie nicht, daß ausbeutungsfähige Jugendliche stattdessen die Schulbank drücken.

Auf die extensiv erweiterte Reproduktion kann das Kapital nicht verzichten. Und die „Entzugswirkung" durch Ausbau des Bildungswesens kann nur sehr bedingt durch ausländische Arbeitskräfte und Frauen kompensiert werden.
Diese Widersprüche wenigstens relativ zu lösen, bemühen sich die Herrschenden gegenwärtig krampfhaft – denn die „kommunistische Gefahr" sitzt ihnen im Nacken.

Ihr Rezept heißt **Ökonomisierung und Rationalisierung der Ausbildung.**
**Ausdrucksform dieses Prozesses sind: 1. Starker Widerstand gegen die von der Produktivkraftentwicklung geförderte Erhöhung der Ausbildungskosten.** „Die Bewilligung der betreffenden Mittel zeichnet sich durch widerwärtigste Knauserei aus."[50]

Die ganzen Kontroversen um die Bildungsfinanzierung zeigen die Widersprüche, in denen sich die Finanzoligarchie befindet. Zugleich macht die Entwicklung des Bildungsgesamtplans deutlich, wie man sich auf einen mittelfristigen Kompromiß einigt,

49 C. Kievenheim: Zur Entwicklung der geistigen Arbeit und der Intelligenz, in: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970. Beiträge des IMSF 3, Ffm. 1972
50 Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O. S. 129

der allerdings starke Abstriche von ursprünglichen Zielvorstellungen enthält. So sollen bis 1985 17,1 Milliarden DM weniger als ursprünglich geplant für die Bildung ausgegeben werden.[51]

**2. Zentralisierung der Finanzen und der Planungskompetenzen.**

Um die Einordnung der Bildungspolitik in die gesamtstrategischen Ziele des Imperialismus besser vollziehen zu können, muß der Staat wesentliche Kompetenzen über Ausbildung und Wissenschaft an sich ziehen. Nur so kann die Abstimmung von Wirtschaftsplanung und -regulierung und Bildungspolitik zumindest versucht werden. Nur so kann die knauserige Ausgabenpolitik in Bildungsfragen durchgesetzt werden.
Diese Zentralisierung macht natürlich die Schaffung eines entsprechenden Instrumentariums erforderlich. Dem ist Rechnung getragen durch die Grundgesetzänderung von 1969, wonach der Bund bei den sogenannten Gemeinschaftsaufgaben wesentliche Befugnisse erhält. Auf dieser Grundlage wurden die Bund-Länder-Kommissionen für Bildungsplanung und der Planungsausschuß für den Hochschulaus- und -neubau geschaffen. Und zur Umsetzung dieser zentralen Planung für die Hochschulen hat man entsprechende Bestimmungen im Hochschulrahmengesetz. Darüber wird faktisch geregelt, daß die Rahmenpläne von Bund und Ländern von den Hochschulen realisiert werden müssen.

**3. Der Übergang zu einer Bildungsplanung globaleren Charakters.**

Die früher üblichen Planungsansätze, die sich jeweils auf Teilbereiche des Ausbildungssektors bezogen, genügen nicht mehr. Zur Anpassung der Ausbildung an die veränderten Bedingungen der Kapitalverwertung, das heißt auch des internationalen Klassenkampfes, sind gewisse Umstrukturierungen des Gesamtgefüges dieses Sektors unabdingbar.

Solche Umstrukturierungen sind notwendig, damit das Bildungswesen seine Funktion erfüllen kann, der Arbeiterklasse soviel Bildung zugänglich zu machen, wie zur maximalen Profitproduktion nötig ist und partiell die Begabungsreserven der Werktätigen für die Herrschenden nutzbar zu machen.

Globalplanung ist auch deshalb vonnöten, um vom Standpunkt des Kapitals vorhandener oder zu erwartender Disparitäten zwischen einzelnen Bildungsstufen zu vermeiden. Gegenwärtig sieht das Monopolkapital eine Disharmonie vor allem in der „Kopflastigkeit des Bildungswesens".[52] D. h. an den Hochschulen soll besonders eingespart werden. Die Planung globaleren Charakters wird durch den mittelfristigen Gesamtplan und daraus abgeleitete Rahmenpläne für die Hochschulen, Schulentwicklungspläne etc. garantiert.
Diese neue Dimension, die die Planung seit 1969/70 erhalten hat, ist Grund genug, sich ihr genauer zuzuwenden.
Staatliche Planung und Regulierung setzt zweierlei voraus: a) daß exakte Analysen über die Entwicklung der Arbeits- und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten und Prognosen über die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung erstellt werden können; b) daß die auf dieser Grundlage konzipierten Pläne auch durchgesetzt werden können.
Doch da hakt's im Imperialismus gewaltig. **Die bürgerliche Planung** hat, da sie die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse nur sehr beschränkt zur Kenntnis nehmen darf, zentrale Schwächen. Sie **übersieht die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise.**

Der zunehmenden Rationalität der Programmierung mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung im Rahmen eines Monopols steht die durch das kapitalistische Privateigentum verursachte Anarchie der gesamten Produktion gegenüber. Da die Reproduktion der Gesellschaft nicht in gesellschaftlicher Verantwortung durchgeführt wird, sondern maßgeblich von den Interessen der Privatmonopole bestimmt ist, kann es auch keine gesamtgesellschaftliche und realisierbare Planung geben. Die Monopole planen ihre ökonomischen Aktivitäten autonom und lassen sich da auch nicht von Willy Brandt reinreden. Sie erwarten vom Staat, daß er ihnen die allgemeinen Produktionsbedingungen garantiert, sie bei der Verwertung ihres Kapitals besonders unterstützt. Wenn dazu staatliche Programmierung nötig ist — bitte schön — das heißt noch lange nicht, daß sich die Monopole exakt daran halten. Wenn einzelne Monopole durch, gegen die Planung gerichtete, Aktivitäten günstigere Konkurrenzpositionen zu erringen hoffen, sind ihnen staatliche Pläne keinen Pfifferling wert. So kann der Staat nur geringen Einfluß auf monopolistische Preisbildung und die Investitionen nehmen. So erweist sich erneut das Privateigentum an Produktionsmitteln als Anachronismus, der gesellschaftlichem, bewußt geplantem Handeln im Wege steht. Der Einsatz „rationalster" Maschinen treibt die Irrationalität dieses Systems nur auf die Spitze.[53]

**Die kapitalistische Planung ignoriert den sich gesetzmäßig entwickelnden Klassenkampf.**

Deshalb kann sie auch die Lohnkosten, die den armen Unternehmern in den nächsten Jahren aufgebürdet werden, exakt vorhersagen.
Ob die Werktätigen sich auch an die Plandaten halten werden, ist eine ganz andere Sache. Gerade die inflationäre Entwicklung seit Ende der sechziger Jahre, die Versuche der Ausbeuter Lohnsteigerungen zu verhindern und gar rückgängig zu machen, lassen es als unwahrscheinlich erscheinen, daß die Arbeiterklasse sich das auf längere Sicht bieten läßt. Der Verteilungskampf ist auch im Bildungsbereich von besonderer Bedeutung wegen des relativ hohen Anteils an Personalkosten. Und die Ergebnisse dieses Kampfes lassen sich nicht planen. Ganz abgesehen davon, daß für die staatsmonopolistischen Planer der Einfluß der Volksmassen auf die öffentlichen Haushalte als Faktor von untergeordneter Bedeutung erscheint.

**Die kapitalistische Planung leugnet die Zyklizität kapitalistischer Reproduktion.** So geht sie von kontinuierlichen Wachstumsraten aus, die in der Geschichte des Kapitalismus bislang allerdings unbekannt sind.

51 vds-press, Sondernummer zum Bildungsgesamtplan, Sommersemester 1973
52 BDI-Jahresbericht 1969/70, S. 94

53 Der SMK, a. a. O., Kapitel IX.
Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, a. a. O. S. 146 ff., 405 ff., 463 ff.

Für die Bildungsausgaben ist der zyklische Verlauf der Kapitalbewegung besonders wichtig.
In der Abschwungphase beispielsweise hat der bürgerliche Staat alle Hände voll zu tun, um die „Investitionsneigung" der Unternehmer durch höhere Gewinnerwartung zu fördern. Dazu werden dann die staatlichen Aufträge für die Unternehmen erhöht, Ausgaben für Bildung und Gesundheit entsprechend gekürzt.

**Die kapitalistische Planung kann keine wissenschaftlichen Methoden der Bedarfsanalyse und der Prognose der wissenschaftlich-technischen Entwicklung erarbeiten.**

Zur Errechnung des Bedarfs an Arbeitskräften war noch vor kurzem der manpower-approach sehr en vogue. Aus der Berechnung gesamtwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung leitet man die zu erwartende Berufs- und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten und den quantitativen Bedarf ab. Dabei werden vorangegangene Trends in der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung einfach in die Zukunft extrapoliert.

Dieser Ansatz ist in doppelter Hinsicht problematisch: Zum einen wird hier zwischen Ausbildungssystem und Beschäftigungssystem eine unmittelbare Beziehung gesetzt. Der ökonomische Bedarf des Kapitals ist der einzige Maßstab für die Ausbildung und die geforderten Berufsqualifikationen. Doch das so zustande gekommene Ergebnis erweist sich als Bumerang, denn die durch den Wechsel der Arbeit hervorgebrachten Qualifikationsveränderungen werden nicht richtig berücksichtigt. Zum anderen erfassen die Trendextrapolationen nicht die, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verstärkte sprunghafte Entwicklung der Produktivkräfte. Vor allem aber erkennen die bürgerlichen Planer nicht die den gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldeten Hindernisse bei der Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik und ihre Anwendung in der Produktion.
In jüngster Zeit ist ein weiterer Ansatz der Bedarfsanalyse in Mode gekommen, der sich „social demand" schimpft. Dabei wird davon ausgegangen, daß Bildungspolitik Gesellschaftspolitik ist und von deren Zielsetzung her die Ausbildung reguliert werden müsse. Die Vertreter dieser Richtung reden einer expandierenden Entwicklung des Bildungswesens das Wort und schwärmen von der Vermittlung extrafunktionaler Fertigkeiten, wie Lernvermögen, Kreativität, Kommunikation usw. Doch in diesem Konzept stecken viele Illusionen über die Losgelöstheit der Ausbildung vom ökonomischen System; wenn auch einige durch die wissenschaftlich-technische Revolution hervorgerufenen Änderungen der Arbeits- und Qualifikationsinhalte partiell richtig gesehen werden.[54]

Die staatsmonopolistische Programmierung schwankt nun unaufhörlich zwischen diesen Ansätzen hin und her, versucht zu vermitteln, dreht und windet sich, ohne ihr Dilemma beseitigen zu können.

So ähnlich sieht das auch der Wissenschaftsrat: „... muß festgestellt werden, daß aus der Vergangenheit abgeleitete Bedarfsprognosen nur für einen relativ

54 Werner van Treeck, Zur Kritik bürgerlicher Bildungsplanung – am Beispiel der Sozialwissenschaften, Unveröffentlichtes Manuskript, S. 12 ff.





eng begrenzten Zeitraum möglich sind, da sie sich ändernde Anforderungen an Ausbildung und Qualifikation vernachlässigen.[55] Insofern muß der Wissenschaftsrat auch zugestehen, daß die drei vorliegenden Studien zum Gesamtbedarf an Akademikern in der BRD problematisch sind, da sie „vorgefundene Trends und Strukturen fortgeschrieben haben". Andererseits warnt der Wissenschaftsrat vor der rein nachfrageorientierten Expansion der Hochschulen: „... sollten die Regierungen von Bund und Ländern deutlich machen, daß ein nachfrageorientierter Ausbau der späteren beruflichen Möglichkeiten nicht garantieren kann."[56]

Wie die Bildungsplanung konkret aussieht, daß hat die Vergangenheit gezeigt und in der Zukunft wird es nicht viel anders werden. So sind z. B. alle früheren Schätzungen über die Entwicklung der Studentenzahlen durch die Realität weit überholt worden.

Heute wird quasi der Bildungsnotstand in die ungewisse Zukunft hinein verlängert, besser geplant, versteht sich, und auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung und der Masse der Auszubildenden ausgetragen. Das beweisen der Skandal Numerus Clausus und die Ausbauplanung für die Hochschulen bis 1977.

Konnte noch der etwas glücklose Wissenschaftsminister Leussink damals jammern: „Im NC drückt sich wohl am augenfälligsten, schmerzlichsten und blamabelsten unsere derzeitige Misere aus", so ist wohl sein adliger Nachfolger Klaus von Dohnanyi stolz darauf, im Hochschulrahmengesetz endlich ein Instrumentarium zur Senkung der Studentenströme entwickelt zu haben. Damit wird auf lange Sicht der Numerus clausus zementiert, das Ausleseverfahren noch verschärft. Im Wintersemester 1973/74 sind von 52 177 Bewerbern in den NC-Fächern 36 313 abgelehnt worden. Im Hochschulrahmengesetz sind detaillierte Regelungen über den Zugang zur Hochschule getroffen; insbesondere sollen Hochschuleingangsprüfungen und Schulgutachten diese Lektion verstärken. In Abweichung vom Staatsvertrag über den Numerus clausus sollen Bewerber, die sich in der Berufspraxis betätigt haben, zukünftig bevorzugt aufgenommen werden. Dabei heben die bürgerlichen Politiker immer wieder hervor, daß die Bevorzugung dieser Bewerber die Chancengleichheit verbessere. Mehr Arbeiterkinder kämen an die Hochschule.

Doch gemeint ist etwas ganz anderes. Ein Teil der Abiturienten soll gezwungen werden, seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten oder den Staat zu verkaufen, um vielleicht irgendwann studieren zu können. Die besondere Hervorhebung der Bereiche „des besonderen öffentlichen Bedarfs" macht deutlich, daß es sich um Arbeitskräftelenkung handelt und Abiturienten in diesen Bereichen möglicherweise als Lückenbüßer arbeiten dürfen. Köder ist das später evtl. zu erreichende Studium.

55 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum dritten Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (1973–1977), S. 45
55 Die drei Studien sind: H. Riese u. a., Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der BRD, 1967; A. Krafft u. a., Hochqualifizierte Arbeitskräfte in der BRD bis 1980, 1971; L. Alex u. a., Angebot und Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der BRD bis 1980, 1972
56 WR-Empfehlungen, a. a. O. S. 67

Nicht gering zu schätzen ist der Sozialisationsaspekt: Die Abiturienten und Akademiker sollen endlich von ihrer „Distanz zur Welt der Arbeit, der Geschäfte und Berufe" wegkommen.[57] Davon verspricht man sich ihre Integration in das bestehende Herrschaftssystem.

**Insgesamt macht der Numerus clausus deutlich:**

1. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht die Tendenz, immer mehr bürgerlich-demokratische Rechte wie z. B. das Grundrecht auf Bildung über Bord zu werfen.
2. Der Numerus clausus ist ein Mittel der Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs der Besitzenden im Kapitalismus.
3. An der besonders stark ausgeprägten Form des NC in Medizin, Zahnmedizin, Architektur und der absehbaren Einführung des NC auch in lehrerausbildenden Fächern (zumindest an einigen Hochschulen) wird klar, daß in die Bestimmungen des sogenannten gesellschaftlichen Bedarfs gegensätzlich Klasseninteressen eingehen. Der Ärzte- und Lehrermangel wird konserviert, entgegen den grundsätzlichen Bedürfnissen und Interessen der arbeitenden Menschen.

**Der Wissenschaftsrat sieht in seinen Empfehlungen große bildungspolitische Gefahren auf die Herrschenden zukommen, wenn es nicht rasch gelingt, eine Reihe von Maßnahmen zu verwirklichen.**

„Aus der Vorausschätzung der Zahl der Studenten, die je nach Annahme über die Verweildauer im Jahre 1977 zwischen 840 000 und 920 000 liegen wird, ergibt sich, daß bei dem nach den Anmeldungen der Länder zu erwartenden Ausbaustand von rund 730 000 bis 800 000 nicht alle Studienbewerber einen Studienplatz finden können."[58]

**Der Wissenschaftsrat schlägt insbesondere drei Maßnahmen vor, um der Situation Herr zu werden.**

- „Die erste Voraussetzung liegt in der entschiedenen Betonung der berufsbezogenen Elemente beim Aufbau der Sekundarstufe II."[59]
  Etwas klarer wird das von Vertretern des Bundes Freiheit der Wissenschaft ausgedrückt: „Das Kennenlernen nichtakademischer Berufe wird auch manchen Gymnasiasten zeigen, daß er nicht unbedingt studiert haben muß, um einen ihn ausfüllenden Beruf zu finden."[60]
- Die zweite Voraussetzung ist, das Verfahren zur Bestimmung derjenigen unter den formal Berechtigten entwickelt werden, die zu einem Hochschulstudium zugelassen werden können. Implizit nennt der Wissenschaftsrat Hochschuleingangsprüfungen.[61]
- Als dritte Maßnahme schlägt der Wissenschaftsrat die Kürzung der Verweildauer der Studenten an den Hochschulen vor. Gerade von dieser Maßnahme verspricht sich der Wissenschaftsrat große Kapazitätserweiterungen der Hochschulen. Zur Erreichung dieses Ziels sollen Regelstudienzeiten eingeführt und Kurzstudiengänge stark ausgebaut werden.[62]

57 Hans Maier, „Bildungsreform in der Sackgasse – Was nun?", 1972
58 Wissenschaftsrat, a. a. O. S. 57/58 – Leider ist der 3. Rahmenplan noch nicht veröffentlicht worden. Er wird sich aber nicht wesentlich von den WR-Empfehlungen unterscheiden
59 ebenda, S. 57
60 Erich Röper, „Zwölf Jahre Schulpflicht", in: HPI, Nr. 8, April 1973, S. 10
61 Wissenschaftsrat, a. a. O. S. 57





Bei der **vom WR vorgeschlagenen Aufteilung der Studenten nach Fächern** ergeben sich gegenüber früher drei Akzentverschiebungen:[62a]

**1. Verminderung der Zuwachsrate in den meisten lehrerbildenden Fächern.** Dabei wird ausgegangen von dem durch den „Pillenknick" sinkenden Lehrerbedarf. Der Wissenschaftsrat vollzieht also da die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eben jene Metarmorphosen, nach denen aus dem Lehrermangel binnen kurzen ein Lehrerberg wird. Die mehr als zweifelhaften Statistiken, ihre Verfälschungen und sonstige Verschleierungsversuche, die dazu herhalten müssen, sind bekannt.[63]

**2. Der stärkere Ausbau in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.** Sieh da! Der aufgeblähte Macht- und Verwaltungsapparat der Verwaltungskonzerne und des Staates soll noch mehr Blähungen bekommen. Der Hinweis auf die hohe Flexibilität (vielseitige Einsetzbarkeit) dieser Bereiche, zeigt genau an, daß der Bedarf an bürokratischen Tätigkeiten (Verwaltungsbeamte, Kapitalfunktionäre) den der SMK hervorbringt, steigt.

**3. Ausbau der Ingenieur- und Naturwissenschaften proportional zum Gesamtausbau, aber besondere Förderung kürzerer Studiengänge.**

In den ersten Rahmenplänen war hierfür ein sehr starker Ausbau vorgesehen. Die Abschwächung der Prioritäten dieser Fächer hat wohl u. a. darin einen Grund, daß die vom Kapital benötigten technischen und naturwissenschaftlichen Fachkräfte stärker als bisher in den kapitalistischen Unternehmen selbst ausgebildet werden. Den Konzernen ist diese Lösung lieber, weil sie dadurch die wissenschaftlichen Kader stärker an sich binden können. Vorbedingung ist allerdings, daß der Staat mindestens einen Teil der Kosten trägt.

Über die Medizin läßt sich der Wissenschaftsrat lieber nicht aus. Hierzu sollen erst Untersuchungen vorgenommen werden. In der Zwickmühle sind die Wissenschaftsmanager ganz sicher: Die Überalterung der Ärzteschaft, die zukünftig erst richtig spürbar werden wird, die relativ geringen Studentenzahlen durch den jahrelangen NC machen den Ärztemangel zu einem der dringendsten gesellschaftspolitischen Probleme.
Unsere Erfahrungen und Erkenntnisse besagen aber auch, der WR und die hinter ihm stehenden Kräfte werden den Ärzte- und Lehrermangel nicht beheben. Dazu muß die Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß auf Bildung und Wissenschaft gewinnen.

62 ebenda, S. 60 f.
62a vgl. S. Lehndorff, Bildungspolitik aus einem Guß, a. a. O.
63 C. Kievenheim, U. Nitsch, D. Pollmann, Materialien zur Lage der Lehrerschaft in der BRD, in : Kievenheim/Leisewitz, Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, a. a. O.

Daß sich das Hochschulausbauprogramm mehr im Rhythmus der Echternacher Springprozession als kontinuierlich vollzieht, machen **die Anmeldungen der Länder zum dritten Rahmenplan** deutlich.[64] Der Vergleich der Anmeldungen zum 2. und 3. Rahmenplan für den Zeitraum 1974 bis 1976 zeigt: Hessen hat für den 3. Rahmenplan 761 Millionen DM angemeldet. Im 2. Rahmenplan waren es noch 960 Millionen. Rheinland-Pfalz will statt den im 2. Rahmenplan vorgesehenen 690 Millionen nun nur noch 505 Millionen DM aufwenden; pro Jahr sollen 60 Millionen DM weniger ausgegeben werden.

Da erhebt selbst der Wissenschaftsrat den Zeigefinger: „Angesichts der zu erwartenden Studentenzahlen sollte erwogen werden, das Finanzierungsvolumen zu erhöhen."[65] Niedersachsen will 360 Millionen weniger als früher vorgesehen ausgeben.

Baden-Württemberg will zwar einen höheren Gesamtbetrag aufwenden, vor allem entfallen wesentlich höhere Raten auf Grunderwerb, Großgeräte und Rechenanlagen. Offensichtlich kalkuliert man die Preis-Profit-Spiralen mit ein. Für die eigentlichen Baumaßnahmen jedoch will Baden-Württemberg 225 Millionen DM weniger aufbringen.

In Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein bleiben die Beträge gleich; Nur Bayern (die hams am nötigsten) will 110 Millionen und Nordrhein-Westfalen 360 Millionen DM mehr ausgeben.

Wobei anzumerken bleibt, daß eine Aufschlüsselung, wie im Fall Baden-Württemberg hier nicht möglich ist.

### 4. Die Erhöhung der Durchlaufgeschwindigkeit der Studenten.

Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden,

- daß ein höherer Prozentsatz an Studierenden Kurzstudiengänge absolviert,
- daß mit Zwangsmaßnahmen die Einhaltung einer Regelstudienzeit verwirklicht wird (s. das Hochschulrahmengesetz),
- daß die Arbeitsintensität für Lehrende und Lernende enorm gesteigert wird.

Das, was in den Schulen schon seit langem zu beobachten ist, die Intensivierung der Arbeit des Lehrers, um den Anteil unbezahlter Mehrarbeit zu erhöhen und um neue Lehrkräfte einzusparen, können wir tendenziell auch an den Hochschulen feststellen.

So deuten die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Hochschullehrer, die Anrechnung bestimmter Lehrdeputate für die Hochschullehrer und die Schaffung von vorwiegend in der Lehre tätigen Hochschullehrerstellen in diese Richtung.

Für die Studenten erscheint dieser Prozeß als Verschulung des Studiums. Und trotz gegenteiliger Beteuerungen der Herren aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und schönen Formulierungen des HRG, wonach den Studenten die Möglichkeit offen gehalten werden soll, sich frei wissenschaftlich zu betätigen, besteht kein Zweifel, daß die Studenten mehr an die Kandare genommen werden.

64 WR, Anlage 1 und 2
65 ebenda





### Verteidigung der heruntergekommenen bürgerlichen Wissenschaft und Schmalspurbildung

Studienreform ist das Kernstück der Hochschulreform, Curriculareform, Hochschuldidaktik, Fachdidaktik, Bildungstechnologie – wozu dieser ganze Zauber? W. Hofmann hat völlig recht, die Krise der Universität ist die Krise ihres Inhalts.[66]

Der Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft spiegelt sich notwendigerweise auch im Überbau, also auch in der Ideologie, wider. Seit die bürgerliche Gesellschaft dem Fortschritt der Menschheit im Wege steht, hat die bürgerliche Ideologie die Funktion, die Klassenantagonismen zu verschleiern und die kapitalistische Unordnung als natürlich, ewig, gottgewollt hinzustellen. Sie muß sich also die Einsicht in die tatsächlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse verbieten. **Je mehr die Labilität des Imperialismus zunimmt und sein reaktionärer Charakter offenbar wird, desto mehr entfernen sich die hehren Sprüche der Bourgeois-Ideologen über Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit von der Realität.**

Mit der Stärke des Sozialismus findet auch die einheitliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, zunehmende Verbreitung unter der Intelligenz. Während der Marxismus sich mit den Erkenntnissen der Wissenschaft im Einklang befindet, diese philosophisch verallgemeinert und eine Erklärung für die Gesetze der Natur und Gesellschaft gibt, muß die bürgerliche Ideologie zu irrationalen, mystischen und antihumanistischen Erklärungen des Weltgeschehens greifen. Diese Tendenz kehrt sich besonders hervor mit dem Übergang des Kapitalismus zum Imperialismus.

**„Für die bürgerliche Ideologie ist charakteristisch, daß sich in der Periode der allgemeinen Krise zur spezifisch imperialistischen Demagogie entwickelt. Das führt notwendig zur Zersetzung der bürgerlichen Ideen selbst, zu einer allgemeinen Wende, zur ideologischen Reaktion. Die Zurücknahme der Emanzipations- und Gleichheitsideen sowie der Fortschrittskonzeption, der Abbau der bürgerlichen Humanitätsideale sind hierfür charakteristisch."[67]**

Die Folge dieses Zersetzungsprozesses wird im Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus völlig zutreffend beschrieben: „In dem Maße, wie Natur- und Sozialwissenschaften antihumanistischen und militärischen Zielsetzungen untergeordnet werden, wird einem wachsenden Teil der Wissenschaftler und Studenten der Widerspruch zur ursprünglich aufklärerischen Gesinnung, zum unbefangenen Streben nach Erkenntnis, zum überlieferten bürgerlichen Wissenschaftsethos deutlich . . . Mit der wachsenden Attraktivität der sozialistischen Länder, gerade auch in der Entwicklung von Wissenschaft und Ausbildung und

66 Werner Hofmann, Die Krise der Universität, in: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Ffm. 1968
67 V. Wrona, Die Offensive des Marxismus-Leninismus und die Krise der Ideologie des Imperialismus, in: Einheit 4/73, S. 395

mit den verstärkten Kämpfen der eigenen Bevölkerung beginnen sie (die Wissenschaftler), ihre wissenschaftliche Arbeit an den Interessen des werktätigen Volkes zu orientieren."[68]

**Dies ist das erste Problem für die Verteidiger der überlebten Ausbeuterordnung: Eine Antwort auf die Offensive des Marxismus-Leninismus zu finden und die Intelligenz ideologisch völlig auf ihre Seite zu ziehen.**

Die außerordentliche Relevanz dieser Frage für die Herrschenden resultiert aus der Bedeutung der Intelligenz und der Hochschulen für die Ideen, Produktion und Verbreitung, aus dem Einfluß von Intelligenzgruppen auf die Ausbildung der Jugendlichen (Lehrer) und die Massenkommunikationsmittel.

Die durch den engen Horizont des Kapitals begrenzte bürgerliche Wissenschaft entwickelt eine gewisse Eigengesetzlichkeit. Da sie die Grundfragen gesellschaftlicher Entwicklung ausklammert und die philosophischen Konsequenzen der naturwissenschaftlichen Entdeckungen fürchtet, nimmt der Prozeß der Arbeitsteilung und Differenzierung der Wissenschaften unter kapitalistischen Bedingungen einen spezifischen Verlauf.

Mit der Einbeziehung der Wissenschaften in den Vergesellschaftungsprozeß der Arbeit vertieft sich notwendigerweise ihre Differenzierung und Spezialisierung. Konnte man noch zu Zeiten A. Comtes von einigen wenigen Hauptkategorien wissenschaftlicher Disziplinen sprechen, so hat die intradisziplinäre Zerstückelung seit dem Ende des 19., dem Beginn des 20. Jahrhunderts eine Unzahl wissenschaftlicher Disziplinen hervorgebracht. Unter den bürgerlichen Verhältnissen ist aber das spezifische, daß das Moment der Teilung gegenüber dem der Kooperation der jeweiligen Wissenschaften bei weitem überwiegt.

**Der Zellteilung der akademischen Disziplinen, die dann unvermittelt nebeneinander stehen, entspricht ihre Enttheoretisierung.**

Da gibt es die positivistischen Sozialwissenschaftler, die sich selbst ein Brett vor den Kopf nageln und ob der Mannigfaltigkeit der gesellschaftlichen Erscheinungen die Gesellschaft nicht mehr sehen.

Da gibt es ausschließlich praktizistisch orientierte Disziplinen, die Arbeits- oder Werbepsychologie, die auch ohne theoretische Fundierung der Kapitalverwertung dienen können.

Sie alle haben vergessen, daß sie eines Ursprungs sind. Sie sind Abkömmlinge jener Philosophie, die noch grundsätzliche Erkenntnisse über die Natur, den Menschen und die Gesellschaft zu gewinnen trachtete.

„Der unverkennbaren Enttheoretisierung vieler Hochschulfächer entspricht deren Enthistorisierung. Mit dem Bewußtsein ihres Zusammenhangs verlieren die atomisierten Teildisziplinen auch das ihrer Herkunft . . . Die zünftige Geschichtswissenschaft hat längst ihren Zusammenhang mit der Geschichtsphilosophie gelöst. Dem redlichen Verzicht auf Spekulation ist auch die Idee des

68 „Für die eigenen Interessen kämpfen – mit der Arbeiterklasse verbünden", Programm des MSB Spartakus für das gemeinsame Handeln der Studenten, S. 33





geschichtlichen Zusammenhangs, der großen historischen Tendenzen, der gesellschaftliche Totalität, vollends des geschichtlichen Fortschritts anheimgefallen."[69] Werner Hofmann schreibt weiter:

„Das System der unterteilten Zuständigkeit führt zu Unzuständigkeit jedes einzelnen für das Allgemeine und schließlich zur Unverantwortlichkeit selbst gegenüber den Resultaten des eigenen Tuns, des eigenen Forschens und Wirkens."[70] Man sollte diesen Sachverhalt so ausdrücken: Der Wissenschaftler, dessen Produkte von den Mächtigen angeeignet und auch mißbraucht werden, der den Resultaten seiner geistigen Anstrengung entfremdet ist, wird leicht die gesellschaftlichen Implikationen seines Tuns verdrängen und sich in seinem Fach abkapseln.

Zuzustimmen ist W. Hofmann auch, wenn er als ein Moment bei der Entstehung der Studentenrevolte diese Erscheinungsform der Krise der bürgerlichen Wissenschaft nennt (nämlich ihre Zusammenhanglosigkeit). „In dem fordernden Anspruch einer Häufung von blinden, selbstgenügsamen Spezialitäten ist wohl die eigentliche Pein des studentischen Daseins von heute zu sehen."[71]

**Die Studentenbewegung – das ist auch Aufstand gegen die Borniertheit der bürgerlichen Ideologie – das ist auch Aufstand dagegen, daß die Bourgeoisie – indem sie den Mann der Wissenschaft zu ihrem bezahlten Lohnarbeiter macht – ihn zugleich ohnmächtig gegenüber der Verwertung seiner Erkenntnisse machen will.**

Doch bei den Auseinandersetzungen um die Veränderung der Ausbildungsinhalte hat die Bourgeoisie nicht nur die Befriedung der Studenten im Sinn. Es geht um eine Reihe von Problemen mehr:

– **Das Fehlen einer übergreifenden Theorie führt zu Behinderungen des wissenschaftlichen Fortschritts im Fach selbst.** „Die Enttheoretisierung der Einzeldisziplinen bedeutet für diese selbst zunehmende Desorientierung im rein fachlichen. Im bloßen Material einer Detailwissenschaft liegt ein Bauplan, eine Bedeutungsskala nicht beschlossen."[72]

**Zur Lösung vieler praktischer, gesellschaftlicher Aufgaben ist das Zusammenwirken verschiedener Wissenschaftsdisziplinen erforderlich.**

Diese Widersprüche zwischen vollkommen zerlegten Wissenschaften und den objektiven Integrationsprozessen in der Wissenschaft verschärfen sich mit der Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Die der Differenzierung entgegenlaufenden Tendenzen verstärken sich; die starke Überspezialisierung erfährt eine Umkehrung:

69 W. Hofmann, a. a. O. S. 15/16
70 ebenda, S. 19
71 ebenda, S. 17
72 ebenda, S. 17
Nicht umsonst werden heuzutage Klagen geführt über das mangelnde theoretische Niveau der positivistisch orientierten Sozialwissenschaften. Die Anhäufung ganzer Berge empirischen Wissens, ohne Erklärungszusammenhänge aufzuspüren, ist selbst zur Funktionalisierung der Wissenschaften für die kapitalistische Herrschaftsstabilisierung untauglich geworden. Siehe dazu J. Filipec, a. a. O.
Für die Biologie entwickeln Dubinin, Frolow, a. a. O. – die untrennbare Verbindung fachlicher und gesellschaftlicher Fragestellungen.

Bislang divergierende Richtungen werden durch Querverbindungen untereinander verbunden (Bio-Chemie, physikalische Chemie). Es bilden sich Querschnittswissenschaften, wie die Kybernetik heraus, die z. B. mathematische, naturwissenschaftliche, ökonomische Erkenntnisse in sich vereinigen.

„Ein großer Teil moderner Forschung ist seiner Natur nach interdisziplinär, d. h. er erfordert die Inanspruchnahme aller Hilfsmittel der Wissenschaft von der Mathematik bis zur Biologie und den Gesellschaftswissenschaften."[73]

Nur die Kooperation der verschiedenen Wissenschaften kann zur Bewältigung solcher Probleme wie Umweltschutz und Städtebau — und Planung beitragen.
Doch für die Herrschenden erwachsen aus diesen Integrationsprozessen Gefahren:
Zum einen „wissenschaftsimmanente": Der sich auch in den genannten Integrationsprozessen ausdrückende Fortschritt in der Wissenschaft bedeutet z. B. für die Naturwissenschaften Anerkennung und Bestätigung der materialistischen Dialektik. Wir verzeichnen nicht von ungefähr zwei Entwicklungstendenzen in den Naturwissenschaften:

„Erstens entwickelt sich in wachsendem Maße die Erkenntnis von der materiellen Einheit der Welt. Die zeigt sich in der Herausbildung allgemeiner Theorien, durch welche die vielfältigen, vorher isoliert gesehenen Erscheinungen in einen allgemeinen gesetzmäßigen Zusammenhang gebracht werden ... dieses Streben hat seine bisher höchste Stufe in der allgemeinen Relativitätstheorie erreicht.
Die zweite Tendenz zeigt sich darin, daß die Naturwissenschaft in steigendem Maß von der Oberfläche der Erscheinungen in das Wesen der Materie vordrang und dadurch mit der widersprüchlichen Natur der Materie konfrontiert wurde, die der dialektische Materialismus längst als deren allgemeinstes Bewegungsgesetz erkannt hat."[74]
Zum anderen sind es „politische" Gefahren: Durch die von der Produktivkraftentwicklung geforderte verstärkte Einbindung der Wissenschaft in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß droht die Neutralitätsideologie vieler Wissenschaftler flöten zu gehen. Und diese Ideologie der angeblich wertneutralen Wissenschaft ist gerade wichtiges Bindemittel der Intelligenz an die Bourgeoisie.

Doch so ganz kann sich die Monopolbourgeoisie nicht den oben skizzierten Prozessen entziehen. Sie muß jedoch versuchen, diese Entwicklung in den Systemgrenzen zu halten.
Das geschieht, indem gesellschaftliche Fragestellungen in den Naturwissenschaften, in der Medizin usw. weiterhin eine marginale Rolle zugewiesen bekommen.
Weiter wird interdisziplinär wissenschaftliche Arbeit direkt auf die praktischen Bedürfnisse der Kapitale getrimmt. Beispiel: Die Zusammenarbeit von Ingenieuren und Psychologen im Betrieb zur Erhöhung der Ausbeutung der Werktätigen.

73 UNESCO-Bericht „Über die Strömungen der naturwissenschaftlichen Forschung für friedliche Zwecke" (1968), zit. nach: R. Strothschneider, Problem der Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften in den Frühschriften von Marx und Engels, in: Weltanschauung und Methode, Berlin 1969
74 Kurt Hager, Dialektischer Materialismus und Wissenschaft, in: Zur Theorie und Politik des Sozialismus, Berlin 1972, S. 77





Die Bedeutung der Integration der Sozialwissenschaften in die „interdisziplinäre Forschung" umschreibt der Bundesforschungsbericht 4: „Es ist ... unter anderem Aufgabe der Sozialwissenschaften, gesellschaftliche Entwicklungen steuern zu helfen und ungewollte Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Sozialwissenschaften können die Notwendigkeit von Entscheidungen aufzeigen, bevor strukturelle Ungleichgewichte zu Schäden führen. Ein ‚soziales Frühwarnsystem' kann Informationen über künftige mögliche Veränderungen der Gesellschaft und der Umwelt liefern."
Das ist also die bürgerlich-verkümmerte Form der interdisziplinären wissenschaftlichen Arbeit.

Festzuhalten ist, daß es eine wirkliche umfassende Beziehung der Wissenschaftsdisziplinen untereinander an den Hochschulen der BRD nicht gibt. Das kann im Imperialismus auch gar nicht anders sein, denn charakteristisch für die bürgerlichen Ideologien ist doch auch ihr metaphysisches Herangehen an naturwissenschaftliche und gesellschaftliche Probleme. Was einst Schlüssel zum Erfolg gerade der Naturwissenschaften war, nämlich die Zerlegung der Natur in ihre einzelnen Teile, die starre Isolierung der einzelnen Dinge, erwies sich schon Ende des 18. Jahrhunderts als Hindernis bei der Aufdeckung der wahren Verhältnisse in Natur und Gesellschaft. Vielmehr kam es jetzt darauf an, Natur und Gesellschaft in ihren Zusammenhängen und Entwicklungen zu erkennen. Dies jedoch können die Bourgeois-Ideologen um ihrer Klasseninteressen willen nicht mitvollziehen. Für sie gibt es eine Schranke, die sie einseitig, borniert und abstrakt werden läßt.[75]

**Da die Zerfaserung Ergebnis der Erkenntnisschranken der bürgerlichen Ideologie ist, erweisen sich alle Versuche der stärkeren Verbindung der Einzelwissenschaften als ineffektiv. Durch den Zwang, die bürgerliche Wissenschaft an den Hochschulen verteidigen zu müssen, vertiefte sich sogar noch das innere Chaos an den Hochschulen. Die bürgerliche Hochschule ist nicht imstande, die Produktivkraft der verbundenen Arbeit zu entwickeln.**

Es ist evident, daß die herrschende Klasse und ihre Studienreformer angesichts der oben aufgeführten Schwierigkeiten Kopfschmerzen bekommen.

Die Krise ihrer Ideologie können sie nicht beheben. Und die der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit und dem Fortschritt der Produktivkräfte geschuldeten Veränderungen in den Wissenschaften können sie nicht Rechnung tragen.

Doch es kommt noch dicker.
Auf den Ausbildungsprozeß bezogen, geht es nicht nur um die ideologische Konditionierung der Intelligenz im Sinne der Systemerhaltung. Es müssen vor allem Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, die den Anforderungen der späteren Berufstätigkeit entsprechen. Diese Anforderungen können sich allerdings im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts schnell ändern. Vor allem aber sind sie durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt.

75 F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S. 203/204

**Mit der Zunahme der geistigen Arbeit im Reproduktionsprozeß widerfährt dieser Ähnliches wie der körperlichen Arbeit.** Die Kapitalisten sind bestrebt, die inhaltlichen Qualifikationen der Intellektuellen einzuschränken. Andererseits soll einer kleinen Elite ein Langzeitstudium, die Einbeziehung in die Forschung und gesicherte Weiterbildung vorbehalten bleiben. Diese Polarisierung der Qualifikationen hat deutlich ihren Niederschlag im Hochschulrahmengesetz gefunden. Diese Tendenz trifft nicht nur auf Gruppen der Intelligenz zu, die dem Kapital bereits reell untergeordnet sind. (Viele Ingenieure, Techniker, staatliche Forscher.) Dort wird die geistige Detailarbeit nur noch verstärkt.

Sie erfaßt auch die Intelligenz im Überbaubereich und findet sich dort in der Trennung von Tätigkeiten der Ideologienproduktion und der Herrschaftsausübung und andererseits der Vermittlung vorgegebener Inhalte und Weisungen. Für die Mehrzahl der Intellektuellen heißt das: Entwertung ihrer Arbeitskraft durch Dequalifizierung.

Keine disponible Ausbildung, die eine Anpassung an sich verändernde Arbeitserfordernisse möglich machen würde, moralischer Verschleiß von Qualifikationen durch den wissenschaftlichen Fortschritt – der weder durch die einfache, geschweige denn die erweiterte Reproduktion des Qualifikationsniveaus abgefangen wird – das sind Formen dieser Dequalifizierung.

Es steht außer Frage, daß die mit der Verstärkung der sozialen Unsicherheit verbundenen Dequalifikationsprozesse sozialpolitischen Zündstoff enthalten. WiMi Klaus v. Dohnanyi wird dies während und nach den Beratungen des Hochschulrahmengesetzes zu spüren bekommen.

**Die inhaltliche Veränderung des Studiums gestaltet sich für das Kapital durchaus nicht problemlos.** Die von der Bourgeoisie ausgehaltenen Studienreformatoren sind von einigen Widersprüchen hin- und hergerissen:

Einerseits soll stark auf eine berufliche Tätigkeit hin ausgebildet werden, die Wirtschaft braucht sofort verwertbare Arbeitskräfte. Andererseits muß eine gewisse Mobilität für wechselnde Erfordernisse des Arbeits- und Verwertungsprozesses garantiert werden. Die Lösung dieser Probleme ist unter den herrschenden Bedingungen nicht die Vermittlung eines breiten Grundlagenwissens in Naturwissenschaften, Technik, Gesellschaftswissenschaften, auf dem berufliche Spezialisierung aufbauen könnte.

In eigentümlicher Form versucht das Kapital einen Kompromiß mit dem Fortschreiten der Wissenschaft und der Produktivkraftentwicklung zu schließen, einerseits durch die **Formalisierung und Standardisierung der Studieninhalte,** andererseits durch die **utilitaristische Ausrichtung der Ausbildungsziele** auf die vorliegenden Zwecke bürgerlicher Berufspraxis. In kapitalistischer Form setzt sich die Notwendigkeit durch, in der Ausbildung das Gewicht stärker auf die Vermittlung der „Technologie der Aneignung des Wissens" zu verlagern und Eigenschaften wie selbständiges Denken und Handeln auszuprägen. Doch **die in den Studienreformplänen des kapitalistischen Staates sichtbar werdende Tendenz zur „Entstofflichung" und zur Vermittlung von Methodenkenntnissen überwindet die bürgerliche Borniertheit in keiner Weise.** Auch der intensivierte Praxisbezug ist noch lange nicht identisch mit kritischer Untersuchung der „gesamt-





gesellschaftlichen Praxis". So sollen die Methodenkenntnisse nur innerhalb der engen Fachgrenzen vermittelt werden. Da diese Methoden nicht Bestandteil einer zusammenhängenden wissenschaftlichen Theorie sind, werden dadurch fachbornierte Scheuklappen nicht abgelegt. In den Sozial- und Rechtswissenschaften, in der Psychologie wird Methodenvermittlung reduziert auf die Aneignung von Techniken, die für die Herrschaftssicherung gerade nötig sind. Bei der „kritischen Auseinandersetzung mit der Praxis" geht es nicht um theoretische Kenntnisse und deren Bestätigung in der Praxis; vielmehr sollen unmittelbar praktische Probleme positivistisch untersucht und Möglichkeiten ihrer reformerischen Lösung gesucht werden.

Die Aneignung sogenannter extrafunktionaler Fähigkeiten wie Kreativität, kommunikatives Verhalten etc. läßt sich auch in andere Merkmalsbezeichnungen kleiden: „Initiative", „Zielstrebigkeit", „Verantwortungsbereitschaft".[76] Doch muß mit aller Deutlichkeit darauf hingeweisen werden, daß solche Studienreformvorstellungen von den demokratischen Kräften genutzt werden können und **müssen.**[77] So werden auch wir fordern, das Studium stärker an der Praxis zu orientieren, wobei wir unter Praxis die materielle Produktion und Reproduktion der gesamten Lebensbedingungen der Menschen meinen. Wir werden darauf insistieren, statt der bloßen Ansammlung von Detailwissen, wissenschaftliche Theorien – und Methodenkenntnisse uns aneignen zu können. Und wir werden praktisch deutlich machen, was interdisziplinäres, kooperatives Arbeiten zwischen verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen heißt.

Hier ging es vor allem darum, illusionslos die Studienreformpläne der Herrschenden zu untersuchen. Dabei mußte festgestellt werden, daß diese Reform der Ausbildungsinhalte zu Auffassungen und Verhaltensweisen führen soll, die erkenntnis-theoretisch dem Eklektizismus und politisch dem bürgerlichen Reformismus entsprechen.

Eine besonders originelle Meinung hat Klaus von Dohnanyi zum Streit um die Studienreform geäußert: „Und doch scheint mir unbestreitbar zu sein, daß das Bildungswesen in der Industriegesellschaft bisher kaum Wege gefunden hat, um einen akzeptablen Kompromiß zu finden, zwischen der Notwendigkeit einerseits auszubilden und Wissen zu vermitteln und andererseits der persönlichen Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen zu dienen."[78]

Man stelle sich das einmal vor: Zwischen der Aneignung von Wissen, also doch der zunehmenden Beherrschung der Natur und der Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung und der Emanzipation des Menschen soll ein tiefer Widerspruch bestehen![79]

Der reelle Kern, der sich in Dohnanyis Argumentation verbirgt, ist, daß die Erziehung zur Anpassung an die bestehenden Eigentumsverhältnisse notwendigerweise im antagonistischen Widerspruch steht zum Emanzipationskampf der

76 Der Arbeitgeber, Nr. 6 vom 11. 1. 1969, S. 189 ff.
77 s. den Aufsatz von Stefan Voets im gleichen Heft
78 K. v. Dohnanyi, Die Hochschulpolitik des Bundes, Rede auf dem Hochschulpolitischen Kongreß der SPD in Regensburg am 12. Mai 1973
79 Vgl. dazu die Auseinandersetzung, die P. Ruben mit der Naturauffassung der Frankfurter Schule führt, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, a. a. O.

noch besitzlosen Produzenten. **Der „Konflikt zwischen Emanzipation und Leistung" ist nur lösbar, in dem sich die Arbeiterklasse emanzipiert, d. h. die politische und ökonomische Macht ergreift und dann Leistungen (auch wissenschaftliche Leistungen) für das ganze Volk und nicht für die überflüssige Großaktionärsminderheit vollbringt.** In ähnlicher Weise wie Dohnanyi haben andere Bildungspolitiker des Großkapitals deutlich gemacht, daß es ihnen letztlich darum geht, die Menschen durch die Erziehung an ihre Objektrolle in der „Arbeitswelt" zu gewöhnen. Als existentielles Ziel der Bildungspolitik wird dann hervorgehoben: das „Aushalten der Entfremdung".[80]

Die Schwierigkeiten für die herrschende Klasse liegen nicht nur in der Neukonzipierung der Studieninhalte, sondern auch in den Durchsetzungsmöglichkeiten dieser Studienreform. Hier gilt besonders, daß die Reform der Studiengänge nur mit Hilfe der Hochschulen möglich ist. Gleichzeitig stehen die staatlichen Bildungspolitiker vor dem Problem, an den Hochschulen nicht genügend zuverlässige Kräfte für ihre Pläne zu haben. Studenten und viele Assistenten vertreten ihnen zu fortschrittliche Positionen, die eine Reform der Ausbildungsinhalte über die von den Systemzielen gesetzten Grenzen hinaus treiben können. Andererseits sind ihnen viele Hochschullehrer zu konservativ; solche Hochschullehrer nämlich, die ihre Institutsfürstentümer aufrechterhalten wollen und die sich als Hobbyforscher mit den abgelegensten Randgebieten beschäftigen. Deshalb ist die vorherrschende Tendenz bei der Entwicklung eines Instrumentariums zur Studienreform die Zentralisierung. Das bedeutet dann zentral gelenkte Studienreformkommissionen (siehe HRG).

**Politische Disziplinierung, ideologische Gängelung — reaktionäre Formierung!**

Die qualitativ neuen Probleme der politischen und ideologischen Integration der Intelligenz in das staatsmonopolistische System haben natürlich ihren objektiven Hintergrund. Als Bürgertum und geistige Arbeit noch wetigehend identisch waren, hatte die herrschende Klasse verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten, ihre Intelligenz auszubilden. Erst die voranschreitende Dissoziation der geistigen Arbeit von der Bourgeoisie, der veränderte sozialökonomische Status relevanter Gruppen der Intelligenz schaffen die Grundlage für die Entstehung tiefergehender Interessenwidersprüche von Finanzkapital und Intelligenz.

Daß die Studentenbewegung ihre Basis anfangs vor allem in den traditionellen Phil.-Fak.-Bereichen hatte, hängt u. a. auch mit der oben dargestellten Entwicklung in den „Überbauberufen" zusammen. Indem die Unterordnung der geistigen Arbeit auch konkret in der philosophischen Fakultät spürbar wurde, entwickelte dieser Teil der Studenten besonders sensibel den Widerstand dagegen.

Doch im Verlauf der Studentenbewegung bestätigte sich, daß es gemeinsame Interessen aller Studierenden gegen die Hochschulformierung gibt, tatsächlich hat die Bewegung alle Fachbereiche ergriffen.

80 H. Becker: Ein Gesamtplan für die Bildung, in: Das 198. Jahrzehnt, HH 1969, zit. nach: Reinhard Mocek, Weltanschauliche Grundlagen der Bildungspolitik in der BRD, Dt. Zeitschrift f. Philosophie, a. a. O. 3/72, S. 311





Es gibt nunmehr gesetzmäßig einen **Prozeß der stärkeren Ausprägung der antimonopolistischen Interessen der Studenten.**

**Ins Bewußtsein immer mehr Studenten rücken der Warencharakter ihrer Arbeitskraft im Beruf und die gleichgerichteten Interessen mit den lohnabhängigen Menschen in den Vordergrund.** Vormals, qua Herkunft priviligiert, **leidet heute ein wachsender Teil der Studenten unter dem sozialen Druck, den das Monopolkapital auf alle Volksschichten ausübt.** Auch sie sind solchen typischen Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wie der Inflation, der allgemeinen Erhöhung der Lebenshaltungskosten unterworfen. So verschlechtert sich ihre soziale Lage permanent.

Daß diese Ausprägung der Widersprüche der Studenten zu dem monopolkapitalistischen Herrschaftssystem sich bereits politisch aktualisiert hat und zu breiteren Bewegungen zu führen droht, wissen auch die Herrschenden. Mittel und Wege, um ihnen aus der Klemme zu helfen, sehen sie natürlich auch in den beiden erstgenannten Hauptpunkten. Die Reglementierung des Studiums, die Festigung des bürgerlichen Meinungsmonopols, die Unterwerfung der Hochschulen unter die staatliche Planung haben natürlich direkt herrschaftsstabilisierende Implikationen. Sie fördern das Duckmäusertum und die Konkurrenz unter den Studenten. Doch dies genügt noch nicht.

Der Staat, als Wahrer großkapitalistischer Herrschaft muß politische Bedingungen schaffen, die die Studentenbewegung real eindämmen sollen. Es entspricht nicht mehr den aktuellen Erfordernissen, wenn der Staat nur allgemein die Herrschaftsbedingungen garantiert. Der **Ausbau des staatlichen Dirigismus** hat sich auch zu beziehen auf alle wesentlichen inhaltlichen Entscheidungen über Forschung und Lehre. **Gleichzeitig ist die Repressivfunktion des Staates zu verstärken.**[81]

Da sich die Herrschenden der Überlegenheit ihrer Argumente gar nicht mehr sicher sind, unternehmen sie Anstrengungen zur **administrativen Absicherung des bürgerlichen Meinungsmonopols.** Das zeigt die Praxis der verschärften Berufs- und Berufungsverbote gegen Demokraten und Sozialisten. Dazu zählen aber auch Gesetzesbestimmungen im Hochschulrahmengesetz, die grundsätzliche Kritik im Lehrbetrieb ausschließen sollen: Die scheinbare Konkretisierung des Grundgesetzartikels 5.3 „Freiheit von Forschung und Lehre", die aber nur eine reaktionäre Interpretation desselben darstellt.

Wenn es heißt, „das Land und die Hochschulen haben sicherzustellen, daß die Rechte ausgeübt werden können", so ist das natürlich in dieser oder jener Weise auslegbar. Zum Verständnis der Motive der HRG-Autoren muß man daher offenere politische Aussagen heranziehen. Klaus v. Dohnanyi leistet uns dabei Hilfe, wenn er zur Freiheit der Forschung sagt: „Wir müssen allerdings dafür Sorge tragen, daß in Zeiten tiefgreifender geistiger Auseinandersetzungen der Schlüssel zu Bibliotheken und Labors nicht in die Hände einer politisch einseitig orientierten Gruppe fällt."[82] Den „Bund Freiheit der Wissenschaft", der sich einseitig an den Kapitalinteressen ausrichtet, hat er wohl nicht gemeint. Es trifft jene Studenten, die sich bei der Beurteilung der Forschung einzig und allein von den Interessen der Arbeiterklasse und dem Ziel der Friedenssicherung leiten lassen.

81 Formierte Universität, Berlin 1968
82 K. v. Dohnanyi, a. a. O.

Im Kabinettsentwurf ist in Abweichung vom Referentenentwurf eine weitere Spitze gegen die demokratischen Kräfte eingebaut worden: Unter dem § 8 „Ziele des Studiums", heißt es jetzt, daß der Student „zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat" befähigt werden soll. Die Gefahr solcher Bestimmungen liegt darin, daß die Regierenden Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit identifizieren. Jeder, der davon ausgeht, daß die Willkürherrschaft des Großkapitals nicht grundgesetzkonform ist, wird dann als Verfassungsfeind verketzert.

Der **Verteidigung des reaktionären Meinungsmonopols** können auch die Paragraphen über die Auswahl der Hochschullehrer und die Tutoren dienen. Der relativen Stärke des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" unter den Professoren gewiß, sich auf das Karlsruher BVG-Urteil stützend, kommt man zu dem Ergebnis: Die Tutoren „stehen ... unter der fachlichen Verantwortung eines Hochschullehrers. Die Bestellung erfolgt durch den Fachbereich im Einvernehmen mit dem Hochschullehrer".

Durch die bitteren Erfahrungen einiger fortschrittlicher Tutorenprogramme, in denen endlich wissenschaftlich kritisches Denken vermittelt werden konnte, belehrt, werden die Tutoren nun in der Regel ihrem BUF-Meister Zuträgerdienste leisten dürfen.

Doch das Monopolkapital will die Behandlung des Hochschulproblems nicht „Vater Staat" überlassen. Deshalb ist eine **Verstärkung des direkten und indirekten Einflusses der Monopole auf die Hochschulen** zu registrieren. Nicht zuletzt zu diesem Zweck wurde 1972 der BDI-Präsidialarbeitskreis Forschungspolitik gegründet, der als Sprachrohr der Industrie an der Beseitigung der bedrohlichen politischen Entwicklung an den Hochschulen mitarbeiten will.

Die noblen Herrschaften von Dornier, Shell, Siemens, AEG-Telefunken und die anderen großen Wirtschaftskapitäne des sinkenden Schiffes fordern energisch die Zusammenarbeit von Industrie, Universität und Regierung. Dem wird entsprochen beispielswesie in den Studienreformkommissionen des Hochschulrahmengesetzes. Mit beratender Stimme und Wirtschaftsmacht im Rücken dürfen die Kapitalvertreter ihr Schärflein beitragen. „Die Vertreter der Wirtschaft könnten in diesen Gremien ihren Sachverstand zur Geltung bringen, um die angestrebte Praxisorientierung bei der Reform der Studiengänge zu gewährleisten. Gerade in dieser Hinsicht müssen die positiven Erfahrungen mit den Fachhochschulen ausreichend berücksichtigt werden."[83] Extrem konzernabhängige Schmalspurausbildung – das ist also der Kurs.

**Und damit die Studenten absolut keine Zicken mehr machen, darf der Ausbildungsleiter bei BASF zukünftig Chemie-Absolventen prüfen.** „Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind nur Hochschullehrer ... und solche Personen befugt, die Ausbildungsaufgaben in einer berufspraktischen Tätigkeit ... wahrnehmen."

Um den, an den Massenunis kaum mehr auszubildenden Nachwuchs für die Führungspositionen in Staat und Wirtschaft zu garantieren, bedarf es gegebenenfalls

83 Überlegungen zur Errichtung von Gesamthochschulen, Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, April 1973, Köln, in: Fundsachendienst BAK/GEW 4/73





der Gründung von Privathochschulen. § 7 HRG läßt diese Möglichkeit, „Kaderschmieden der Bourgeoisie" einzurichten, zu. Schon heute erfüllen die Bundeswehrhochschulen weitgehend diese Funktion.[84]

**Die Durchsetzung der staatsmonopolistischen Hochschulformierung verlangt, daß die Profitgeier ihre Ableger** (oder auch Hilfstruppen) **an den Hochschulen selbst machen müssen. Hier setzen sie vor allem auf den „Bund Freiheit der Wissenschaft"**, da sich in den rechten Studentengruppen offensichtlich noch geistiges Frührentnertum sammelt und sie deshalb trotz kräftiger Finanzspritzen nicht recht hochkommen. Das bedeutet wiederum nicht, daß im BUF die Genies der Nation sitzen, aber die Professoren verfügen nun mal über gewisse Machtpositionen an der Hochschule. Die Freiheitsbündler nutzen diese Positionen auch gewissenhaft zur „Rettung des Abendlands" aus,

- als Berufungsmafiosi
- als Law-and-Orderrektoren, die jegliche freie politische Betätigung mit dem Ruf nach der Polizei beantworten,
- als Pressuregroup, die auf die Öffentlichkeit Einfluß auszuüben hat.

Daher ist auch der Kampf zur Isolierung und Schwächung dieser reaktionären Kräfte eine wichtige Bedingung des Erfolgs der Studentenbewegung.

### Stellenwert des HRG

Vor dem Hintergrund des bisher entwickelten, läßt sich die Frage nach der Funktion des Hochschulrahmengesetzes für das Monopolkapital beantworten:

- Um die Hochschulen vollends der restriktiven Finanzpolitik des Staates zu unterwerfen, müssen sie zur Ausrichtung ihrer Pläne an der ökonomischen und bildungspolitischen Gesamtplanung des monopolkapitalistischen Staates gebracht werden. Das HRG liefert das dazu nötige Instrumentarium.
- Verstärkung der Zentralgewalt und der Repressivfunktion des Staates, undemokratische Mitbestimmungsregelungen, Aushöhlung der verfaßten Studentenschaft, sollen Barrieren gegen den Vormarsch der linken und marxistischen Kräfte schaffen.
- Die Reglementierung des Studiums soll in einem rlateiv einheitlichen Rahmen durchgeführt werden (zeitliche Abstimmung über die Einführung der Regelstudienzeit, Aufgaben und Zusammensetzung der zentralen Kommissionen).
- Bundeseinheitliche Zugangsregelungen.
- Vereinheitlichte Rationalisierung der Hochschulen (Hochschulorganisation, Personalstruktur).
- Hergestellt werden soll die enge Verbindung von Studienreglementierung und Ökonomisierung: durch entsprechende Formulierungen im HRG wird die Regelstudienzeit zukünftig Maßstab für die Festlegung der Studentenzahlen.

Deshalb ist das HRG für die Herrschenden nahezu unverzichtbar. **Die Zwangsjacke für die Hochschulen ist von ihrer Position aus notwendig, um die Hochschulne langfristig und vollständig für ihre imperialistischen Systemziele nutzen zu können.** Für die fortschrittlichen Kräfte heißt das, den entschiedenen Kampf gegen das reaktionäre HRG wieder aufzunehmen. Als Maßnahme, in der sich alle den Inter-

84 Der Arbeitgeber, 8/1973, Das Stuttgarter Modell

essen von Studenten und Arbeitern entgegengerichteten Absichten und Ziele der herrschenden Klasse zusammenfassen, muß das HRG den einheitlichen Kampf der Studentenbewegung und aller Demokraten hervorrufen.[85]

**Nachbemerkung:**

Eine Gesamtbetrachtung der Kampfbedingungen der antiimperialistisch-demokratischen Kräfte in der BRD ergibt: Die Bedingungen des Kampfes für eine demokratische Bildungsreform, für Frieden, Demokratie und Sozialismus sind komplizierter und zugleich günstiger geworden.

Komplizierter, weil wir gerade jetzt spüren, daß die Finanzoligarchie eine bis in die letzte Haarwurzel reaktionäre Klasse ist. Die Finanzmagnaten der imperialistischen Hauptmächte versuchen sich auf die Herausforderung des Sozialismus, der internationalen Arbeiterklasse und der nationale Befreiungsbewegungen einzustellen.

Dabei bringen sie ihr ganzes geschichtlich erprobtes Arsenal an Repressionsinstrumenten zur Anwendung. Von Santiago bis Saigon versuchen sie ihre Herrschaft gestützt auf Geld und Bajonette aufrechtzuerhalten.

Durch eine anti-sowjetische Hetzkampagne sind sie bestrebt, den Friedenswillen der Bevölkerung für ihre Konterrevolutionsstrategie gegenüber den sozialistischen Staaten zu mißbrauchen. Gleichzeig sollen damit innenpolitische Gefahren aus der sich durchsetzenden Politik der friedlichen Koexistenz zumindest neutralisiert werden.

Unverfrorener als zuvor unterstützen und betreiben die Rechtskräfte die Unterdrückungspolitik gegenüber Kommunisten und anderen Demokraten.

Doch das beweist nur: Der Imperialismus ist in die Defensive geraten, aber wird dadurch nicht zahm.

Die historische Tendenz aber kann er auch durch seine verzweifelten Anstrengungen nicht umkehren.

Deshalb entwickeln sich die Kampfbedingungen für die fortschrittliche Bewegung günstig:

- Die Arbeiterkämpfe gegen Inflation, Preistreiberei und katastrophale Arbeits- und Lebensbedingungen nehmen zu,
- mehr Menschen erkennen den heuchlerischen Charakter derjenigen, die laut Freiheit und Demokratie rufen und dabei zur Kommunistenverfolgen blasen.

85 Übrigens: ein Redakteur des sozialdemokratischen „Vorwärts" hatte einen besonders lustigen Einfall. Er schreibt: „Die Situation wird nicht gerade dadurch erleichtert, daß nun vom Bundesverband der deutschen Industrie eine auf weiten Strecken positive Stellungnahme eingegangen ist. Die Weise, in der der BDI das Gesetz in seinem Sinne wohlwollend interpretiert, ist allen jenen Kräften Wasser auf die Mühlen, die behaupten, die Bundesregierung wolle in den Hochschulen ‚unpolitische Technokraten heranbilden, die den Verwertungsinteressen des Kapitals dienen'. Aber gegen Beifall von der falschen Seite kann man sich nicht immer wehren." (Vorwärts vom 6. 9. 73) — Also, meine Herren. Etwas mehr Zurückhaltung. Es muß ja nicht immer gleich deutlich werden, wohin der Hase läuft. Oder: Jetzt schämen sich also schon rechte Sozialdemokraten für ihre Unterstützung durch das Finanzkapital. Nur Mut zum Bekenntnis — kann man da sagen. Der Beifall war schon von der richtigen Seite.





Deshalb sehen sich die Herrschenden gezwungen, Polizei gegen streikende Arbeiter und Studenten einzusetzen; deshalb die Spaltungsversuche der Arbeiterklasse und Intelligenz, deshalb die Steigerung der antikommunistischen Demagogie.

Aber sie können längst nicht mehr so wie sie wollen. Die Charaktermasken des Kapitals dürfen die Leipziger Messe als Handelsleute besuchen, die Einverleibung der DDR in die Profitsphäre bleibt Wunschtraum.

Und mit jedem Terrorakt der Bourgeoisie wächst die Zahl derer, die die Unvereinbarkeit von Monopolherrschaft und Demokratie erkennen. Die Blutsauger des arbeitenden Volkes werden gewiß zum Teufel gejagt werden.

Doch dafür müssen die Studenten aktiv werden, sich in die antiimperialistische Bewegung einreihen und sich auf die konsequent fortschrittliche Klasse, das Proletariat orientieren. Lenin hat es richtig formuliert:

**„Dem Bündnis von Wissenschaft, Proletariat und Technik wird keine noch so finstere Macht widerstehen."**


**SOZIALISTISCHE POLITIK 26**

| | |
|---|---|
| AUFSÄTZE, ANALYSEN | Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus |
| | Probleme der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR |
| KURZANALYSEN, BERICHTE | Internationale Friedenspolitik und Westberlin |
| | Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten "demokratischen Sozialismus" |
| DISKUSSION, BESPRECHUNG | Chinesische Außenbeziehungen |
| | Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarabeiter im Allgemeinen |

Bezugsbedingungen: Einzelheft DM 4,- / Abonnement DM 20,- (incl. Porto)

**Herausgegeben in Westberlin** · SOZIALISTISCHE POLITIK 1 Berlin 41 Postfach

**Kommentar**
Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in der neuen Etappe

Kurt Bachmann
**5 Jahre DKP — 5 Jahre Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt**

Georges Cogniot
**Es gibt keine friedliche ideologische Koexistenz**

Wolfgang Abendroth
**Zur Rolle des Antikommunismus heute**

Robert Steigerwald
**Der Holzweg des „Neomarxismus"**

András Gedö
**Zur Krise der bürgerlichen Philosophie**

Hans Adamo
**Zur Konzeption der „humanen Leistungsgesellschaft"**

Jürgen Reusch
**Der Maoismus — eine Variante des Großmachtchauvinismus**

Oskar Neumann
**Was ist bessere Lebensqualität?**

Edgar Gärtner
**„Null-Wachstum — Was steckt dahinter?**

Richard Albrecht/Joachim Heisel
**Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Aktionseinheit**

W. Granow
**Friedliche Koexistenz — Dichtung und Wahrheit**

Ljubomier Panajotov/Jono Mitev
**Die Bulgarische Kommunistische Partei — Inspirator und Führer des Septemberaufstandes von 1923**

Wolfgang Bartels/Heino Hoffmann
**Der Kampf der Gewerkschaftsjugend für eine bessere berufliche Bildung**

**Die internationale Tribüne der Kommunisten**
Zum 15jährigen Bestehen der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus"

**Barbier contra Marx**

**Bücher**
Bürgerliche Ideologie bei Suhrkamp. Zu Neuausgaben von Werken von Habermas und Adorno — Zur Geschichte der deutschen Bourgeoisie — Bucheingänge

Beilage: Max Schäfer:
**Zur Theorie und Praxis des „demokratischen Sozialismus"**
(Sonderdruck)

**Themen des Jahres 1974:**

Heft 1 — Lebensbedingungen und Arbeitssituation der Arbeiterklasse in der BRD
Heft 2 — Neue Beziehungen zwischen Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen
Heft 3 — Zur Rolle der Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozeß

**Bestellungen über Buchhandel oder Verlag!**

Verlag Marxistische Blätter GmbH

6 Frankfurt/M. 50 — Heddernheimer Landstr. 78 a

Gert Schubring

# Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus

Arbeitsmarktpolitik bzw. Beschäftigungspolitik im Kapitalismus ist Ausdruck dafür, daß die Arbeitskraft eine Ware ist, für die es einen regelrechten Markt gibt Ist Ausdruck dafür, daß das Produktionsziel im Kapitalismus nicht die Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen und seine optimale Entfaltung, sondern die größtmögliche Verwertung des Kapitals, die Erzielung von Profit ist.

Das Streben nach Erhöhung des Mehrwerts impliziert insbesondere das Streben nach Herabsetzung der Kosten des variablen Kapitals. Dies Streben führt zur permanenten Tendenz, gleichzeitig die Anzahl der für jedes Kapital beschäftigten Arbeiter wie ihren Lohn einzuschränken.

Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus nicht eine zufällige Erscheinung, ein Planungsfehler oder dergleichen, sie ist unmittelbar mit der Existenz des Kapitalismus verbunden: „Die **Überakkumulation** des Kapitals und die Entwertung eines Teils davon führen im Grunde so oder so zur Ausschaltung eines Teils des Kapitals und damit zur Ausschaltung der Arbeiter, die von diesem Teil ausgebeutet wurden."[1]

Die vom kapitalistischen System selbst hervorgebrachte Arbeitslosigkeit wird von der Bourgeoisie als Mittel des Klassenkampfes gegen die Arbeiterklasse benutzt: Um die politischen und ökonomischen Forderungen der Arbeiter zurückzudrängen, um ihren Lohn zu drücken. Der Druck der industriellen Reservearmee, wie Marx sie nannte, ist ein wesentliches Mittel zur Disziplinierung der Arbeiterklasse. Wesentlich zur Einschätzung der kapitalistischen Beschäftigungspolitik ist, daß sie die „auf dem Arbeitskräftemarkt lastende Reservearmee im wesentlichen aus den Reihen der beschäftigten Arbeiter rekrutiert". „Die Arbeitslosigkeit an sich ist ohne Sinn. Sie exstiert nur durch ihre Beziehung zur beschäftigten aktiven Bevölkerung, und umgekehrt wird die kapitalistische Beschäftigung in Abhängigkeit von der Ausbeutung der Arbeiter bestimmt. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sind nur scheinbar entgegengesetzt. Der Übergang von der einen zur anderen Lage lastet auf jedem Lohnarbeiter, und die Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Kapitalakkumulation ist ein Mittel des Drucks auf die gesamte Arbeiterklasse".[2]

Doch ist dieses Mittel in sich selbst widersprüchlich: Es erzeugt gleichzeitig den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit und richtet ihn gegen das Profitprinzip selbst.

### Neue Tendenzen der Arbeitsmarktpolitik im SMK

Auf Grund der wachsenden Stärke der Arbeiterklasse und ihres Widerstands gegen die Arbeitslosigkeit wurde es zunehmend notwendig, daß der Staat im Kapitalismus durch die Entwicklung einer aktiven Beschäftigungspolitik die politischen Gefahren auszuschließen versucht, die die Arbeitslosigkeit für das Weiterbestehen des kapitalistischen Systems darstellt.

1 Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 214
2 ebenda, S. 216 f.

Dieses Moment spielte bereits eine wichtige Rolle bei der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus dem Monopolkapitalismus. Die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme zu Beginn der NS-Zeit beseitigten die Arbeitslosigkeit und halfen dem Kapitalismus durch die mit Hilfe der Arbeitsfront ungeheuer verschärften Ausbeutung und so gesteigerter Profite aus der Krise.
Heute ist die staatliche Beschäftigungspolitik eines der wesentlichen Mittel, um die beschäftigten Arbeitskräfte zahlenmäßig zu erhöhen, die Ausbeutung und den Druck der Reservearmee zu verschärfen und gleichzeitig diese Tatsachen zu verschleiern, Illusionen von Sozialpartnerschaft zu erzeugen.
Trat Arbeitslosigkeit in früheren Perioden des Kapitalismus hauptsächlich zyklisch, zusammen mit den zyklischen Überakkumulationskrisen auf, so ist die Arbeitslosigkeit unter den Bedingungen des kapitalistisch formbestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine permanente Erscheinung, wird doch der wiss.-technische Fortschritt vom Kapital zu verstärkter „Freisetzung" von Arbeitskräften genutzt.
So sind in den USA seit Kriegsende ständig zwischen 4 und 7 Mill. Menschen arbeitslos. In Frankreich liegt die Zahl der Arbeitslosen seit Jahren über 350 000. In der BRD ging dagegen die in der Nachkriegszeit sehr hohe industrielle Reservearmee (1950: 10,4 Prozent Arbeitslose) bis 1960 auf 1,2 Prozent zurück (d. h. nach bürgerlicher Auffassung „Vollbeschäftigung"), auf Grund der spezifischen Bedingungen des BRD-Imperialismus.[3] Auch nach dem Übergang zu intensiv erweiterter Reproduktion blieb die Arbeitslosenquote, mit Ausnahme der Krise 1966/67, relativ gering, da die intensive Erweiterung stets mit der Politik der extensiven Erweiterung als Mittel der Mehrwerterhöhung verbunden blieb. Da auch der Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit wie die besondere Lage der BRD, der unmittelbaren Nachbarschaft zu einem sozialistischen Staat keine zu große, eventuell soziale Kämpfe hervorrufende Arbeitslosigkeit zuließen, war das staatsmon. System in der BRD gezwungen, anstelle der Arbeitslosigkeit, der „klassischen" Form der industriellen Reservearmee, neue Formen der staatsmonop. Beschäftigungspolitik zu entwickeln. Diese neuen Formen ergänzen und lösen sogar in gewisser Weise die „klassische" Arbeitslosigkeit ab.

Zu den neuen Formen gehören insbesondere:
a) Erhöhung von Kategorien und Zahl unterbezahlter Arbeitskräfte,
b) Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte,
c) Planung nicht ausreichender Qualifikation.

Zur Durchsetzung der neuen Formen staatsmonopolistischer Beschäftigungspolitik ist ein umfassendes Instrumentarium geschaffen worden:
Das staatliche Monopol der Arbeitsvermittlung mit der zentralen Bundesbehörde „Bundesanstalt für Arbeit" und dem ganzen Kranz der Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenunterstützung, den zentralen Instituten für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Erlangen) und für Berufsbildungsforschung (Westberlin) und Manipulierungsinstrumenten (u. a. Zeitschrift „Analysen").
Wenn diese Instrumentarien und die staatliche Beschäftigungspolitik auch eine Reaktion sind auf die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit und

3 vgl.: Autorenkollektiv: Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1971, Kap. 1.2





für soziale Sicherung, so ist doch der Hauptinhalt dieser Politik die Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiterklasse sowie deren Verschleierung. Das macht schon das Eingreifen der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten Arbeitskampf in der Metallindustrie Baden-Württembergs deutlich mit dem Versuch der Streichung des Arbeitslosengeldes für mittelbar betroffene Arbeiter.
Grundlage dieser staatsmonopolistischen Politik auf der objektiven Seite der Produktivkraftentwicklung ist, daß die weitere Vergesellschaftung der Produktion sowie die Verschärfung der intra- und internationalen Konkurrenz die Monopole zwingen, die Zahl der Lohnarbeiter sowie ihre Leistung zu erhöhen, und auf der subjektiven Seite des Arbeiterbewußtseins, das gerade die Zusammenfassung noch größerer Arbeitermassen in Betrieben und das höhere Niveau ihrer Kämpfe der Bourgeoisie die drohenden Gefahren von zu vielen Arbeitslosen, eines Unwirksamwerdens des Einschüchterungs- und Druckmittels klarmacht.

Im Folgenden sollen die neuen Formen der industriellen Reservearmee genauer beschrieben werden, um von da aus die Formen der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Intelligenz genauer untersuchen zu können.

ad a) Gegenwärtig hat das staatsmonopolistische System diejenigen Gruppen von Arbeitskräften zahlenmäßig bedeutend verstärkt, die auf Grund einer historisch bedingten Situation im Klassenkampf unterbezahlt sind: ausländische Arbeiter, Frauen, Alte, Jugendliche, Teilzeitbeschäftigte.
$a_1$) Ausländische Gastarbeiter sind ein Ausbeutungsobjekt, das vielerlei Vorteile für die staatsmonopolistische Beschäftigungspolitik in sich vereinigt: Ihre schlechte materielle Situation in ihren Heimatländern läßt sie sich zu geringen Löhnen an die Kapitalisten verkaufen, ihre Situation wird durch ihren Bildungsmangel noch verschärft. Die staatliche Ausländergesetzgebung hält sie im Zustand der Rechtlosigkeit und dient über die stets drohende Ausweisung ihrer Disziplinierung. Gewissenlose Menschenhändler veranlassen sie zur illegalen Einreise und beuten die so noch mehr völliger rechtlicher Willkür Unterworfenen ungeheuer aus. Gleichzeitig dienen die niedrigen an Gastarbeiter gezahlten Löhne zum Drücken der erkämpften Löhne der einheimischen Arbeiterklasse. In Wirtschaftskrisen dienen sie als bequemer „Puffer" sozialer Krisen: Sie werden einfach in ihre Heimatländer zurückgeschickt und die Arbeitslosigkeit wird nicht so deutlich. So wurden in der Krise 1966/67 400 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt. Ferner sind die ausländischen Arbeiter für die Monopole über die Erzeugung von Rassismus und Fremdenhaß Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse.

Freilich ist die „Einfuhr" von Gastarbeitern nicht unbegrenzt für die Monopole möglich. Der Kampf der ausländischen Arbeiter gegen die Ausbeutung und die unwürdigen Wohn- und Lebensverhältnisse nimmt immer mehr organisierte Formen an. Immer mehr handeln sie gemeinsam mit den deutschen Lohnarbeitern. Um den sozialen Folgen des „Imports" ausländischer Arbeiter zu entgehen (bessere Wohnungen, Schul- und Kindergartenplätze sowie sprachkundige Lehrer für die Kinder), diskutieren Monopole und Regierungen ein „ rotierendes System" des Arbeiterimports.
$a_2$) Ein anderes Mittel sowohl zur Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeiter wie der Mehrwerterhöhung bzw. Lohndrückung ist die verstärkte Einstellung von Frauen. Da Frauen in unserem Bildungssystem eine schlechtere Ausbildung erhal-

ten, bekommen Frauen von den Kapitalisten unter Ausnutzung unwissenschaftlicher biologischer Theorien, geringeren Lohn als Männer gezahlt. Noch immer sind die niedrigen Lohngruppen für Frauen nicht abgeschafft.
Da die meisten berufstätigen Frauen verheiratet sind, ist die Nutzung der zweiten Arbeitskraft eines Ehepaares Ursache weiterer Ausbeutung, da der zweite Lohn auf Grund der ungerechten Steuerprogression einen verstärkten Anstieg der Steuerlast bedeutet und da Frauenarbeit als Druck auf die Löhne aller Arbeitenden benutzt wird.
Zwar wird im Zusammenhang mit der angeblichen Entzugswirkung der Bildungsreform über eine noch weiter verstärkte Gewinnung von Frauen für die Berufstätigkeit diskutiert, doch stößt auch dieses Konzept an die Widersprüche des Bildungsnotstandes: Es gibt nicht genügend Kinderkrippen, -gärten, Ganztagsschulen etc.
a3) Unter Ausnutzung ihrer starken Abhängigkeitsstellung, besonders in den Lehrverhältnissen, werden Jugendliche ebenfalls besonders stark ausgebeutet. Jugendlichen-Berufskategorien, Lohnabzüge auf Grund der Jugend bei gleichzeitigem Zwang zu kostenlosen Überstunden und ausbildungsfremden Tätigkeiten kennzeichnen diese Ausbeutung.
Die Monopole sind auch deswegen am Bestehen einer industriellen Reservearmee interessiert, weil sie dann einen Ersatzfonds haben und ältere Arbeiter – das sind heute schon solche zwischen 40 und 50 Jahren – entweder entlassen oder mit ihrer Qualifikation nicht entsprechenden Tätigkeiten beschäftigen, die Arbeitskraft der älteren Arbeiter entwerten und ihren Profit erhöhen können.

a 4) Teilbeschäftigung, d. h. Beschäftigung von Arbeitern zu einer geringeren als der normalen Stundenzahl bei entsprechender Lohnkürzung, bietet den Monopolen ebenfalls große Vorteile der Profiterhöhung bei gleichzeitiger Entwertung der Arbeitskraft, die in der OECD-Untersuchung „L' Emploi à temps partiel", Paris 1968, aufgezählt sind:
- Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte und der begrenzten Arbeitslosigkeit, wenn andere Arbeitskräftequellen erschöpft sind,
- Herabsetzung der Bruttolohnkosten, da der teilbeschäftigte Arbeiter (meist Ehefrau, Student, Rentner) bereits sozialversichert ist und andererseits auf Grund der Steuerprogression wieder überproportionale Steueranteile anfallen,
- Erhöhung der Arbeitsleistung durch höhere Durchschnittsleistung und intensiverer Nutzung der Produktionsmittel.

Ferner soll die Ausweitung der Teilzeitarbeit die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung eindämmen. Das Kapital kann auch tatsächlich Arbeitskräfte finden, die sich diesen Bedingungen unterwerfen, auf Grund der materiellen Lage, in die sie vom Kapital gebracht sind. So müssen Mütter durch Teilzeitarbeit die Ernährung der Familie sicherstellen und gleichzeitig noch bei fehlenden gesellschaftlichen Einrichtungen ihren Aufgaben als Mutter nachkommen.

ad b) Die Entwicklung der Produktivkräfte, der gegenwärtige technische Fortschritt erfordern die Ausbildung der Disponibilität der Arbeitskräfte, d. h. die Vermittlung einer umfassenden Grundlagenausbildung und der Fähigkeit des Wechsels von Aufgabengebieten im Sinne einer Aufwärtsentwicklung, die allseitige Bildung der Persönlichkeit. Erfordert doch die Entwicklung der Produktion nicht nur technisches und wissenschaftlich-technisches Wissen und Können, sondern auch Eigenschaften wie Verantwortung und Entscheidungsfindung (angesichts der großen, in den Maschinen vergegenständlichten Werte). Der Kapitalismus ist zwar durch internationale Konkurrenz der Monopole und den Systemkampf zur Entwicklung der Produktivkräfte gezwungen. Doch kann er den Anforderungen der Produktivkraftentwicklung nur widersprüchlich genügen: Die Wirkung des Mehrwertgesetzes behindert bereits die einfache Reproduktion der Hauptproduktivkraft, der Arbeitskraft des Menschen als Ware; ihre erweiterte Reproduktion, als Persönlichkeit, ist im Kapitalismus prinzipiell nicht möglich.





Die bisherige Zielstellung des ökonomischen Kampfes der Lohnabhängigen sichert nicht mehr ihre Reproduktion: Ohne die Erfüllung der Forderungen nach besseren Arbeitsplatzbedingungen, mehr Urlaub, umfassender Ausbildung, besserer Gesundheitsschutz, Umweltschutz, gesellschaftlichen Einrichtungen wird die Basis der Existenz zerstört. Diese erforderlichen gesellschaftlichen Maßnahmen für die Reproduktion der Arbeitskraft bleiben jedoch hinter den wachsenden Bedürfnissen zurück.
Für das Kapital ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt Anlaß zu verstärkter Entwertung der Arbeitskraft: Es trennt die Lohnarbeit noch schärfer in anleitende und ausführende Arbeiten.

Dieser arbeitsorganisatorischen Seite entspricht auf der Ebene der Beschäftigungspolitik das widersprüchliche Verhältnis von Bindung und Mobilität der Arbeitskräfte.
Den Forderungen der Lohnabhängigen nach Disponibilität entsprechen die Monopole lediglich mit Erhöhung der Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte, d. h. mit raschem Wechsel von Arbeitsplatz oder Tätigkeit bzw. Beruf und Arbeitsort, ohne Vermittlung notwendiger Grundlagenqualifikationen – für die Aneignung von Qualifikationen ist der Lohnabhängige im wesentlichen selbst verantwortlich. Mobilität der Arbeitskräfte im Kapitalismus bedeutet vor allem Entlassung, Dequalifizierung und häufig soziale Entwurzelung.

Der moralische Verschleiß der Maschinerie bedeutet für viele Arbeitskräfte den moralischen Verschleiß ihrer Qualifikationen. Zwar hat sich die Arbeiterklasse eine höhere Qualifikation erkämpft, wie die Einführung des 9. Schuljahres und bald des 10. Schuljahres, wie die Erhöhung der Zahl der Abiturienten beweist. Doch die fehlende Verbindung dieser allgemeinen mit der beruflichen Bildung, die fehlende Einheit von Theorie und Praxis, die Theorie nicht als Handlungsanleitung vermittelt, kann die Arbeiterklasse nicht vor dem moralischen Verschleiß ihrer Kenntnisse bewahren.
Für die Monopole ist die Erreichung einer globalen Mobilität, d. h. sowohl räumlich wie nach Berufen und Qualifikationen, eine notwendige Voraussetzung zum Funktionieren des Druckmittels der industriellen Reservearmee. Andernfalls könnten nämlich bei allgemeiner Arbeitslosigkeit Lohnabhängige in einem Gebiet oder Beruf, für den es keine Substituierbarkeit gibt, die Monopole zu ernsthaften Zugeständnissen zwingen.
Die Maßnahmen der Monopole und ihres Staates in der Beschäftigungspolitik sind daher auf die Erreichung einer möglichst weitgehenden Mobilität hin angelegt. Die beruflichen Veränderungen werden durch staatlich geplante oder sanktionierte

Stillegungen den Lohnabhängigen aufgezwungen und sind meist mit Dequalifikation und Lohneinbußen, d. h. mit Entwertung der Arbeitskraft verbunden
Die staatliche Förderung der Mobilität werden wir noch als spezifisches Mittel der Bildungsplanung im Hinblick auf die Intelligenz untersuchen.

Andererseits läßt sich diese Politik nicht unbeschränkt durchführen. Gerade die Spezialisten und qualifizierten Facharbeiter versuchen die Monopole durch verschiedenste Methoden an den Betrieb zu binden: betriebliche Ausbildung, Sonderfonds, Darlehen, Werkswohnungen, monatliche Bezahlung. Diese Politik dient gleichzeitig der Spaltung der Lohnarbeiter in „feste" und „bewegliche" Mitarbeiter. Ein interessantes Beispiel in dieser Richtung sind die letzten Tarifverhandlungen im Baubereich, wo mit Unterstützung der rechten Gewerkschaftsführung die Lohnschere und weitere soziale Unterschiede zwischen Polieren sowie weiteren Facharbeitern und den sogenannten Ungelernten (meist Ausländer) weiter geöffnet wurde.
Die extremste Form der Mobilität ist die Aushilfsarbeit. Sie wird im wesentlichen von „Leihfirmen" organisiert, die Arbeitskräfte unter Vertrag nehmen und sie an Unternehmen weitervermitteln. Die Tätigkeit solcher Leihfirmen ist inzwischen staatlich „geregelt" worden, so daß sie als ein Moment der staatsmonopolistischen Beschäftigungspolitik gelten können. Während die unter Vertrag Genommenen manchmal sehr lange (unbezahlt) auf Arbeit warten und bei ihrem Lohn nicht an den sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse teilhaben, drücken sie den Lohn der Arbeiter im Betrieb, beeinträchtigen sie den Kampf der Arbeiter im Betrieb, da sie einem anderen Unternehmen unterstehen.

ad c) Um die Lohnkosten zu senken, um den Mehrwert zu erhöhen, hat das Kapital die Tendenz, komplizierte Arbeit in einfache Arbeit zu zerlegen, lebendige Arbeit durch vergegenständlichte Arbeit zu ersetzen. Dies ist die Ursache dafür, daß wissenschaftlich-technischer Fortschritt und WTR (soweit letztere bei den inneren Widersprüchen des Kapitalismus überhaupt stattfindet) im Kapitalismus keine Höherqualifizierung, für alle Gruppen von Lohnarbeitern bedeuten, keine höhere „Lebensqualität", sondern daß technischer Fortschritt mit verschärfter Teilung in qualifizierte und nichtqualifizierte Arbeit verbunden ist. Das bedeutet: Statt einer Abnahme eine Zunahme von einseitigen, repetitiven, ermüdenden Tätigkeiten (die nicht notwendig körperlich schwer sein müssen).

Diese Tendenz des Kapitals zur Entwertung und Dequalifizierung der Arbeitskraft, von der entscheidend die staatsmonopolistische Beschäftigungspolitik und als Teilaspekt die Bildungsplanung und Bildungspolitik, wird inzwischen auch von bürgerlichen Untersuchungen über die Auswirkung des technischen Wandels bestätigt. Besonders zu nennen ist hier die Studie des ISF München[4]) von 1972: „Einsatz numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen", also von Produktionsmitteln, die typisch erscheinen für die gegenwärtige Phase des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Als Investitionsgrund für solche Maschinen wird in der Studie, deren Hauptinformationsquelle Expertengespräche mit der Betriebsleitung sind, häufig die Erwartung geäußert, durch numerisch gesteuerte (= NC) Maschinen vom qualifizierten Facharbeiter unabhängig zu werden und gleichsam

4 Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Leiter: Burghart Lutz





„NC-Maschinen durch Schulabgängerinnen oder Hilfsarbeiter ohne jede einschlägige Vorerfahrung bedienen lassen zu können". Diese Erwartung erfüllte sich nicht auf Anhieb, stellt die Studie fest, und zwar – wie die Studie andeutet – auf Grund innerbetrieblicher Auseinandersetzungen, die sich sicher nicht auf die Betriebsleiter beschränkt haben, sondern wo der Protest der Arbeiter die Ursache war: „Die Auseinandersetzung, ob für die Bedienung von NC-Maschinen geringoder relativ hochqualifiziertes Personal eingesetzt wird, scheint noch keineswegs beendet zu sein. In manchen Betrieben wurden die Ansichten zu dieser Frage auf die Formel gebracht: Je komplexer (und damit teurer) die Maschine, desto geringer braucht die Qualifikation des Bedienungspersonals zu sein ... Auch innerbetrieblich spielt diese Auseinandersetzung in manchen Fällen eine Rolle: So war man sich z. B. in einem Großbetrieb, in dem bereits mehrere Jahre lang 10 NC-Maschinen im Einsatz waren, noch nicht darüber einig geworden, ob man durch den Einsatz dieser Maschine auf Dauer qualifiziertes Personal einsparen könne oder nicht."
In der Vorstudie „Qualifikation und Produktion", 1973, zur Untersuchung von Planungsprozessen im Bereich der beruflichen Bildung, vom Kreis um Martin Baethge im Göttinger soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung erarbeitet, wird aus den empirischen Untersuchungen des ISF gefolgert, daß „die Aussagen über die Qualifikationsstruktur (bestätigen), daß es sich (an den NC-Maschinen) nämlich tatsächlich mehr oder weniger um Angelerntentätigkeiten handelt, die keine sehr hohen Anforderungen an systematische Ausbildung stellen". Diese Beschreibung des IST-Zustandes läßt vermuten, daß in der Abschlußstudie des SOFI zur Reform des Berufsbildungswesens keine grundsätzliche Veränderung dieser Berufspraxis angestrebt wird, wenn man noch erstens hinzunimmt: Die demagogischen Ausfälle Baethges in „betrifft: erziehung" 11/72 gegen einen selbst aufgebauten, vorgeblich marxistischen Popanz, wobei der einer von diesem behaupteten generellen „Höher"-Qualifizierung als Realität in der BRD eine „Anders"-Qualifizierung gegenüberstellt, und zweitens Bemerkungen in der Einleitung der SOFI-Studie, die gegenüber Höherqualifizierungsthesen die „Elastizität" betont: „Demgegenüber sind die Beziehungen zwischen Produktion, Qualifikation und Ausbildung als elastisch zu verstehen, was den Entwicklungen in diesen Bereichen den Charakter zwangsläufiger Gleichgerichtetheit nimmt und im einzelnen durchaus unterschiedliche Veränderungen ermöglicht. Allein die Erfahrungen mit praktischer Bildungspolitik in den letzten Jahren legen eine solche Perspektive nahe."[5])
Allgemein ist die Bildungspolitik des Staates innerhalb seiner Beschäftigungspolitik, ausgerichtet als Planung von unzulänglicher Qualifikation, um die Ausbildung der kurzfristigen Verwertungsinteressen der Monopole anzupassen: Konkreter zeigt sich dies etwa darin, daß nach dem Bildungsgesamtplan bis 1985 die duale Ausbildung keineswegs verschwinden, sondern noch 40 Prozent eines Altersjahrgangs umfassen soll. Die Funktion rechtssozialdemokratischer Bildungsplanung besteht darin, mehr veränderungsbefähigende, flexibilitätssichernde Bildungsinhalte einzuplanen. Die Bildungsplanung wird noch speziell für die akademische Ausbildung zu diskutieren sein.

5 SOFI: Qualifikation und Produktion, a. a. O., S. 4

Abschließend läßt sich zu diesem Abschnitt über die Tendenzen der staatsmonopolistischen Beschäftigungspolitik feststellen: „Für das Kapital als Käufer und Verbraucher von Arbeitskräften ist das Bildungssystem unter dem Gesichtspunkt seiner unmittelbaren Rentabilität und, allgemeiner gefaßt, auch unter dem Gesichtspunkt der Gefahr aufgebaut, die eine wirkliche Entwicklung der Kapazitäten der Arbeiter für die kapitalistische Herrschaft darstellen würde." „Für den Lohnarbeiter erhöht der Erwerb eines erweiterten Wissens den Wert seiner Arbeitskraft. Dies ist für ihn die objektive Voraussetzung für eine höhere Bezahlung. Das Recht auf eine zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte im Verhältnis stehende Ausbildung und Erziehung ist fester Bestandteil der Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung. Es ist auch ein Mittel der Entfaltung der Persönlichkeit. Umgekehrt ist eine hinter der ökonomischen und historischen Entwicklung zurückbleibende Berufsausbildung und Erziehung ein Mittel zur zusätzlichen Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital."[6])

**Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Intelligenz**

Wie schon festgestellt, ist auch der Kapitalismus zur Entwicklung der Produktivkräfte gezwungen. Sowohl zur Forschung und Entwicklung wie zur Leitung der Produktion ist daher zur Realisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein zunehmender Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Kadern objektiv vorhanden. Mit dieser Vermehrung des Bedarfs der Industrie ist gleichzeitig die Tendenz zur reellen Subsumption von Teilen der Intelligenz unter das Kapital verbunden. Ihre Angehörigen werden im überwiegenden Teil zu Lohnarbeitern, die nichts zu verkaufen haben außer ihrer Arbeitskraft, allerdings noch mit spezifischen Privilegien versehen, um ihnen ihre objektive Lage zu verschleiern.
Andererseits versuchen die Monopole in ihrem Bereich verstärkt zu rationalisieren, da er den relativ höchsten Anteil an den Lohnkosten hat. Wir wollen den spezifischen Formen der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Intelligenz nachgehen sowie den Entsprechungen dieser Formen der industriellen Reservearmee und Thesen zur kapitalistischen Arbeitsmarktpolitik auf diesem spezifischen Sektor formulieren. Auf Grund der insgesamt schlechten Basis an empirischen Untersuchungen zu diesem Thema werden wir uns großenteils auf die wissenschaftlich-technische Intelligenz beschränken, auch kann nicht den notwendigen Differenzierungen nach Tätigkeitsbereichen und Leistungsebenen nachgegangen werden.

Im Gegensatz zu anderen kapitalistischen Staaten, etwa den USA, läßt sich in der BRD noch keine bedeutende offene Arbeitslosigkeit von Akademikern feststellen. Ursache ist die relative „Vollbeschäftigung" in der BRD auf Grund der erwähnten spezifischen Situation des BRD-Imperialismus (Freisetzungen kompensiert durch die hohe Akkumulationsrate).
Insoweit kann nicht von einem bereits vorhandenen „akademischen Proletariat" gesprochen werden, und die Debatte um dieses Schlagwort hat zum Teil demagogischen Charakter zur Beseitigung der „Kopflastigkeit" des Bildungswesens. Andererseits ergibt sich aus dem einleitend Gesagten, daß das Kapital auch für diese spezifische Art der Lohnarbeit Arbeitskräftereserven zu schaffen bestrebt ist.

6 der staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O., S. 230 f.





Innerhalb dieser Strategie ist auch die Form der offenen Arbeitslosigkeit nicht zu vernachlässigen. Winfried Schlaffke zitiert in seinem Aufsatz „Angebot und Nachfrage nach Akademikern" in: Wirtschaft und Berufserziehung, 5/73, eine statistische Untersuchung, wonach die Zahl der Arbeitslosen unter der technischen Intelligenz von 3800 im Juli 1970 auf 9200 im Juli 1972 anstieg, und die Zahl der Arbeitslosen unter der „sonstigen" Intelligenz im gleichen Zeitraum von 13 500 auf 27 200. Die Zahlen sind nicht nach Branchen differenziert. Die Bundesanstalt für Arbeit teilte allerdings mit, daß bei Hochschulabsolventen der Soziologie und Politologie die Arbeitslosenquote bei 80 Prozent liegt. [7])

Ein Teil Arbeitslosigkeit wird sicherlich durch die Hochschulen verdeckt, wo arbeitslose HS-Absolventen ein Zweitstudium absolvieren oder unterbezahlte Hilfskraftstellen annehmen.

Wesentlicher als offene Arbeitslosigkeit sind allerdings gegenwärtig andere Formen. Die Hauptrichtung ist die zunehmende Unterwerfung der Intelligenz unter die Herrschaft des Kapitals („reelle Subsumption"), die Ökonomisierung ihrer Arbeitskraft, die Ersetzung der Politik der finanziellen Korruption der Intelligenz (nur noch für kleinen Teil) durch die Entwertung ihrer Arbeitskraft. So hält etwa der Wissenschaftsrat (= WR) in seinen 73er Empfehlungen zum HS-Bau-Rahmenplan als wesentliche Information für die Abiturientenberufsberatung den Hinweis: „daß eine HS-Ausbildung zwar eine Grundlage für eine Mehrzahl von Berufen, nicht aber konkrete Verdienstchancen gewährleisten kann".

Als Formen dieser Arbeitsmarktpolitik erweisen sich gerade diejenigen, die wir bereits als die Formen der „modernen" Arbeitsmarktpolitik gegenüber den Lohnarbeitern allgemein erkannt hatten, allerdings mit spezifischer Gewichtung:

1. Erhöhung der Zahl unterbezahlter Arbeitskräfte;
2. Planung von minderqualifizierter Ausbildung und Dequalifizierung im Beruf;
3. Aufspaltung der Intelligenz durch Erhöhung der Mobilität.

Dabei wird gegenüber verschiedenen Gruppen der Intelligenz eine unterschiedliche Politik angewandt.

ad 1. Von großer Bedeutung hier ist die Arbeitshetze. In ihrer menschenfeindlichen, nur dem Profit verpflichteten Art treiben die Monopole die wissenschaftlich Ausgebildeten zu Höchstleistungen an in den Altersjahren, in denen sie von den Akademikern produktive Leistungen erwarten. Auf Grund der Eingruppierung vieler Akademiker in AT-, d. h. außertarifliche Verträge lassen diese sich, eingenebelt durch einige Privilegien, von den Monopolen durch viele kostenlose Überstunden zusätzlich ausbeuten. Da die Monopole die schöpferische geistige Leistungsfähigkeit eines Menschen schon mit etwa 35 Jahren, je nach Branche, für erschöpft halten – rascher als die körperliche Leistungsfähigkeit, werden sogenannte „ältere" Führungskräfte oder Wissenschaftler und Ingenieure rücksichtslos bei den ersten Schwächeanzeichen auf die Straße gesetzt und müssen schlechter entlohnte Arbeit annehmen oder werden im eigenen Betrieb schon zwischen 30 und 40 Jahren aufs Abstellgleis geschoben. Auch solche Akademiker etwa, die aus den USA wegen des wachsenden akademischen Proletariats zurück-

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 7. 73

gekommen sind, finden schwer Arbeit, wenn sie älter als 30 Jahre sind.[8] Für Volkswirte und Chemiker über 30 Jahre gibt es derzeit kaum Stellen.[9] Fast aus jedem Heft der Zeitschrift „analysen" sind Belege herauszuziehen dafür, daß gerade auf dem akademischen Arbeitsmarkt die Monopole ihre Profite durch ungeheure Ausbeutung der jungen, noch billigeren und gleichzeitig schöpferischsten Arbeitskräfte zu erhöhen versuchen.[10]

Natürlich funktioniert diese Politik nur, wenn eine entsprechende Arbeitskraftreserve vorhanden ist – diese muß daher durch die staatsmonopolistische Beschäftigungspolitik geschaffen werden.

Nicht klar ist bisher, in welchem Umfang die Monopole Arbeitslosigkeit unter Akademikern zu planen bereit sind. Der relative Rückgang akademisch Auszubildender an einem Altersjahrgang über die verschiedenen BGP-Entwürfe spricht nicht dafür.

ad 2. Allerdings muß man noch feststellen, daß die eben geschilderte Dequalifikation, etwa der „älteren" Intelligenz nicht die allgemeine Form der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Beschäftigungspolitik gegenüber der Intelligenz ist, schon auf Grund der drohenden sozialen Gefahren einer solchen Politik, zumal die Intelligenz auf Grund der ihr häufig im Betrieb noch zufallenden Leitungsfunktionen eher zu den zu „bindenden", zu integrierenden als zu den „mobilen" Arbeitskräften gehört.

Wir wollen hier die These aufstellen, daß der Hauptinhalt dieser Politik ist, mindere, unzureichende Qualifikationen für diese Arbeitskräfte zu planen (gemessen an dem auch unter kapitalistischen Bedingungen möglichen Produktivkraftentwicklungen), somit den Preis ihrer Ware Arbeitskraft zu drücken und den moralischen Verschleiß zu beschleunigen.

Überhaupt kann man ebensowenig wie eine Höherqualifizierung aller Gruppen von Lohnarbeitern eine solche Dequalifikation behaupten, da ja der Kapitalismus durchaus zur Entwicklung der Produktivkräfte gezwungen ist, also auch in qualifikatorischer Hinsicht die Hauptproduktivkraft Mensch.

Im allgemeinen wird im Kapitalismus eine relative Unterqualifizierung vorliegen gegenüber dem auch unter kapitalistischen Bedingungen Möglichen und pädagogisch Gebotenen – für die Intelligenz läßt sich dies gut an den geplanten 3jährigen Studiengängen für die „Normal"-Lehrer belegen.

Diese Politik wirkt sich in zwei Richtungen aus:

a) in der Produktion,

b) in der Ausbildung und Produktion Bildungsplanung.

Zu a) Hier existieren wiederum zwei Tendenzen: Zum einen versuchen die Monopole, bestimmte Tätigkeiten durch weniger qualifizierte Arbeitskräfte ausüben zu lassen. So wurden zunächst (in 3jährigen Kurzstudiengängen an Fachhochschulen ausgebildete) graduierte Ingenieure an Stellen eingesetzt, an denen auch (an THs im Langstudium ausgebildete) Diplom-Ingenieure arbeiteten. Nachdem sich die graduierten Ingenieure gewisse Rechte erkämpft hatten, lassen sich jetzt Bestrebungen feststellen, Absolventen der nur 2jährigen Technikerschulen auf den

8 siehe FAZ v. 28. 1. 72
9 FAZ v. 23. 7. 73
10 siehe etwa: „analysen" 11/72 und 5/73





Stellen der graduierten Ingenieure einzustellen. Ähnliches gilt für die Sozialarbeiter. Nachdem diese sich zunehmend ein eigenständiges Arbeitsfeld und Entscheidungsmöglichkeiten erkämpft hatten, sind die Behörden bestrebt, statt ihrer die völlig abhängigen Sozialassistenten einzustellen.

Die andere, auswirkungsreichere, bezieht sich unmittelbar auf die Arbeitsorganisation: Das Kapital ist bestrebt, die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit, bzw. die Trennung von anleitenden und ausführenden Tätigkeiten auf neuer Ebene jetzt auch für die geistige Arbeit durchzuführen zur Rationalisierung dieses erheblichen Kostenfaktors – dem wesentlichen Kriterium der Monopole.

Diese Trennung wird nicht nur durchgeführt etwa für höhere Facharbeitertätigkeiten wie etwa die Instandhaltung und Wartung, dem bisher nach der kapitalistischen Zerteilung noch übriggebliebenen qualifiziertesten Arbeitertätigkeit, von dem die SOFI-Studie nachweist, daß durch verstärkte Schematisierung der Kontroll- und Wartungsarbeit und Einführung des Baukastensystems zur Auswechslung gefährdeter Maschinenteile eine Aufspaltung der Instandhaltungsarbeiter in ein Gros von Routinearbeitern und eine Minderheit von Spezialisten aufgeteilt wird, diese Trennung gilt ebenso etwa für das Computerpersonal. Für die fünf „Computerberufe": Organisator, Systemanalytiker, Fachprogrammierer, Operator, Locherin und Prüferin, faßt die SOFI-Studie die Ergebnisse anderer Untersuchungen so zusammen: Für die drei letzteren Berufe rechnen die Monopole mit einer größeren Personalreduktion, anlagenbezogen (bei steigendem Einsatz von Anlagen findet durchaus eine absolute Erhöhung statt), und zwar durch:

- Ausnutzung technischer Entwicklungen wie automatische Datenerfassung und Datendirekteingabe in den Computer ohne Zwischenspeicherung, daher Verringerung der Loch- und Prüftätigkeiten,
- Aufbau großer Speicherbanken etc. zur Reduktion des Bedienungsaufwands,
- Reduzierung des wachsenden Programmierungsaufwands durch Benutzung komfortablerer Sprachen und verstärkte Entwicklung von Standardprogrammen.

Dadurch wird der traditionelle qualifizierte Fachprogrammierer „in zwei Kategorien aufgespalten: In den minderqualifizierten, auf Routinearbeiten und reine Programm-Anwendung verkürzten ‚angelernten Techniker . . ., dessen Anlernung von den Betrieben weitgehend selbst bewältigt werden kann, und in den hochqualifizierten ‚Analytiker-Programmierer', eine Minderheit mit überwiegend wissenschaftlicher Ausbildung, die sich nun voll auf die komplizierteren Analysen und Programmierarbeiten konzentrieren kann"[11] und der im wesentlichen die Aufgaben des System-Analytikers mitübernimmt.

Auch die hohen Kosten der letzteren Kategorie versuchen die Monopole zu kürzen: Zum einen durch noch verschärfte Konzentration und Zentralisation – die Fusionen von Monopolen sind ja auch von dem Interesse beherrscht, die Entwicklungs- und Forschungsabteilungen zu rationalisieren, d. h. Mitarbeiter zu entlassen. Zum anderen übertragen sie solche Entwicklungs- und Systemanalyse-Arbeiten zunehmend speziellen „Denkfirmen", etwa Industrieberatungsinstituten, dem Battelle-Institut, Benutzung des software-service von IBM und anderen Firmen. So

11 SOFI, a. a. O., S. 115

brauchen die Monopole Intelligenz nur für relativ unterqualifizierte Anwender-Tätigkeit ständig zu besolden, während wesentliche qualitative Aufträge nur eine einmalige Bezahlung erfordern. Hinzu kommt eine relative soziale Unsicherheit der Wissenschaftler in den „Denkfirmen", da hier lediglich auf höherer Ebene das organisiert wird, was wir für un- und angelernte Tätigkeiten als „Leiharbeit" bezeichnet hatten: sie sind völlig abhängig von den „Marktschwankungen" und seiner besonders hohen Ausbeutung und geistigem und körperlichem Streß (Termindruck der Aufträge) ausgesetzt. Diese Denkfirmen können es besonders leicht durchsetzen, nur junge Arbeitskräfte bis ca. 30 Jahre einzusetzen.

Zu b) und zu 3) Ausbildung, Bildungsplanung und Mobilität

Wesentliches Mittel der staatsmonopolistischen Beschäftigungspolitik für die Intelligenz wird zunehmend die Effektivierung der Bildungsplanung, die eine langfristige Planung und Quantifizierung von Qualifikationen versuchen muß. Ihr ist die Aufgabe zugewiesen, die Qualifikationen der Lohnabhängigen in dem eingeschränkten Rahmen zu planen und in konkreter Bildungspolitik durchzusetzen, der mit dem kapitalistischen Profitprinzip verträglich ist. Insbesondere hat sie daher die Aufgabe, die Vermittlung einer umfassenden, wissenschaftlichen Weltsicht an die Lohnabhängigen zu verhindern wegen der damit entstehenden Gefahren für das kapitalistische System.

Die Entwicklung der staatsmonopolistischen Arbeitsmarktpolitik, speziell für die Intelligenz, zu dieser neuen Form „aktiver" Politik läßt sich gut verfolgen an der Entwicklung der Bildungsökonomie in der BRD als theoretischer Disziplin der Bildungsplanung.

Dies schon deswegen, weil Bildungsökonomie und Bildungsplanung in der BRD gerade entstanden, um die angesichts des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gegenüber der Intelligenz notwendige staatsmonopolistische Arbeitsmarktpolitik auszuarbeiten. Burkart Lutz u. a. beschreiben diesen Sachverhalt aus sozialdemokratischer Sicht recht klar in einer ISF-Studie[12]) anhand der Ausgangssituation der Bildungsökonomie in der BRD Mitte der 50er Jahre:

„Eine ‚automatische' Regelung der Beziehung zwischen Bildungssystem und Produktionssystem ist nicht mehr gegeben. Das bedeutet, daß weder für das Produktionssystem eine Garantie besteht, die erforderlichen Arbeitskräfte für die angestrebte Produktion bzw. das Dienstleistungsangebot zu bekommen, noch das für den Einzelnen garantiert ist, die durch das Bildungssystem vermittelten Qualifikationen unmittelbar seiner eigenen materiellen und ideellen Existenz wie zur Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands verwerten zu können. Dadurch entsteht die Gefahr, das die Verfolgung gesellschaftlicher Ziele wie Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung wie auch das Recht des Einzelnen auf freie Berufswahl auf einen Arbeitsplatz beeinträchtigt wird. Soll dies nicht geschehen, müssen durch **politische Eingriffe** die Beziehungen zwischen Bildungsystem und Produktionssystem im Hinblick auf die genannten Ziele gesteuert werden. Eine solche Steuerung erfordert Kenntnisse über die **Art** dieser Beziehungen und politische Zielvorstellungen über deren Entwicklungen."[13]

12 B. Lutz u. a. : Überlegungen zum Problem des „Bedarfs" an hochqualifizierten Arbeitskräften und seiner Prognose, HIS-Brief 10

13 ebenda, S. 12





Der zunächst vorherrschende Ansatz zur Steuerung war der „Manpowerapproach". Als sogenannter Bedarfsansatz geht er ausschließlich vom Arbeitskräftebedarf der Monopole aus (jedenfalls für den Bereich Wirtschaft). Bei den Bereichen öffentlicher Dienst, Gesundheitswesen wird von einem gesellschaftlichen Bedarf ausgegangen, der vermittelt natürlich auch vom Interesse der Monopole bestimmt ist und nicht von den grundsätzlich verschiedenen Bedarf der Arbeiterklasse. Methodisch besteht er aus der Abfolge mehrerer Schritte:

- Ziel: Erreichung eines bestimmten Wachstums des Bruttosozialprodukts innerhalb einer bestimmten Periode (meist 4 Prozent)
- Differenzierung dieses allgemeinen Wachstums nach verschiedenen Branchen mittels Trendexpolation
- Schätzung der Produktivitätsentwicklung der einzelnen Branchen
- Ermittlung des Arbeitskräftebedarfs der einzelnen Branchen als Verhältnis der beiden vorhergehenden Ergebnisse
- Strukturierung dieses Bedarfs nach Berufsklassen
- Summierung der geschätzten Anteile der Berufsklassen ergibt den Gesamtbedarf dieser Berufsklasse
- Ermittlung der Ausbildungsstruktur jeder Berufsklasse, und zwar aus den Vergangenheitswerten.

Namhafte Vertreter des manpower approaches in der BRD waren Friedrich Edding und Hajo Riese, der auch die bedeutendste Studie dieses Ansatzes erarbeitet hat: „Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der BRD", 1967. Als bildungspolitische Maßnahmen wurden quantitative Erweiterungen des Bildungswesens zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs der Monopole an hochqualifizierten Arbeitskräften empfohlen. Gegen Ende der 60er Jahre begann eine heftige Kritik am manpower approach. Wie Lutz feststellt[14]), war diese Kritik „auch eine politische", und zwar daran, daß mit diesem staatsmonopolistischen Planungsansatz Bildung zu einseitig und zu offen „auf die Vermittlung berufsfunktionaler Fertigkeiten reduziert" war. Am Sozialdemokratismus orientierte Theoretiker wie Georg Picht oder Dahrendorf forderten als Gegenposition „Bildung ist Bürgerrecht", demagogisch freilich, weil der damit gemeinte „Nachfrage"- bzw. „social demand"-Ansatz nie eine wirkliche Alternative zum manpower approach war, sondern es vor allem um eine methodische Kritik, aber bei gleicher Zielsetzung ging. Dazu gehörten neben Kritik an der benutzten Methode der Trendexpolation des Vergangenen bzw. Gegenwärtigen – an deren prinzipieller Unzulänglichkeit freilich im nicht rational planbaren Kapitalismus keine noch so verfeinerte Methodik vorbei kommt – Kritik sowohl an Voraussetzung wie Folgerung des Ansatzes. Politisch setzte die, dem staatsmonopolistischen System immanente Kritik an der Folgerung der notwendigen Expansion des Bildungswesens an. Diese Folgerung erschien den Monopolen sowohl wegen der dann steigenden Lohnkosten wie wegen der drohenden politischen Gefahren als nicht annehmbar und gelangte damit zur Kritik der Hauptvoraussetzung, der direkten Proportionalität von Wirtschaftswachstum und besserer Bildung. Hatten doch inzwischen die Monopole Methoden entwickelt, um bei verschärfter Trennung von körperlicher

14 a. a. O., S. 34

und geistiger Arbeit und Reduzierung der Spezialisten trotzdem sowohl den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranzutreiben wie die Profitrate zu erhöhen. Als weitere methodische Kritik ergab sich aus dem Bestreben der Vermeidung weiterer Expansion des Bildungswesens: die einzelnen Berufsklassen waren als gegeneinander abgeschottet, nicht austauschbar betrachtet worden. Es fehlte die Einbeziehung der Substitutionsmöglichkeiten verschiedener Qualifikationen für die gleiche Tätigkeit.

W. Schlaffke vom Deutschen Industrieinstitut gab 1970 in der Schrift „Akademisches Proletariat?" das Stichwort zur Lösung der Probleme: „Durch Mobilität zur Substitutivität", womit sich der Kreis unserer Betrachtung der Arbeitsmarktpolitik für die Intelligenz mit der allgemeinen für Arbeiter schließt. Schlaffke schreibt: „Der Idealfall, der natürlich auch nicht annähernd zu verwirklichen ist, wäre dann erreicht, wenn ein jeder auf einem jeden Platz tätig sein kann."[15] Und zitiert zustimmend Hajo Riese (der inzwischen selbst den klassischen manpower-Ansatz kritisierte), der es zum Ziel der Bildungsforschung erklärte, daß „eine größere Flexibilität zwischen gewählter Fachrichtung und Berufsqualifikation erreicht wird ... Je reibungsloser ein Wechsel zwischen den Berufen möglich ist und je weniger fachgebunden die Ausbildung ist, die ein bestimmter Beruf verlangt, desto weniger braucht die Bildungsplanung auf den Arbeitsmarkt Rücksicht zu nehmen. Die Substitutionsmöglichkeit erlaubt dem Angebot, auf Marktänderungen zu reagieren."[16])

Mit dieser Leitidee und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über das Bildungssystem entwickelte sich der bildungsplanerische Ansatz zur heutigen Form der Integration von social-demand- und manpower-approach, wie sie etwa dargelegt ist in der Darstellung des NRW-Wissenschaftsministeriums zur Hochschulplanung vom 19. 10. 1971 und in dem WR-Gutachten zum 3. HS-Baurahmenplan von 1973:

Danach soll die **Gesamtzahl der Studienplätze** bestimmt werden mit Hilfe der Nachfrage. Diese hofft man zwar mit Hilfe der Berufsberatung manipulieren zu können, aber im Grunde geht der WR davon aus, daß praktisch doch für fast alle Abiturienten Studienplätze – welcher Qualität auch immer – wenigstens für die nächste Zukunft, in der die Sekundarstufe II noch nicht verwirklicht ist, zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese pessimistische Sicht gegenüber den früheren Hoffnungen, Abiturienten direkt in die Berufe lenken zu können, sind wohl auch darauf zurückzuführen, daß – wie W. Schlaffke in: Mit dem Abitur in die Wirtschaft, in: Schule/Wirtschaft Nr. 10, beschreibt – von der Industrie bisher praktisch keine entsprechenden „attraktiven" Berufswege eröffnet worden sind.

Die **Fachrichtungsstruktur** der Studienplätze soll bestimmt werden mit Hilfe des Bedarfs, d. h. mit Hilfe eines verfeinerten manpower-approach. Hatte der NRW-Planungsbericht noch an eine direkte Anpassung dieser Fachrichtungsstruktur an den Bedarf der Monopole mit Hilfe eines regional gegliederten Hochschulsystems geglaubt, so ist für den WR 1973 als einziges Mittel zur Lösung der Probleme auf

15 W. Schlaffke, Akademisches Proletariat?, Köln 1970, S. 37
16 ebenda





der Seite der Bildungsinhalte, wo es sich als Bestimmung des Verhältnisses von Allgemeinbildung und Spezialisierung erweist, die Herstellung von Flexibilität übriggeblieben, es durchzieht die Empfehlungen als roter Faden:
„Bevorzugung (beim Hochschul-Ausbau) derjenigen Fachrichtungen, die ein hohes Maß an beruflicher Flexibilität aufweisen."[17])
Als konkreter Ausfluß davon wird „ein stärkerer Ausbau im Bereich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften empfohlen. Die Absolventen dieser Fächer sind für die Ausübung zahlreicher Berufe in privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich ... vielfältig vorgebildet ... Da die Ausbildung in diesen Bereichen nur in geringem Maße auf einzelne Berufe ausgerichtet ist und damit die Absolventen flexibel in der Berufsausübung sind, ist ein stärkerer Ausbau zu verantworten."[18])

Aus dem Ansatz folgt ebenso, daß „die Zuwachsraten (bei den Lehramtsstudenten) vermindert werden". Denn „die Absolventen dieser Studiengänge (weisen) eine geringe Flexibilität bezüglich der Berufsausbildung" auf.[19])
Diese Argumentation ist größtenteils demagogisch, da sie das vom Interesse der Arbeiterklasse grundsätzlich verschiedene Interesse der Bourgeoisie an Bildung und damit Lehrerbedarf verschleiert, richtig ist immerhin daran, daß bei Fortsetzung der bisherigen Bildungspolitik auch Lehrer mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.
Vor allem weist der WR aber immer wieder auf die 3jährigen Kurzstudiengänge hin, deren Ziel die Vermittlung von Flexibilität in breiten Tätigkeitsbereichen ist und deren Einführung daher die Lösung der beschriebenen Schwierigkeiten der staatsmonopolistische Arbeitsmarktpolitik wäre und gleichzeitig für die Absolventen geplante Minderqualifikation und verstärkte Ausbeutung im Beruf bedeuten.
Insbesondere kämen sie der Ersetzung der Orientierung der bisherigen Berufsausbildung auf starre Berufsbilder durch eine auf Berufs-Tätigkeits**felder** näher.
Mit der Einführung solcher, auf Flexibilität und Mobilität ausgerichteten Kurzstudiengänge würde die staatliche Bildungspolitik genau den Interessen der Monopole entsprechen, die akademische Ausbildung inzwischen großenteils als Vermittlung allgemeiner Verhaltensweisen beim Problemlösen und überhaupt von Weisen des angepaßten, für das Profitziel produktiven Verhaltens betrachten, wobei die konkreten Qualifikationen kaum interessieren.[20])
Dafür spricht auch etwa die Praxis von IBM, beliebige Hochschulabsolventen einzustellen – außer den zu speziell ausgebildeten Medizinern –, deren HS-Ausbildung als allgemeine Verhaltens- und Denkqualifikation angesehen und darauf eine Spezial-Ausbildung aufgebaut wird.
Mit den Kurzstudien-Absolventen könnten die Monopole sowohl die Aufspaltung der lohnabhängigen Intelligenz vorantreiben wie die Bindung erhöhen, nämlich durch Gewährung verschieden intensiver Spezialisierung – entweder als Zusatzausbildung im Betrieb mit Externenprüfung nach dem neuen HRG-Entwurf für Spezialisten oder als Akademie-Ausbildung für Führungsfunktionen.

17 Gutachten des Wissenschaftsrats zum 3. Hochschulbau-Rahmenplan 1973, S. 67
18 ebenda, S. 65
19 ebenda
20 siehe die Protokolle über die Vorträge von Industrie-Mathematikern über die benötigten Qualifikationen, in: Bielefelder Ringcolloquium, Materialien zur Berufspraxis des Mathematikers, Heft 7

Doch auf der Ebene der Bestimmung der Studieninhalte für solche flexibilitätssichernde, das logische Denken schulende gibt es noch erhebliche Schwierigkeiten für die herrschende Klasse, die noch kompliziert werden durch politische Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse, da eine Richtung der Monopolbourgeoisie politische Gefahren von zu viel Elementen der Allgemeinbildung befürchtet (s. den CSU-Widerstand gegen die Bundeswehrhochschulen mit ihren gerade so konzipierten Kurzstudiengängen).
Auf der Seite des Sozialdemokratismus gibt es aber bereits einige inhaltliche Konzeptionen. So gibt es nicht nur einen Katalog von Lernzielen der manpower-Arbeitsgruppe beim MPI in Westberlin wie: Abstraktionsvermögen, Kooperationsvermögen, Kommunikationsfähigkeit, technische Sensibilität, Technologisches Grundwissen etc., sondern es gibt auch bereits Versuche zur inhaltlichen Ausfüllung. Auf der Schulebene sind am weitesten fortgeschritten in der Konkretisierung die Hessischen Rahmenrichtlinien, etwa für Deutsch und Gesellschaftslehre, die anstatt das Denken auszubilden in der Erarbeitung eines breiten Kenntnissystems nur auf das Allgemeine, die Sprache, die Kommunikation abheben.[20a])

Durch die „Entstofflichung" der Inhalte läßt sich nur ein formales Denken ausbilden, das durch das Eliminieren des Historischen antihumanistisch und durch das Eliminieren von Zusammenhängen metaphysisch, und so fungibel für die Monopole wird.
Auf der Hochschulebene sind Tendenzen zu einer derartigen Benutzung vorhanden bei einigen Studienreformmodellen, die einseitig den Gesichtspunkt der „Praxisorientierung" in den Vordergrund stellen und die Beziehung zwischen Empirie und Theorie zerreißen, die Eigengesetzlichkeit von Theorie vernachlässigen und die Theorie auf ihre bereits entfremdete Anwendung einschränken — so etwa in dem „Kasseler Modell", wo in dem Curriculum des Modellvorhabens „Integrierte Studiengänge der Technik an der Gesamthochschule Kassel" das theoretische, forschungsorientierte Studium in den zweiten Studienteil verbannt wird und der erste, bereits mit einem berufsqualifizierenden Diplom abschließende, Studienteil „den Vorteil verstärkten Praxis- und Problembezugs ohne die gleichzeitige motivationsfeindliche Belastung (!) mit theoretischer Arbeit" haben soll.[21])

In dem Zusammenhang der Vereinseitigung der Praxisorientierung erscheint die These von Thomas Neumann[22]) sehr interessant, daß die Dequalifikation der Arbeitskraft von Wissenschaftlern im Betrieb, der moralische Verschleiß der Arbeitskraft gerade beruht auf der entfremdeten Anwendung der Wissenschaft in der Praxis, der Trennung der Wissenschaft von den unmittelbaren Produzenten und dem Fehlen von sinnvollen Kooperationsbeziehungen.
In der beschriebenen Entwicklung von Bildungsökonomie und Bildungsplanung wurde die frühere Beschränkung auf die hochqualifizierte Arbeit aufgegeben und die gesamte Arbeitsbevölkerung einbezogen (vgl. etwa die Einbeziehung des Bereichs Weiterbildung in den Bildungsgesamtplan). Damit verliert immer mehr die akademische Reservearmee ihre Unterschiedlichkeit gegenüber der industriellen.

20a siehe dazu die Kritik Hermann Helmers an den Rahmenrichtlinien Deutsch in „Erziehung und Wissenschaft", 9/73, und in „Die deutsche Schule", 9/73
21 Beschreibung des Modellvorhabens, S. 44 und 44a
22 in: Bielefelder Ringcolloquium, S. 32





Damit bestätigt sich also auch von dem sich vereinheitlichenden Instrumentarium der staatsmonopolistischen Arbeitsmarktpolitik her die objektive Tendenz der Annäherung der Intelligenz an die Arbeiterklasse: Der akademische Arbeitsmarkt wird zu einem Sektor des allgemeinen Arbeitsmarktes. Die verstärkte Orientierung auf die Kurzstudiengänge mit dem Hauptinhalt Flexibilität zeigt die Tendenz zum Übergang zu „beweglichen" Arbeitskräften auch bei der Intelligenz. Jedenfalls gilt dies für die wissenschaftlich-technische Intelligenz. Bei den Lehrern als einer weiteren Hauptgruppe der Intelligenz läßt sich die Tendenz zur Ersetzung lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit (audivisuelle Mittel) und Abspaltung von Routinetätigkeiten (Schulassistenten) jedoch nicht im wohl gewünschten Umfang durchsetzen, z. T. aus Kostengründen, z. T. auf Grund der spezifischen Kompliziertheit der Arbeit der Lehrer.
Hinzufügen muß man noch bei der Einschätzung der neuen Formen staatsmonopolistischer Arbeitsmarktpolitik, daß diese neueren Entwicklungen der Bildungsökonomie nicht nur negativ für den Kampf der Arbeiterklasse um seine demokratische Bildungsreform zu bewerten sind:

Die Betonung der Flexibilität als Ausbildungsziel beinhaltet das Abgehen von den früheren, nur auf Spezialisierung abgestellten kapitalistischen Bildungswesen und die Anerkenntnis der Notwendigkeit der Aufnahme von Elementen der Allgemeinbildung in die Ausbildung. Es ist der Versuch, ein angemessenes Verhältnis zwischen Allgemeinbildung und Spezialisierung zu finden. Das bestätigt etwa W. Schlaffke, der im zuletzt erwähnten Artikel „Vom Abitur in den Beruf" die zunehmende Tendenz der Monopole beschreibt zur Ablösung der spezialisierten einzelnen Lehrberufe durch die Einführung von Grundberufen mit anschließender Spezialisierung, durch Erhöhung der Theorie-Anteile.

Ebenso ist der Versuch einer staatsmonopolistischen Studienreform über die Einführung von Kurzstudiengängen der Versuch der Vermittlung einer Grundlagenbildung.
Doch sowohl zur Vermittlung einer wirklich wissenschaftlichen Grundlagenausbildung wie zur Bestimmung des für die Ausbildungspraxis richtigen Verhältnisses (und gegenseitigen Bedingtheit!) von Allgemeinbildung und Spezialisierung fehlt der Bourgeoisie die wissenschaftliche Methodologie, über die allein die Arbeiterklasse mit dem Marxismus-Leninismus verfügt — gegen den und dessen Eindringen in die Studieninhalte die Bourgeoisie aus Furcht vor ihrem Untergang scharf mit Berufsverboten und formalen Reglementierungen vorgeht.

# *Folklore und revolutionäre Lieder aus aller Welt*

## Zum Beispiel Südamerika

**CHILE**

Canto a lo Humano
Junan Capra dokumentiert auf dieser Platte unterschiedliche Stilrichtungen der chilenischen Volksmusik.
LDX 74 407, Preis: DM 22,–

**PABLO NERUDA**

Lieder und Texte von und mit dem bekannten chilenischen Dichter, mit Texten.
LDX 76 031, Preis: DM 22,–

**LE CHANT PROFOND DE L'AMERIQUE LATINE**

revolutionäre Kampflieder und Folklore aus Südamerika, mit Texten.
LDX 74 395, Preis: DM 22,–

**ATAHUALPA YUPANQUI**

der gebürtige Indio, Professor für Literatur, textet fast alle seine Lieder selbst. Er begleitet sich meisterhaft auf der Gitarre.

preguntitas sobre dios
LDX 74 415, Preis: DM 22,–
i soy libre! isoy bueno!
LDX 74 371, Preis: DM 22,–
basta ya
LDX 74 457, Preis: DM 22,–
campesino
LDX 74 394, Preis: DM 22,–
aus der Serie
SPÈCIAL INSTRUMENTAL
guitare des andes
LDX 74 439, Preis: DM 22,–
Alle Titel mit Texten bzw. Spielanleitung

**CHANTS DE LA REVOLUTION CUBAINE**

Lieder der kubanischen Revolution, mit Texten.
LDX 4288, Preis: DM 22,–

**und viele andere! Gesamtverzeichnis anfordern!**

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10


Stefan Voets:

# Demokratische Alternative in der Schule?

### Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien

I

Schärfe und Dauer der Auseinandersetzungen um die hessischen Rahmenrichtlinien (genauer: um die Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre und Deutsch in den Klassen 5–10 – RRG und RRD) verweisen darauf, daß die vorgelegten RR-Entwürfe von einiger Bedeutung für die gesamte Entwicklung des Bildungswesens der BRD sind.
Diese Bedeutung besteht freilich nicht in dem, worauf die bürgerliche Presse und auch manche sozialdemokratischen Politiker die Aufmerksamkeit zu lenken versuchen. Folgt man ihnen, dann haben die RR im wesentlichen nur fortschrittliche Befürworter und reaktionäre Gegner. Daß diese Schlachtordnung ebenso schief ist wie die „Rettet-uns-vor-dem-Sozialismus"-Kampagnen gegen die SPD bei den letzten Bundestagswahlen, wird nicht gesehen oder soll nicht gesehen werden. Wie zu zeigen sein wird, besteht weder Anlaß, das Lamento im „Arbeitgeber" für bare Münze zu nehmen, daß die Schüler „zu ideologisch programmierten Revoluzzern abgerichtet"[1] würden, noch kann Kultusminister v. Friedeburgs Anspruch, ein „Rahmenwerk für die innere Schulreform" geschaffen zu haben[2]) unwidersprochen bleiben.
Bedeutung gewinnen die RR vor allem aus der Situation, in der sie entstanden sind; anders würde es auch kaum zu verstehen sein, wieso ein ministerieller Entwurf, dessen Veränderbarkeit und z. T. verbalen Charakter die reaktionären Kräfte genau kennen müssen, zu einer derartig massiven politischen Kampagne führt. Was kennzeichnet die Situation, in der die RR zum Gegenstand zugespitzter Auseinandersetzungen werden?

1. Bildung und Erziehung sind Teil des Gesamtsystems imperialistischer Massenbeeinflussung – nicht in jeder Einzelheit, aber in der grundsätzlichen Anlage und Ausrichtung.[3] Die Monopole, voran ihr gesellschaftspolitischer Stab, die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), zeigen sich in letzter Zeit zunehmend besorgt um Funktionsfähigkeit und „Modernisierung" dieses Systems. So heißt es im letzten BDA-Jahresbericht: „Bestand und systemgerechte Fortentwicklung unserer Ordnung sind weitgehend durch die öffentliche Bewußtseinslage bestimmt. Insoweit wirken Meinungsmultiplikatoren und damit die öffent-

1 „Der Arbeitgeber" – Organ der BDA, 3. 2. 1973
2 v. Friedeburg, Ludwig: „Ein Rahmenwerk für die innere Schulreform" In: Köhler/Reuter (Hg.), „Was sollen Schüler lernen?" Frankfurt/M 1973, S. 33 ff.
3 Es ist „ein bewährtes bildungspolitisches Arbeitsprinzip des Deutschen Industrieinstituts", daß „die Wirtschaft der Schule Bildungserfordernisse und Bildungsbedürfnisse (aufzeigt). Sie überläßt es aber weitgehend dem pädagogischen Sachverstand und Fachmann, die didaktischen und methodischen Möglichkeiten der Lösung zu erarbeiten". So der Leiter des DI (jetzt: Institut der Deutschen Wirtschaft), Prof. Rolf Rodenstock, in: Wirtschaft und Höhere Schule, Köln und Opladen 1968, S. 105 (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung Bd. 9)

lichen Medien, Schulen, Hochschulen und berufsbildenden Institutionen nachhaltig auf den gesellschaftspolitischen Kurs unseres Gemeinwesens ein und entscheiden mit darüber, ob und inwieweit der Common sense unser freiheitliches und marktwirtschaftliches System auf Dauer trägt."[4] Folgerichtig bemühen sich die Monopole und ihr Bildungs-Planungsausschuß, die Walter-Raymond-Stiftung, um neue Orientierungen für die Bewußtseinslage: „Unter dem Titel ‚Orientierungen heute – Verbindlichkeiten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft' stellte die Walter-Raymond-Stiftung bewußt die Frage nach dem Gemeinsamen, dem Minimum an heute erforderlichen Übereinstimmungen über Normen, Werte und Spielregeln in der Gesellschaft."[5]

Die wachsende Sorge um die Wahrung des imperialistischen „Bildungsauftrags" ist ein deutliches Indiz für den wachsenden äußeren und inneren Druck, dem das großkapitalistische System unterliegt. Die neue Lage in Europa ist Ausdruck der Stärke des Sozialismus und der historischen Defensive des Imperialismus, dessen innere Widersprüche und Schwierigkeiten immer deutlicher zutage treten. Der daraus resultierende Zwang zur Anpassung führt selbst wieder in neue Probleme, so auch in den ständigen Widerstreit kurz- und langfristiger Interessen, „bewährter" und „modernisierter" Herrschaftsmethoden, reaktionärster und realistischer Zielsetzungen. Die RR und ihr Konzept gehören unter einer Reihe von Gesichtspunkten in den Zusammenhang dieser Anpassungsstrategie. Hierbei wäre es sicher verfehlt, sie nur lupenreiner und listiger imperialistischer Politik zuzuordnen (vgl. Punkt 2). Unverkennbar jedoch genügen die RR vielen wesentlichen Ansprüchen einer indirekten, flexibleren und verfeinerten Massenbeeinflussung. Es gehört zu der besonderen Widersprüchlichkeit der RR, daß sie dieses für das Großkapital wichtige Element offenkundig nicht so durchgängig und eindeutig entwickeln, wie es alle Reaktionäre erwarten.

2. Die RR besitzen einen in einiger Hinsicht mehrdeutigen Charakter. Daß läßt sich nicht nur aus ihrem Eklektizismus erklären (vgl. u.), sondern auch aus der Widersprüchlichkeit des Reformprozesses, in dem sie entstanden sind:
– Integrationsstrategie und Reformpolitik im Interesse der Stabilisierung des Spätkapitalismus besitzen oft – so auch bei den RR – einen zwiespältigen Charakter.
Sie reichen nicht selten in Grenzbereiche der Herrschaftssicherung hinein, in denen die Realisierung der Grundforderungen der Monopole sich nur noch im ständigen Widerstreit mit Zugeständnissen und demokratischem Druck vollzieht.

Punktuell gilt das gerade für die hessische Bildungspolitik; es wäre völlig verfehlt, sie zum Lieblingskind des Großkapitals zu erklären. Das ändert nichts an ihrer grundsätzlich systemerhaltenden, reformistischen Orientierung, macht aber deutlich, daß in Sachen RR eine differenzierte Beurteilung ratsam ist. So ist es sicher nicht nur im Sinne der Monopole, wenn mit den RR Abschied genommen wurde von einer Reihe erzreaktionärer Bestandteile früherer Lehrpläne wie der Begabungs- und Elitetheorie, dem militanten Antikommunismus usw. und wenn die RR für Gesamtschulen geplant sind.

4 Jahresbericht der BDA für die Zeit vom 1. 12. 1971–30. 11. 1972, S. 10
5 Ebenda





Demgegenüber ergibt wiederum die für eine ausgewogene Beurteilung notwendige differenzierte Betrachtung, daß eben diese Vorzüge nicht die eindeutigsten und konsequentesten Positionen der RR sind, sondern oft in bedenklicher Nachbarschaft zum pädagogischen Modernismus liegen.

– Offenkundig haben auf die RR-Autoren nicht nur die Forderungen des Großkapitals und seine politisch-ideologischen Konzeptionen gewirkt, sondern auch die der demokratischen Bewegung in der BRD.

Hieraus ist nun keineswegs der Übergang auf antimonopolistische Positionen entstanden, wohl aber eine für viele linksbürgerliche Strömungen (denen die RR zu großen Teilen zuzuordnen sind) kennzeichnende Erscheinung: Schwanken zwischen den gesellschaftlichen Kräften, Rückzug von offen proimperialistischen Auffassungen, Suchen der „Lösung" im Geistigen, im Skeptizismus und Relativismus usw.

Unstreitig kann sich aber hierin sowohl der Übergang zu fortschrittlichen Überzeugungen anbahnen als auch der Angriff auf sie.

Es ist müßig, bei den RR darüber zu spekulieren, wo nun im einzelnen die RR-Autoren anzusiedeln sind. Wichtig ist vor allem, ob die RR diese beiden gegensätzlichen Positionen zulassen. Das ist offenkundig der Fall – und so erklärt sich ein Teil der reaktionären Angriffe auf die RR: kritisiert wird die Erhöhung des Spielraums für die demokratische Nutzung der Richtlinien.

Das freilich ist letztlich nur eine Frage des politischen Kampfes. Wenn einige Integrationspolitiker des Großkapitals offenkundig gehofft haben, unter dem Deckmantel der RR ihren Kampf gegen fortschrittliche Überzeugungen elastischer führen zu können, müssen die demokratischen Kräfte ihre Chance bei dieser Wahl der Mittel erkennen: ein solches Konzept knüpft bei echten Erwartungen und realistischen Erkenntnissen an; es enthält oft auch das eine oder andere Zugeständnis. Diese Erwartungen aber müssen weiterentwickelt, diese Erkenntnisse und Zugeständnisse offensiv genutzt werden.

3. Die RR stehen im Zusammenhang nicht eingelöster Reformversprechungen der SPD-geführten Regierungen in Bonn und in einigen Bundesländern.

Die vorrangig auf strukturelle Veränderungen und auf materielle Verbesserungen orientierten Ankündigungen des Bildungsberichts[6] – diverse Ländervorhaben und Schulentwicklungspläne wurden mangels Finanzmasse zu Makulatur – direktere und sicherere Profite sowie Rüstungsausgaben behielten Vorrang. In zwei Regierungserklärungen, 1969 und 1972, an die „Spitze der inneren Reformen" gesetzt[7], macht sich die Bildungspolitik inzwischen dort recht blamabel. Aus dieser Not wird nun eine Tugend: die Prioritäten der Monopole, der Abgesang umfassender Reformen, gelten als neues „Reformwerk" – und neben der Berufsbildung ist hierunter vor allem die Überprüfung und Überarbeitung der Bildungsziele und -inhalte zu verstehen.

6 So z. B. der Übergang zur Gesamtschule, zum Stufenlehrer usw. Vgl. „Bildungsbericht '70", Bonn 1970, S. 10 f.
7 Regierungserklärung vom 28. 10. 1969, Regierungserklärung vom 19. 1. 1973; beide im Bulletin der Bundesregierung vom selben Datum.

Die RR entsprechen diesem Kurs auf Reformersatz; sie sollen mit dazu dienen, das durch Fehlschläge und die große Bildungskoalition mit der CDU/CSU arg ramponierte Image wieder aufzubessern.
Unverkennbar hoffen rechte Kräfte in der SPD, hier nicht nur Propagandaerfolge zu erzielen, sondern zur systemgerechten Integration der Jugend beizutragen und ihre Überlegenheit gegenüber der CDU/CSU beweisen zu können.
Wie die Praxis zeigt, bemühen sich die maßgeblichen SPD-Bildungspolitiker durchgängig um eine Art Vorreiterfunktion in Sachen Integration und Anpassung. Nicht nur das Kultusministerium von Hessen, sondern auch die von Niedersachsen, NRW und Hamburg haben neue Richtlinienentwürfe mit Rahmencharakter erarbeitet. Vieles, insbesondere im deutlich von der RR beeinflußten NRW-Konzept, ähnelt den hessischen Richtlinien, so z. B. das gemeinsame „oberste Ziel" der Selbst- und Mitbestimmung, die Hereinnahme von einigen mehr oder weniger entfernt an den Marxismus erinnernden Elementen usw. Gemeinsam ist auch das Konzept, auf Umwegen zur Parteinahme für die bestehende Gesellschaftsordnung zu erziehen und fortschrittliche Überzeugungen kurz zu halten – oder, wie NRW-Kultusminister Girgensohn zu seinen RR feststellte: man müsse „den stets latenten und für eine Demokratie gleichermaßen tödlichen Gefahren der Radikalisierung und Entpolitisierung begegnen."[8] Ohne Zweifel sind die Nuancierungen bei den hessischen RR anders und ist die Beeinflussung indirekter – der Zusammenhang mit den Entwürfen der ebenfalls als „progressiv" geltenden Kultusminister von Oertzen und Girgensohn bleibt auffällig und aufschlußreich.

Nicht zuletzt haben die RR ihre spezifisch hessische Bedeutung. Die hessische SPD verdankt ihren Ruf „Hessen vorn" unter anderem ihrem Anspruch auf eine „moderne" Bildungspolitik, der durch viele Projekte und Zugeständnisse immer wieder untermauert werden soll.
Gerade in der Bildungspolitik deutet sich ein Desaster an, das nicht in das Bild des „Musterlandes" passen will: So fehlen mindestens 3500 Lehrer[9], werden Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen verschärft und muß die Einführung der Gesamtschule als Regelschule als gescheitert gelten[10], während gleichzeitig an den bestehenden Gesamtschulversuchen erhebliche Kritik von demokratischen Eltern und Lehrer und Gewerkschaften wegen des Abbaus von echten Einheitsschul-Ansätzen angemeldet wird.
Vor diesem Hintergrund sind die RR ein Versuch, den Ruf Hessens in der Bildungspolitik und den der SPD insgesamt zu retten. Auch von daher mag sich erklären, wieso einige eindeutig reaktionäre Ziele und Inhalte in den RR fehlen.

## II

Die RR in den Zusammenhang von Anpassungsstrategie, gesellschaftlichem Kräfteverhältnis und sozialdemokratischer Politik zu stellen, ist erforderlich, um wenigstens in Ansätzen herauszuarbeiten, daß die Widersprüchlichkeit der RR

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 6. 1973
9 Angabe der GEW Hessen, vgl. Frankfurter Rundschau v. 3. 6. 1973
10 Laut Angaben von Minister Dohnanyi im Bulletin der Bundesregierung vom 22. 2. 1973 in Hessen die Gesamtschule seit 1969 „Regelschule", trotzdem wird sie nur von 6 Prozent aller Schüler besucht.





und der Auseinandersetzung um sie nicht lediglich die eines pädagogischen Konzepts ist. Neben dieser eher algemeinpolitischen Momente muß die Untersuchung des spezifischen Konzepts der RR treten.
Hierbei verdient bereits ein scheinbar vordergründiges Merkmal einige Beachtung: der Entwurfscharakter. Formal handelt es sich zunächst um nichts anderes als eine Diskussionsvorlage und ein Erprobungsmodell. Die Praxis zeigt jedoch, daß sich hiermit mehr verbindet. Ohne Abschluß der Diskussion und Erprobung, allein auf den Druck der äußersten Reaktionäre hin, hat Kultusminister v. Friedeburg inzwischen eine komplette Revision der RR angekündigt.[11] Wie aus den Begleitumständen dieser Entscheidung leicht ersichtlich, drohen damit „Präzisierungen" im Sinne eindeutigerer Parteinahme für die bestehende Gesellschaftsordnung. Diese im Grunde rasche Konzession an CDU, „Bund Freiheit der Wissenschaft" usw. muß zu der Frage führen, ob nicht von Anfang an mit der Etikettierung als Entwurf auch der Rückzug von einigen Positionen der RR geplant war.
Dafür sprechen zwei Gesichtspunkte:

- von Anfang an unterblieb seit Vorlage der RR das, was allein die Nutzung vorwärtsweisender Möglichkeiten hätte sichern können: mobilisierende Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere das Bemühen, die arbeitenden Menschen, die Eltern, Lehrer und Schüler zu gewinnen;
- die Ähnlichkeit mit der inzwischen schon zu trauriger Berühmtheit gelangten Variante rechtssozialdemokratischer Bildungspolitik, bestimmte Vorhaben (nicht zuletzt den Bildungsgesamtplan) in folgender Abfolge zu „realisieren": a) progressive Ankündigungen und Entwürfe, b) verwirrende „Konfrontation" mit den reaktionären Kräften, c) rasches, oft auffällig rasches Zurückstecken und d) pragmatische Einigung in der großen Bildungskoalition (wobei mit den RR erst c) erreicht wäre).

Hier muß nicht unbedingt ein „abgekartetes Spiel" vermutet werden – vielmehr kennzeichnet es ja den gegenwärtigen Sozialdemokratismus weitgehend, daß er von vornherein „realistisch" mit Abstrichen zugunsten der Reaktionäre rechnet.
Verbunden mit dem linksbürgerlichen Grundcharakter ist es diese Halbherzigkeit, die das hohe Maß an Widersprüchen und Zweideutigkeit bei den RR erklärt. In der Öffentlichkeit freilich wird es von den Verfechtern der RR so dargestellt, als hätten nur die Angriffe der Reaktionäre (und möglicherweise die mangelnde Unterstützung durch konsequent fortschrittliche Kräfte – vgl. dazu III) die „progressiven" RR gefährdet. Eben das macht für Demokraten im Zusammenhang der RR erforderlich, einige Energie mehr als bei einer Reihe anderer Erscheinungen auf die Analyse zu verwenden: ohne Klarheit über den liberal-pluralistischen Grundcharakter[12], über die immanente Relativierung und Konsequenzlosigkeit demokratischer Bestandteile gerät das Auseinandersetzungsfeld RR unter der Hand zur demokratischen Alternative – und ohne Klarheit über die Nutzungsmöglichkeiten begibt man sich in selbstgewähltes Sektierertum abseits der konkreten Auseinandersetzung und Bewußtseinsentwicklung.

11 So v. Friedeburg laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung v. 11. 8. 1973
12 So z. B. ihr geistiger Vater Giesecke: „Tatsächlich handelt es sich um eine in vielen Passagen eher gründlich-biedere liberale, stellenweise auch linksliberale Position . . ." H. Giesecke: „Die neuen hessischen Rahmenrichtlinien für den Lernbereich ‚Gesellschaftskunde, Sekundarstufe I'". In: Köhler/Reuter, a. a. O. S. 61 ff.

Aufschlußreich für die Präzisierung der Einschätzung der RR ist auch ihre didaktisch-politische und wissenschaftliche Position. Auf welche Merkmale und Schwächen gilt es hier besonders aufmerksam zu machen?

1. Die RR, insbesondere die für Gesellschaftslehre, rücken offenkundig ab von zahlreichen „bewährten" Mustern der politischen Bildung und der Erziehung. Die direkt antikommunistische und antisozialistische Beeinflussung rückt ebenso in den Hintergrund wie die offen proimperialistische. Überhaupt fehlen die von der BDA so nachdrücklich geforderten „Verbindlichkeiten"[13] vordergründig fast ganz.
Hieraus kann keineswegs eine Ablehnung der „Verbindlichkeiten" oder gar der Gesellschaftsordnung abgeleitet werden. Es handelt sich vielmehr um eine „moderne" Strategie der indirekten Beeinflussung, um ein Konzept im Sinne der sog. „Konfliktdidaktik".
Die hauptsächlichen Vertreter dieser soziologischen und pädagogischen Konflikttheorie sind der heutige EG-Kommissar Dahrendorf und der Didaktiker der politischen Bildung Giesecke.[14]
In bester liberaler Scheinprogressivität wenden sich Dahrendorf, Giesecke u. a. gegen „falsche Harmonievorstellungen" und fordern die Hereinnahme von Konflikten in Erziehung und Bildung. Bei Dahrendorf heißt es z. B.: „Konflikt bedeutet die große Hoffnung einer würdigen und rationalen Bewältigung des Lebens in der Gesellschaft. Antagonismen und Konflikte machen selbst den menschlichen Sinn der Geschichte aus: Gesellschaften bleiben menschliche Gesellschaften, insoweit sie das Unvereinbare in sich vereinen und den Widerspruch lebendig erhalten."[15] Giesecke hat hieraus ein Konzept der Didaktik der politischen Bildung abgeleitet.

Das geplante Ergebnis der Konfliktdidaktik ist keineswegs eine konsequent demokratische oder sogar antimonopolistische Überzeugung, sondern gezielte Desorientierung unter dem Deckmantel des Pluralismus. Dieses sehr elastische Konzept hat für die Verfechter der bestehenden Gesellschaftsordnung den erheblichen Vorteil, daß konfliktpädagogisch erzogene Schüler usw. ständig dem Eindruck erliegen, unabhängig zu urteilen und nicht beeinflußt zu werden. Ausgehend von ihren familiären und schulischen Erfahrungen kann formal alles kritisiert und jeder Konflikt dargestellt werden. Der Schüler wird auf Relativierung der Konfliktgründe und damit auf vorgeblich „rationale Bewältigung" orientiert, wobei jede beliebige „Lösungsstrategie" als richtig erscheinen kann, sowohl der Klassenkampf als auch die Subkultur usw. Mit diesen systematisch erzeugten „Autonomie"- und Kenntnisillusionen, mit dieser pluralistischen Relativierungskonzeption hoffen Giesecke und andere zu erreichen, daß sich der Schüler letztlich nur innerhalb des „gesellschaftlich zugelassenen Spielraums" bewegt.[16].

13 Vgl. Anm. 4
14 Es gibt bei beiden zahlreichen Verbindungen zu den RR. Minister v. Friedeburg und die RRG-Autoren Haller und Wolf berufen sich ausdrücklich auf Dahrendorf. (Vgl. Köhler Reuter, a. a. O. S. 38, S. 168) Giesecke tritt öffentlich für die RR ein (vgl. a. a. O. S. 61ff.) und gilt als ihr anerkannter geistiger Vater (vgl. z. B. a. a. O. S. 82).
15 Dahrendorf, Ralf: „Gesellschaft und Freiheit", Stuttgart 1965, S. 130
16 So ausdrücklich: Giesecke, H.: „Didaktische Probleme des Lernens im Rahmen von politischen Aktionen". In: Giesecke u. a.: „ Politische Aktion und politisches Lernen", München 1971, S. 39





Dieser Konzeption entspricht letztlich auch die in der RRG angestrebte „kritische Loyalität"[17], die dort auf das Grundgesetz bezogen ist, aber für die Gesellschaftsordnung gilt. Daß dies keineswegs eine Unterstellung von uns ist, beweisen die führenden RRG-Autoren Haller und Wolf selbst, indem sie die Kritik an ihrem konflikttheoretischen Ansatz u. a. folgendermaßen zurückweisen: „Führt dieser Ansatz dazu, daß Schüler von unserer Gesellschaft ein negatives Bild erhalten? Genau das behaupten die Gegner der Rahmenrichtlinien. Sie befürchten, hier werde die Verunsicherung zum Unterrichtsprinzip, alles und jedes werde in Frage gestellt. Unzufriedene und Revoluzzer seien das Ergebnis dieses Konzepts. Demgegenüber bemühen sich die Rahmenrichtlinien gerade um ein positives Verhältnis zu einer Gesellschaft, die Kritik zuläßt, in der Entscheidungen als Ergebnis der offenen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Interessen fallen."[18] Hiermit ist durchaus die bestehende Gesellschaftsordnung gemeint, wie einer auf der selben Seite zu findenden Bemerkung entnommen werden kann: es gelte, beim Schüler die Erfahrungen einzuschränken, die „ ein positives Verhältnis zu dieser Gesellschaft verhindern".
Besonders aufschlußreich ist die Schlußpassage des zitierten Haller/Wolf-Aufsatzes. Dort legen sie dar, daß sie voll die Auffassungen von Prof. Jaide und anderen über die Ineffektivität der herkömmlichen politischen Bildung teilen und daher nach mehr den Schülern angepaßten Formen suchen. Sie heben dabei besonders ein längeres Zitat von Jaide hervor, in dem er jede politische Bildung kritisiert, die „nur die positiven Seiten des Bestehenden eindeutig in den Vordergrund rückt" – weil dies bei den Jugendlichen Unsicherheit erzeugt – und fortfährt: „Die bürgerlichen Errungenschaften sind weniger zu sichern durch Stillstand und Wahrung des erworbenen Besitzstandes, als durch kluges In-Gang-Bleiben, durch rechtzeitige Reformen in Bildung, Ausbildung, Lohnrelationen, Betriebsverfassung, Gemeinschaftsaufgaben und Zukunftsplanung."[19] Ist erst einmal auf diese Weise grundsätzliche Parteinahme für die bestehende Gesellschaftsordnung erzeugt, bewegen sich auch Alternativen und Kritik, von denen Dahrendorf Giesecke und .a a. O. auch Jaide sprechen, nur noch innerhalb dieses Rahmens.
Das ist – nach eigenem Bekunden von Haller und Wolf – auch die Absicht der RR: Integration an der langen Leine der Konfliktpädagogik; Erhöhung der Effektivität der politischen Bildung durch größere Flexibilität und besseres Anknüpfen bei den Schülerbedürfnissen; Orientierung auf „rechtzeitige" Reformen.
2. Bei Durchsicht der RR, vornehmlich der für Gesellschaftslehre, wird sich auf Grund einer ganzen Reihe von Einzelformulierungen immer wieder die Frage stellen, ob nicht einiges als demokratisches Zugeständnis über die konfliktpädagogische Anlage hinausgeht.
Das exakter zu beurteilen, bereitet einige Schwierigkeit, wenn man sich auf die bloßen Formulierungen beschränkt. So lautet z. B. das Lernziel 27 im Lernfeld „Wirtschaft": „lernen, Erscheinungsformen der politischen Demokratie in Zusammenhang zu sehen mit Regelungen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht."[20] Ein

17 RRG, o. O., o. J. (Wiesbaden 1972), S. 15
18 Ingrid Haller/Hartmut Wolf: „Von der Sprachlosigkeit einer Reform und der Sprachlosigkeit ihrer Gegner". In: Köhler/Reuter, a. a. O. S. 167
19 a. a. O. S. 170
20 RRG, S. 139

Ziel sicherlich nicht ganz nach dem Geschmack der Monopole. Aber für dieses möglicherweise progressiv nutzbare Elemente gilt, was auch bei allen anderen ähnlichen Elementen in den RR festzustellen ist:

a) hoher Abstraktions- und Formulierungsgrad und damit Unverbindlichkeit; zudem ein verbaler Anspruch, dessen Durchsetzung in Schulen und Gesellschaft nicht durch bloßes Niederschreiben in Richtlinien möglich ist.

b) Einbettung in eine stückwerkartige, „pluralistische" Ansammlung zahlreicher weiterer Elemente (in diesem Fall: 39 (!) weitere Lernziele.)

c) Es fehlt gewöhnlich eine handhabbare Konkretisierung für die Unterrichtspraxis (im konkreten Fall nur als einer von neun Hinweisen: „Konzentration hat eine für die Demokratie gefährliche Zusammenballung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zur Folge."[21]

d) Ansatzweise Richtiges wird immer wieder mit Halbwahrheiten, Ungenauigkeiten, Widersprüchlichem und Irreführendem vermengt. Das gilt nicht nur für das heillose Durcheinander der Literaturangaben, sondern auch für das Verhältnis der Lernziele untereinander (z. B. lautet das Lernziel 24 zum o. g. Lernziel 27: „die Bedeutung des Staates für die Steuerung der Konjunktur erkennen"[22]. Das aber ist [bewußt]? nicht weiter ausgearbeitet. Was folgt aus der Erkenntnis der Bedeutung? Was weiß der Schüler wirklich, wenn er die Bedeutung des Staates für die Konjunktur kennt? Und worin besteht sie laut RR? – Fragen, die auch die ausführenden Hinweise für dieses Lernziel nicht ausreichend beantworten).

Durchgängig lassen Eklektizismus, Vieldeutigkeit und Unklarheit die möglicherweise progressiven Anstöße, die in einigen Punkten enthalten sind, nicht als durchgängige Orientierung wirksam werden. Zudem ist die etwas soziologisch vertüftelte Sprache nicht jedermanns Sache und nicht immer sehr hilfreich.

Daher bleibt ein progressiver Unterricht, bleiben konsequent demokratischeZüge auch weiterhin Angelegenheiten des politischen Bewußtseins und Kampfes – nur mit dem Vorzug, daß die Berufung auf die RR durchaus besser möglich ist als die auf verblasene ältere Richtlinien. Je unsicherer jedoch ein Lehrer ist, der mit den RR arbeitet, je weniger gefestigt sein wissenschaftliches Weltbild ist und je stärker ihn die bürgerliche Ideologie prägt, um so eher wird er von den RR nur verwirrt – oder aber hält sich, letztlich zu Unrecht, bereits für progressiv, nur weil er die umstrittenen RR abklappert.

3. Dem Eklektizismus entspricht hohe Widersprüchlichkeit in Fragen des Gesellschaftsbildes. Es ist ein Grundkennzeichen der RR, daß zahlreiche wichtige gesellschaftliche Momente zwar erwähnt werden, aber beziehungslos nebeneinader stehen. Auffälligerweise fehlen gerade diejenigen Verbindungslinien, Systematisierungen und theoretischen Ansätze, die besondere Bedeutung für die Bewußtseinsentwicklung haben und die zu praktischen Konsequenzen führen können. So fehlt fast völlig die Darstellung der Arbeiterbewegung, des Marxismus, des realen Sozialismus seit der Oktoberrevolution. Ebenso ist es mehr als nur zufällig, daß

21 RRG, S. 187
22 RRG, S. 138





die Begriffe „Klasse", „Schicht" und „Gruppe" ständig durcheinander geworfen werden und daß sozialpsychologische Fragestellungen stark im Vordergrund stehen.

Hier und in der gesamten stückwerkartigen Anlage erweist sich, daß die in den RR enthaltenen realistischen Aussagen über Gesellschaft und Produktion, daß einzelne dem Marxismus entlehnte Ansätze hier dieselbe Funktion einnehmen wie z. B. in den Theorien der „Frankfurter Schule": als Beiwerk und Legitimation linksbürgerlicher, letztlich desorientierender Auffassungen.

4. Die RR führen möglicherweise zu einem Abbau von Allgemeinbildung und zu bestimmten Formen des Pragmatismus. Hier muß zunächst klargestellt werden, daß Reaktionäre, die gelegentlich die Wahrung der Allgemeinbildung für sich reklamieren, damit etwas völlig Verschiedenes meinen. Wenn CDU und „Bund Freiheit der Wissenschaft" über den Verlust von „Bildungsgütern und von Allgemeinbildung" bei den RR lamentieren, so sind sie besorgt, weil ihr „bewährter" imperialistischer Kanon nicht mehr nachgebetet wird (der im übrigen nicht im mindesten wirklich allgemeinbildend ist).

Demgegenüber ist seit Marx die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit und damit auch eine umfassende Allgemeinbildung auf hohem wissenschaftlichem Niveau eine Grundforderung der Arbeiterbewegung. Ohne vielseitige Kenntnisse, ohne wissenschaftliche Weltanschauung und entsprechendes Weltbild ist die Entwicklung von Klassenbewußtsein kaum möglich.

Die gegenwärtige Situation in der BRD illustriert das nachdrücklich. Bei der Mehrheit der Bevölkerung steht einer regelrechten Überflutung durch Reize, durch ungeordnete und meist manipulierte Bruchstück-Informationen usw. (z. B. während des Fernsehens, der häufigsten Freizeitbeschäftigung) weitestgehende Kenntnislosigkeit gegenüber. Unwissen und Fachidiotismus erhöhen die Manipulierbarkeit; erst hohe Allgemeinbildung auf breiter Grundlage ermöglicht eine bewußte Bewältigung.

Die RRG vereinigen Sozialkunde, Geschichte und Geographie. Hierbei wird die Geschichte eingegrenzt auf Beiträge zur „reflektierten Einschätzung gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse"[23]. Das mag dann sinnvoll sein, wenn man es bereits mit allseitig und hoch gebildeten Persönlichkeiten zu tun hat. In der jetzigen BRD jedoch besteht die Gefahr, daß so Geschichte nur noch pragmatisch entsprechend momentanen Bedürfnissen ins Bewußtsein gerückt wird, methodisch und systematisch jedoch die Einheit der persönlichen und der allgemeinen Geschichte nur noch verkürzt, punktuell und nicht gesetzmäßig faßbar wird. Ähnlich verhält es sich z. T. auch mit dem humanistischen Erbe bei den RRD.[24]

Diese pragmatischen, teilweise einer systematischen Theoriebildung feindlicher Tendenzen werden verstärkt durch die Orientierung der RR am sog. Projektverfahren[25] und an bestimmten Formen der „Individualisierung" des Lernens.

23 RRG, S. 18
24 Vgl. das Konzept für den „Arbeitsbereich ‚Umgang mit Texten'" RRD, S. 46 ff.
25 Vgl. RRG, S. 37 ff., RRD S. 78

Das führt zu weiterer Zerstückelung der ohnehin nicht systematisch aufgebauten Gedankenführung in den RR. Projekte, Individualisierung, Ausgehen von Erfahrungen usw. besitzen ihren Wert. Werden sie jedoch ohne Vorhandensein wissenschaftlicher Grundkenntnisse in den Vordergrund gestellt, müssen sie zu Stückwerk, zur Atomisierung des Wissens führen. Zudem ist es nicht mehr weit zu einem reformpädagogischen „Wachsenlassen", ausgehend von angeblich „eingeborenen" Interessen der Schüler.

Es ist kein Zufall, daß Reaktionäre vom Schlage eines Ebeling[26] mit dem Konzept der „Inselbildung"[27] die Allgemeinbildung angreifen, daß die „produktive Einseitigkeit" und „Mut zur Lücke" fordern. Wenn nun ausgerechnet die „progressiven" RR ihnen hier entgegenkommen, muß das höchst bedenklich stimmen.

## III

Aus den bisher zur Einschätzung entwickelten Gesichtspunkten läßt sich unschwer ableiten, daß eine bloße Diskussion über Befürwortung oder Ablehnung der RR nicht weiterführt. Die RR stehen nicht nur im Widerstreit von Interessen, sie sind auch selbst gegensätzlich. Ein Konzept hochverfeinerter, indirekter Einpassung in die bestehende Gesellschaftsordnung mag in einiger Hinsicht effektiver sein als bisherige Lehrpläne – auf der anderen Seite enthält es eine Reihe zwar relativierter, aber richtiger Teileinsichten und rückt ab von der hergebrachten, offen proimperialistischen Bildung und Erziehung.

Aufgrund dieser Gegensätzlichkeit ist es müßig und desorientierend, nur nach „dafür" oder „dagegen" zu fragen. Es kommt vielmehr darauf an, ob die RR für die Stärkung antimonopolistischer Bewegungen und zur Zurückdrängung der Macht des Großkapitals genutzt werden können.

Diese Möglichkeit besteht. Sie ergibt sich allerdings nicht aus irgendeiner selbständigen Wirkung der RR, sondern allein aus der Aktivität der demokratischen Kräfte, aus ihren Vorstellungen, Forderungen und Initiativen. Von ihrem Eingreifen hängt es mit ab, welche Elemente des gegensätzlichen RR-Konzepts in der Praxis überwiegen, welche Zugeständnisse ausgebaut werden usw. Auf diese sich offenkundig bietenden Einflußmöglichkeiten zu verzichten und das Feld Reaktionären und Reformisten zu überlassen, wäre eine politische Torheit ersten Ranges. Mit dieser Einflußnahme muß sich unbedingt eine offensive weiterreichende Orientierung verbinden: es geht darum, in die Auseinandersetzung demokratische Alternativen zu den bestehenen Bildungs- und Erziehungszielen einzubringen und an den Kampf um sie heranzuführen. Das ist insbesondere deshalb notwendig und möglich, weil die RR die Erwartung geweckt haben, sie seien ein Schritt in die Richtung dieser Alternativen. Es kommt daher darauf an, bei diesen – meist noch nicht präzisen – Erwartungen anzuknüpfen, die begonnene Kritik der reaktionärsten Bildungs- und Erziehungsziele voranzutreiben und hierauf diejenigen

26 Hans Ebeling, Didaktiker der Geschichte

27 Die „Insel im Meer des Unterrichtsstoffes" soll dem Schüler Stützpunkt sein, von dem aus er „Trittsteine" zu weiteren „Inseln" legt; es vollzieht sich ein „exemplarisches Lernen an Inseln". Vgl. z. B. die Ebeling-Darstellung in Heinrichs, Heribert „Brennpunkte neuzeitlicher Didaktik", 9. Aufl., Bochum o. J., S. 93 f.





Einsichten und Überzeugungen zu entwickeln, die Illusionen über die RR und die mit ihnen verbundene Politik überwinden helfen und die auf den antimonopolistischen Kampf orientieren.

Die demokratischen Kräfte wären schlecht beraten, würden sie hier nur an der Tagespolitik orientiert vorgehen. Natürlich kommt es zunächst darauf an, die Erprobung der RR zu sichern, reaktionäre Angriffe abzuwehren usw. Ebenso wichtig ist es jedoch, von Anfang an klarzulegen, daß es hierbei nur um die Sicherung eines Kampffeldes, aber noch nicht um demokratische Alternativen selbst geht.

Das Heranführen an den Kampf um diese Alternativen ist die eigentliche Aufgabe der demokratischen Kräfte. Hierbei kommt es vorrangig darauf an, herauszuarbeiten und einsichtig zu machen, welchen Kriterien solche Alternativen genügen müssen und was ihre Durchsetzung erfordert:

- nutzen sie den Tagesinteressen und der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten?
- Gehen sie davon aus, daß heute die Arbeiterklasse der Träger der Demokratie ist?
- Lassen sie sich in ein antimonopolistisches Kampfprogramm einordnen und sind sie auf die aktive Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts orientiert?
- Sind sie parteilich für Frieden und Völkerverständigung, die Achtung vor den arbeitenden Menschen, die Aneignung und Fortsetzung der humanistischen und freiheitlichen Traditionen der Geschichte – gegen Krieg, Faschismus, Revanchestreben, Unterdrückung, geistige Niederhaltung?
- Sind sie an den humanistischen Grundpositionen des marxistischen Menschenbildes orientiert und auf Allseitigkeit unter Einschluß der produktiven Tätigkeit gerichtet?
- Dienen sie zur Schaffung eines wissenschaftlichen Weltbildes und sichern sie hohes wissenschaftliches Niveau der Kenntnisse?

Das Ziel, aus dem sich demokratische Alternativen ableiten lassen, wurde im Bildungsprogramm der DKP formuliert. Dort heißt es:

„Bildung, Ausbildung und Erziehung haben die Entwicklung allseitig gebildeter Persönlichkeiten zum Ziel, die nicht nur hochqualifizierte Fachkräfte, sondern zugleich verantwortungsbewußte Demokraten sind, die durch Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze ihr Leben bewußt zu gestalten vermögen und die aktiv am Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen."[28]

Wir befinden uns gegenwärtig mitten in der Hinwendung zu Einzelzielen und -alternativen, die in konkreten Bereichen Geltung besitzen sollen. Hier ist z. B. die Vielzahl von Initiativen zur Korrektur von Schulbüchern zu nennen oder auch die Arbeit des MSB Spartakus mit den Alternativen seines Studentenaktionsprogramms. In den Gewerkschaften sind eigene Vorschläge und Forderungen zur Arbeitslehre in der Entwicklung. Demokratische Wissenschaftler sind dabei, energisch mit fortschrittlichen Publikationen – z. B. in Geschichtsunterricht, -studium und -forschung – einzugreifen.

28 Bildung – Gesellschaft – Zukunft, Vorschläge der DKP für ein demokratisches Bildungswesen. 2. Auflage Düsseldorf 1972, S. 14 f.

In den jetzigen Auseinandersetzungen um die RR und um die Ziele und Inhalte von Bildung und Erziehung müssen diese mobilisierenden Beispiele in den Vordergrund gerückt und weiterentwickelt werden. Hierbei kommt es, so dringend notwendig sie sind, nicht allein auf die Formulierung detaillierterer Einzelvorstellungen an, sondern mindestens ebenso darauf, bei allen, die als mögliche Verbündete gelten können, mehr Klarheit über politische Grundaufgaben zu schaffen: über die Notwendigkeit, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und gegen die Macht der Monopole zu kämpfen – nicht nur im Bereich der Erziehung und Bildung, sondern in der ganzen Gesellschaft. Nur durch diese Orientierung auf die Stärkung der demokratischen und Arbeiterbewegung wird eine wirkliche offensive Nutzung der RR möglich.


# Ernst Busch

singt auf AURORA-Schallplatten

Chronik in Liedern, Balladen und Kantaten aus der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Interessant bei dieser Serie: Das als Heft aufgemachte Schallplattencover enthält viele Informationen: Liedtexte, Plakate, Noten, Dokumente.

Als NEUAUFLAGE stellen wir vor:

Rote Reihe:

Nr. 3 Trotz alledem! Sozialistenmarsch, Lied der Zuversicht.
Nr. 4 Kantate vom Krieg, Frieden, Inflation; Walter Mehring
Nr. 5 Kurt Tucholsky
Nr. 6 Erich Weinert – Lieder

Preis: DM 8,– je Heft (1 EP)

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (02 31) 57 20 10




Christiane Reymann

# Bericht:

## Festival – Erfolg der antiimperialistischen Bewegung

Das internationale Publikum der Weltfestspiele der Jugend und Studenten rekrutiere „sich zwar vor allem aus den Kommunisten vieler Länder und ihrer Sympathisanten . . ., aber eben nicht nur", schreibt die FAZ vom 3. 8. Das, was hier als geringfügig modifizierender Nachsatz erscheint, erwies sich als stark genug, eine gewisse Unsicherheit in der bürgerlichen Presse zu verbreiten. Die anfänglich einheitliche Anti-Festival-Kampagne wich weniger einheitlichen Einschätzungen. Sogar nachdenkliche Töne klangen an. „Man wird dazulernen müssen", konstatierte der „Vorwärts" (2. 8.).
Immerhin ließ dieses „nicht nur" die Delegation der BRD mit über 40 in ihr zusammengeschlossenen Organisationen keine Ausnahme sein. Es artikulierte sich in ehemals als „prokommunistisch" geahndeter Art und Weise. Bereits in einer Zwischenbilanz stellte die Delegation der DGB-Jugend fest, „daß die Weltjugendfestspiele . . . geeignet sind, gegenseitige Vorurteile abzubauen". (1)
In der abschließenden Stellungnahme des Initiativausschusses zu den Weltfestspielen, der alle Organisationen zugestimmt hatten, steht: „Die Teilnehmer unserer Delegation haben sich in vielen freimütigen Diskussionen wie auch in Aktionen für ein Leben ohne Ausbeutung, gegen Unterdrückung und Krieg, für Solidarität, Frieden und Freundschaft eingesetzt." Und: „Die Erfahrungen, die wir hier gemacht haben, gilt es, für die Arbeit in der BRD und für die verstärkte internationale Zusammenarbeit der Jugend zu nutzen."
Bereits ein kurzer Blick auf die Breite der Delegationen und auf ihre gewachsene Anzahl zeigt, daß die Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" die Bestrebungen der gesamten fortschrittlichen Weltjugend getreu formuliert. In seiner Eröffnungsansprache, die er in seiner Funktion als Vorsitzender des nationalen Festivalkomitees der DDR hielt, nannte Erich Honecker die Gründe der Verankerung der Festivallosung:

„Die Jugend unserer Zeit kämpft entschlossen für einen dauerhaften Frieden, weil das Glück der Jugend nur gedeiht, wenn im Leben der Völker Frieden, Sicherheit und Entspannung triumphiert. Die Jugend unserer Zeit ist vom Willen zur Freundschaft beseelt, weil diese Freundschaft eine große Kraft ist. Die Jugend unserer Zeit bekennt sich leidenschaftlich zu antiimperialistischer Solidarität, weil durch die Solidarität der Kampf der Völker gegen imperialistische Aggression und Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit überall siegen wird." (2)

Die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung, der historische Sieg des vietnamesischen Volkes, die Einigkeitsbestrebungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten und vor allem der gewachsene Zusammenhalt der kommunistischen und Arbeiterbewegung, mit der SU und der sozialistischen Staatengemeinschaft an der Spitze, widerspiegelt sich in der gewachsenen Kraft der Weltjugendbewegung, ja, sie selbst hat aktiven und ihren eigenen Anteil an dieser positiven Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses.

Die Einheit der Weltjugend auf antiimperialistischer Grundlage ist möglich, weil die junge Generation gemeinsame Grundinteressen teilt: das Interesse, in Frieden, ohne Revanchismus und Militarismus zu leben das Interesse an gesicherten Arbeitsplätzen, an demokratischer Bildung auf wissenschaftlicher Grundlage, an schöpferischer Tätigkeit durch völlige Beteiligung in der Leitung der Gesellschaft; das Interesse an Freizeitgestaltung und Aneignung kultureller Traditionen des eigenen und anderer Völker. Diese Grundinteressen, die vom Imperialismus mit Füßen getreten werden, wurden in Vorbereitung des Festivals von allen antiimperialistischen Organisationen aufgegriffen. So standen im Mittelpunkt des nationalen Festivalaufrufs der BRD-Delegation – und damit auch ihrer Aktionen – der Kampf gegen die Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Demokraten, um eine europäische Friedensordnung und die Solidarität mit den Völkern Indochinas. Die Einheit der Weltjugend auf antiimperialistischer Grundlage ist auch notwendig. Heute ist mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung jünger als 25 Jahre. Keine entscheidende Frage des gesellschaftlichen Fortschritts kann mehr ohne die Jugend gelöst werden. Sie kämpft – oft genug mit der Waffe in der Hand – an der Seite ihrer Völker für nationale Souveränität. Sie hat sich in den kapitalistischen Ländern in den Kampf gegen die Aggressions- und Ausbeu-

1. AP-Meldung vom 2. 8., zitiert nach FAZ vom 3. 8.
2. UZ Nr. 31, 3. 8. 1973, S. 4

tungspolitik der Monopole nach innen und außen eingereiht. Sie gehört zu den Erbauern des Sozialismus, festigt damit die Bastion des Friedens und der nationalen Selbstbestimmung und weist durch ihre Teilnahme an der Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus der Menschheit den Weg ihres Befreiungskampfes. „Im internationalen Maßstab ist die Aktionseinheit der Jugend auf antiimperialistischer Grundlage ein bedeutendes Element für die Beschleunigung des revolutionären Weltprozesses." (3) Deshalb schreibt Pablo Neruda völlig zu recht an die Delegierten der X.: „Eure Brüderlichkeit ist das Brot und das Wasser, das der heldenhafte Kampf meines Volkes braucht." (4)

Indem sich die Weltjugend unter Beachtung und in gezielter Entfaltung ihrer Spezifik immer fester mit der gesamten antiimperialistischen Bewegung verbindet, gewinnt sie die Möglichkeit, gewisse Schwächen zu überwinden. Auch das wurde in Berlin sichtbar:

1. Die Einheit der Weltjugend auf der Grundlage klarer antiimperialistischer Losungen hat zugenommen. Die weltweite Tendenz der Jugendbewegung, den Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung mit einer realen politischen Alternative, jenseits aller Schwärmerei, aber entschlossen zu führen, hat sich hier deutlich manifestiert.
Das Festival dokumentierte so auch den Bankrott ultra-„linker" Politik. Die Jugend hängt nicht der revolutionären Phrase an. Durch die Erfahrungen mit den maoistischen Führern, die gemeinsame Sache mit den Imperialisten machen, wenn es gegen die sozialistische Staatengemeinschaft geht, die gegen Frieden und Sicherheit in Europa für NATO und EWG eintreten, wurden eventuell vorhandene Illusionen über den antiimperialistischen Charakter maoistischer Politik gründlich zerstört.

Die maoistischen Gruppierungen in der BRD haben die Bedeutung des Welttreffens gründlich unterschätzt, sie haben den Festivalzug verpaßt und sind schließlich in Berlin beim Versuch, gegen die Fahrtrichtung auf den fahrenden Zug aufzuspringen, jämmerlich auf die Nase gefallen.

2. Die Anerkennung der wichtigen Rolle der sozialistischen Staatengemeinschaft im antiimperialistischen Kampf ist gewachsen. Das Festival trug dazu bei, in der antiimperialistischen Weltjugendbewegung — somit auch in der Delegation der BRD — die Gewißheit zu festigen, daß die sozialistischen Länder wie die Marxisten und Kommunisten überhaupt, zuverlässige Partner im antiimperialistischen Kampf sind.

In diesem Zusammenhang war für die Delegation der BRD von besonderer Bedeutung, daß die Diskussionsmöglichkeiten mit der Jugend und Bevölkerung in Berlin auf den Veranstaltungen, den Besichtigungen, auf Straßen und Plätzen intensivst und freimütig genutzt wurden. Angesichts der verbreiteten Perspektivlosigkeit und Armut der politischen Auseinandersetzungen in den etablierten Parteien und ihrer Presseorgane, beeindruckte das politische Bewußtsein, die ideologische Überzeugungskraft gepaart mit Faktenwissen, die Delegierten der BRD und ließ die Erkenntnis reifen, daß derart vorwärtstreibende Debatten in der breiten Öffentlichkeit nur auf dem Boden des Sozialismus und in den Reihen der antiimperialistischen Bewegung möglich sind.

Um eine prinzipielle Bemerkung zu den Argumenten der bürgerlichen Propaganda speziell in der BRD vorwegzunehmen: dieses Ringen um gemeinsame antiimperialistische Positionen hat nichts gemein mit bürgerlichem Liberalismus oder prinzipienloser „freier Diskussion" um der Diskussion willen. Das Festival war „ein Modell dafür, daß ‚freier Austausch von Ideen, Informationen und Meinungen', wenn er den Prinzipien der Völkerfreundschaft und des Friedens verpflichtet ist, zu einer gewaltigen Kraft gegen den Imperialismus werden kann, gegen jene Ordnung also, die eine rechtlose, unwissende und schweigende Mehrheit braucht, um ihre Existenz zu behaupten." (5)

3. In der erheblich gewachsenen Bereitschaft, Trennendes zwar zu erkennen und anzuerkennen, aber zugunsten der Hervorhebung gemeinsamer antiimperialistischer Bestrebungen zurückzustellen, manifestierte sich die politische Reife der antiimperialistischen Weltjugendbewegung.
Hierzu spricht ein Vergleich mit den vorhergehenden Festspielen für sich: Am dänischen nationalen Festivalkomitees beteiligte sich u. a. der Dänische Jugendrat mit seinen über 50 Mitgliedorganisationen. In der finnischen Delegation hatten sich 56, in der französischen 40, in der aus Panama ebenfalls 56 ... Delegationen zusammengeschlossen. Die Breite der Delegationen reichte bis tief in bürgerliche Jugendverbände hinein, umfaßte politische, konfessionelle, Kultur-, Sport- und Touristenorganisationen, die

3. Siegfried Lorenz, Welttreffen der Jugend, in: Probleme des Friedens und des So-
4. UZ Nr. 30, 10. 8. 1973, S. 18
zialismus Nr. 6 (178), Juni 1973, S. 800
5. MSB SPARTAKUS zum bisherigen Verlauf des X. Festivals, Presseinformation Nr. 4, 4. 8. 1973





noch vor einigen Jahren nicht gerade zu den Freunden der antiimperialistischen Weltjugendbewegung zählten. Wenn das X. Festival von fast dreimal so vielen Komitees vorbereitet wurde, wie die Sofioter Festspiele, so fällt ein beträchtlicher Anteil davon auf die nationalen Befreiungsbewegungen, deren Delegationen die für sie charakteristische soziale Zusammensetzung und ihr ideologisches Spektrum repräsentierten und das Festival entscheidend mit prägten.

Diese Gesamteinschätzung des Festivals soll um einige Punkte, die für die antiimperialistische Bewegung in der BRD bedeutsam sind, ergänzt werden:

1. Die Delegation der BRD erfuhr die Solidarität der weltweiten antiimperialistischen Jugendbewegung. Dieser Faktor wird sich fördernd auf ihre Festigung auswirken. Es wird gesehen, daß das Erstarken der DKP, der SDAJ und die Gründung und Politik des MBS nicht unwesentlich zur — im Vergleich zu den Sofioter Festspielen — sichtbaren Verbreitung der Ideale der Weltfestspiele unter der Jugend der BRD beigetragen hat. Diese Anerkennung wurde vor allem der SDAJ, dem Genossen Rolf Jürgen Priemer, imperialistischen Bewegung der BRD, ausgesprochen. Dem Bundesvorsitzenden der SDAJ, den Genossen Rolf Jürgen Priemer, wurde der höchste Orden der Werktätigen Jugend Ho Chi Minh der DRV, der ‚Orden der jungen Generation' verliehen.

2. Die Erfolge des Bündnisses von SHB und MSB im vds sowie in der Gesamtheit der Aktionen der Studentenschaft, wirkten sich vorwärtstreibend auf das Zustandekommen der breiten Festivaldelegation aus. Die Zusammenarbeit von SHB und MSB lieferten den Beweis, daß allein die feste Einheit von Sozialdemokraten und Marxisten, aller fortschrittlichen Kräfte, auf der Basis der Gleichberechtigung und Anerkennung der ideologischen Unterschiede, Erfolge der demokratischen Bewegung ermöglicht.

3. Die Entsendung einer geschlossenen, derart breiten Delegation, setzt ein unübersehbares Signal im Streben der Jugend der BRD nach Einheit im antiimperialistischen Kampf. Das wird in den Dokumenten der Delegation unterstrichen. So im nationalen Festivalaufruf: Der Initiativausschuß strebt „gemeinsame Handlungen für gemeinsam als richtig erachtete Ziele" an. Die Richtigkeit der gemeinsamen Vorbereitung des Festivals und des nationalen Aufrufs wird in der Abschlußerklärung des Initiativausschusses bestätigt.

Hier liegt eine Aufgabe des MSB in Auswertung des Festivals, nämlich seine Anstrengungen zu verstärken, um das Bündnis in weiteren Aktionen zu erhalten. Im Kampf um Frieden, Sicherheit und Abrüstung ebenso wie im Kampf um demokratische Rechte und um die Interessen der Studenten, wozu das Aktionsprogramm gute Grundlagen bietet.

4. Die Bourgeoisie wird versuchen, die in der Festivalbewegung zutage getretene antiimperialistische Grundhaltung in ihr genehme Bahnen zu lenken. Die herrschende Klasse der BRD ist erfahren genug, um hier äußerst vielfältige Methoden zu entwickeln.

Der MSB SPARTAKUS wird hingegen seine Bemühungen vervielfachen, Klarheit über Richtung und Perspektive des antiimperialistischen Kampfes zu schaffen. Die Frage des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten gehört dabei zu den Schlüsselfragen. In seinem Referat auf der Aktivtagung in Karlsruhe formulierte der Vorsitzende des MSB, Genosse Strawe: „Die Studenten erwarten von uns mit Recht, daß wir uns an ihren Fragen und Vorbehalten, die sie gegenüber den Ländern des Sozialismus haben, nicht vorbeimogeln, sondern mit ihnen darüber sprechen und geduldig erklären, warum der SPARTAKUS ein positives Verhältnis zur Sowjetunion, der DDR und zu den anderen sozialistischen Ländern hat. Auf diese Diskussion zu verzichten, wäre nicht nur eine Kapitulation vor dem Antikommunismus, sondern würde bedeuten, eine wesentliche Seite der Selbstdarstellung des SPARTAKUS auszuklammern ..."

Das Diskussionsbedürfnis über die Politik der sozialistischen Staaten wird nach dem Festival noch deutlicher an den MSB herangetragen werden. Gleichzeitig ist eine breitere Erfahrungsbasis vorhanden, haben andere Jugendverbände positive Eindrücke vom realen Sozialismus gewonnen, sind also günstigere Bedingungen geschaffen, um die antiimperialistische Grundhaltung marxistisch zu fundieren, aus ihr heraus ein Verhältnis zu den sozialistischen Staaten zu entwickeln, das von der Erkenntnis ihrer tragenden Funktion im antiimperialistischen Kampf bestimmt ist.

Indem der MSB um die Erhaltung des Bündnisses ringt, um dessen Festigung auf antiimperialistischer Grundlage, erfüllt er den Appell an die Jugend der Welt, der mit der Aufforderung schließt: „Verstärken wir unsere Aktion und unsere Einheit gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. Es leben die Weltfestspiele der Jugend und Studenten!"

# MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main

**Bisher erschienen:**

1 **Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung – Inhalt, Formen, Methoden**
Heft 1/70 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1970, 168 Seiten, Neuauflage 5. Tausend

2 **Neokolonialismus**
Heft 2/70 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1970, 158 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

3 **Ökonomische Reformen in den sozialistischen Staaten**
Heft 3/70 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1970, 146 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

4 **Friedrich Engels 1820–1970**
Heft 4/70 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1970, 164 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

5 **Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus**
Heft 1/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971, 160 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

6 **Geschichtstheorie und Geschichtsschreibung**
Heft 2/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971, 135 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

7 **Neue Aspekte der Monopoltheorie**
Heft 3/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971, 222 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

8 **Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt**
Heft 4/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971, 165 Seiten

9 **Erkenntnistheorie**
Heft 1/72 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1972, 167 Seiten

10 **Strategie und Taktik des antimonopolistischen Kampfes in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus**
Heft 2/72 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1972, 181 Seiten

11 **Inflation und Währungsprobleme im heutigen Kapitalismus**
Heft 3/1972 des Marxismus Digest, 182 Seiten

12 **Zur Soziologie der herrschenden Klasse**
Heft 4/1972 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1972, 147 Seiten, 1 Falttafel

13 **Pädagogik und Gesellschaft. Zu Grundkonzeptionen der Pädagogik in den sozialistischen Ländern**
Heft 1/1973 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1973, 176 Seiten


# Rezensionen:

**Stephan Voets (Hrsg.), Sozialistische Erziehung, Text zur Theorie und Praxis, Hoffmann und Campe Reader, Hamburg 1972, 240 S., Paperback, 10,80 DM.**

Seit dem Beginn der öffentlichen Diskussion über die Bildungskatastrophe in der BRD versucht die herrschende Klasse, alle politischen und ideologischen Fragen auszuklammern. Allenfalls phrasenhafte Versatzstücke aus „kritischen" und Emanzipationstheorien sind zur Garnierung zugelassen. Auch die Bildungsökonomie, die sich moderner und wissenschaftlicher gibt, läßt den Scherbenhaufen, den sie analysiert, unerklärt, auch wenn sie im revolutionären Gewande, wie die ‚Erlanger Schule', auftritt.

Jedoch: materieller Bildungsnotstand ist die eine Seite, Berufsverbote und reaktionäre Inhalte sind die andere Seite der gleichen Medaille. Den Bildungsnotstand kann auf die Dauer und konsequent nur bekämpfen, wer auch die reaktionären Grundlagen der Bildungspolitik der herrschenden Klasse schonungslos angreift und auch hier von der einzigen ideologischen und politischen Alternative ausgeht: dem Sozialismus.

Die gegenwärtige Pädagogik, die die zukünftigen Lehrer an den Hochschulen der BRD kennenlernen, taugt überhaupt nicht als theoretisches Rüstzeug für den erfolgreichen Kampf gegen das reaktionäre Bildungssystem; denn diese Pädagogik mit ihrer Anthropologie, ihren kybernetischen Modellen, ihren Emanzipations- und Sozialisationstheorien kennt weder ihre eigne Geschichte, noch hat sie eine Theorie, die den schlüssigen Zusammenhang mit den Erscheinungen der Gesellschaft und den anderen Wissenschaften herstellt, noch hat sie eine explizite und positive Beziehung zur Politik, noch hat sie ein klares Ziel. Der Imperialismus hat die bürgerliche Pädagogik entpolitisiert, enthistorisiert, „entideologisiert", desintegriert, wie die andern Wissenschaften auch. Nur der Marxismus kann heute der Pädagogik das erschließen, was jede lebendige vorwärtsweisende Wissenschaft braucht und was sie in der Zeit der Aufklärung in ihrer Gesamtheit schon einmal hatte: das Bewußtsein ihrer eigenen Geschichte, einen kämpferisch-humanistischen Auftrag, die Integration mit den andern Wissenschaften und eine Zukunft, indem sie sich an der großen Mehrheit des Volkes und an der glücklichen Entwicklung der Menschheit orientiert.

Voets hat in seiner Anthologie die über 50 Textauszüge in drei Hauptkapiteln zusammengestellt: 1. Herausbildung und Entwicklung von Elementen sozialistischer Erziehung im Kapitalismus bis zum 2. Weltkrieg (vom Humanismus des 17. Jhdt.s über Marx/Engels und die revolutionäre Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jhdt.s bis zur Lagerschule im KZ Buchenwald); 2. Erziehung im Sozialismus (Entwicklung in der UdSSR und DDR); 3. Möglichkeiten und Ansätze in der BRD (von den antifaschistisch-demokratischen Entwürfen der Nachkriegszeit über die Widerstandsformen im Kalten Krieg bis zu den erzieherischen Programmen und Aktivitäten der Studentenbewegung, der DKP und der SDAJ sowie den Theorien linksbürgerlicher Pädagogen).

Dieses Buch ist für eine große Zahl von Lesern interessant und wichtig; sozialistische Erzieher haben den Vorteil, allgemeinverständlich zu sein; sie kommen nicht im pädagogischen Kauderwelsch daher, den vielleicht mancher, in Erinnerung an seine Ausbildung oder Lektüre, auch hier erwartet; sozialistische Erziehung, da sie sich an die Masse des Volkes wendet, will und muß ja eine allgemeinverständliche Sprache sprechen, und einige der abgedruckten Texte, wie Lenins Rede vor dem Komsomol, haben ja in direktem Kontakt mit der Jugend die Vorstellungen sozialistischer Erziehung dargelegt. Dieses Buch ist allen nützlich, die irgendwo als Lernende und Lehrende arbeiten, die in Jugendgruppen und Jugendorganisationen tätig sind oder die als Eltern und politisch Aktive für die Verbesserung des Bildungssystems eintreten. Es gibt bisher kein anderes Buch in der BRD, das in dieser Kürze und Lebendigkeit einen orientierenden Überblick über die Gesamtproblematik sozialistischer Erziehung ermöglicht.

Es ist nicht zu vermeiden, daß in einer so komprimierten Zusammenstellung einiges „fehlt", man könnte z. B. aufzählen: die bürgerlich-demokratischen pädagogischen Bewegungen des 19. Jhd.s, v. a. K. F. W. Wander und die Revolution von 1848, das Problem der sozialistischen Organisation der Lehrer, die Volksbildungsmaßnahmen revolutionärer Befreiungsorganisationen, sei es in Vietnam, sei es in den portugiesischen Kolonien oder die begeisternden erzieherischen Aktivitäten der kommunistischen Jugend Kubas oder Chiles. Darüber hinaus gäbe es natürlich eine Unmenge höchst „interessanter" Probleme wie die Situation

der Erziehung in der VR China oder in den national-revolutionär geprägten Gesellschaften, in denen die Erziehung und die allgemeine Teilnahme der Jugend am Befreiungskampf ihres Volkes eine ungeheure Rolle spielt. Was aber jetzt für uns am dringlichsten ist, das wird mit diesem Buch angegangen: die historische und systematische Klärung der Grundbegriffe „sozialistischer Erziehung, zudem auf allgemeinverständliche und lebendige Art. Dazu trägt neben den Texten selbst der begleitende Kommentar von Voets bei, der im allgemeinen das Notwendige für das Verständnis auch des „Laien" bringt.

Die sozialistische Erziehungstheorie, wie der Marxismus insgesamt, ist das Ergebnis einer langen Entwicklung, sie entwickelt ihre Begriffe historisch. Lenin sagt dazu in seiner Rede über die Aufgaben der Jugendverbände: „Es wäre irrig zu glauben, daß es genüge, sich die kommunistischen Losungen, die Schlußfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne sich jene Summe von Kenntnissen anzueignen, deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist ... Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die sich die Menschheit unter dem Joch der kapitalistischen Gutsbesitzergesellschaft, der Beamtengesellschaft erarbeitet hat." (92).

So hat sich im 17. Jhd. der kämpferische Humanist Komensky (auch Comenius genannt) dafür eingesetzt (wofür er in die Emigration gehen mußte), daß „allen alles in gleicher Weise" zu lehren, also keine Privilegierung oder Diskriminierung durch Klassenzugehörigkeit zuzulassen sei, und daß Mädchen und Jungen in der Schule gleich zu behandeln seien. (26). So haben schon der gleiche Komensky und nach ihm R. Owen wesentliche Charakteristika der Verbindung von Arbeit und Erziehung herausgearbeitet; so schreibt Owen lange vor Marx, daß die Kinder u. a. in Werkstätten und Fabriken auszubilden seien und zwar mit folgender Intention: „So wird erreicht, daß jeder Junge und jedes Mädchen schon vor dem zwölften Lebensjahr den Umfang und die Grenzen der menschlichen Errungenschaften genau kennenlernt. Ferner erhalten die Kinder Einsicht in die Erzeugung und Verteilung der Güter ... auch sollen die Kinder genaue Kenntnisse über die Prinzipien und praktischen Maßnahmen einer vernünftigen Regierungsweise erwerben und begreifen, warum und wann eine Regierungsform notwendig ist." (30).

Nach der wissenschaftlichen Grundlegung der Theorie der Arbeiterklasse durch Marx und Engels sowie der entsprechenden pädagogischen Leitlinien entwickeln v. a. Liebknecht, Bebel, Zetkin, Duncker und Hoernle die tagespolitischen Forderungen der Arbeiterbewegung für Bildung und Erziehung; Weltlichkeit, Einheitlichkeit, Staatlichkeit und Unentgeltlichkeit der Erziehung aller Kinder, als Forderungen schon in der Revolution von 1848 vorgeformt, sind seitdem die Forderungen aller fortschrittlichen Kräfte. Die seit der Gründung der KPD vorangetriebene Bildung von Arbeiterjugendorganisationen und kommunistischen Kindergruppen, die die selbständige und kindgemäße Teilnahme der Kinder und Jugendlichen am Klassenkampf ermöglichen, die Herausgabe eigener Zeitschriften für den Jung-Spartakusbund bzw. die Roten Jungpioniere und die Jugendinternationale sowie die Arbeit der KPD in den Elternbeiräten machen wesentliche Dimensionen sozialistischer Erziehung deutlich, die auch heute wieder auf der Tagesordnung stehen. Anhand der Textauszüge läßt sich diese Entwicklung im einzelnen verfolgen.

Die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die staatliche Macht der Arbeiterklasse sind die unumstößliche Voraussetzung für die vollständige und allgemeine Verwirklichung der sozialistischen Erziehung wie auch für die Erfüllung aller fortschrittlichen bürgerlichen Forderungen. Das sozialistische Erziehungssystem ist nicht von Anfang an fertig. Anhand der Texte von Lenin, Krupskaja, Blonskij, Makarenko, Kalinin und Suchomlinski können die schöpferische Entwicklung der Sowjetpädagogik und ihre großen Pionierleistungen verfolgt werden.

Auch wenn die Schule Hauptfeld der sozialistischen Erziehung ist, so ist sie nicht denkbar ohne die politische Organisierung der Kinder und Jugendlichen; dieser Aspekt der Erziehung wird in der bürgerlichen Pädagogik immer verdrängt: emanzipatorische Erziehung kann im Klassenzimmer allein nicht erreicht, sie muß auch politisch abgesichert werden. Nicht zufällig entwickelt Lenin seine Vorstellung am packendsten und klarsten in seiner Rede vor dem Komsomol (89 ff). Ein Vergleich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Erziehungssystemen darf deshalb nicht, wie bürgerliche Pädagogen es meistens machen, auf einen Vergleich der Schulinstitutionen redzuziert werden: erst dann wird eindringlich klar, wo Emanzipation und Kindgemäßheit idealistisches Geschwätz und wo sie Wirklichkeit ist.

Die bürgerliche Pädagogik beschäftigt sich in progressiver Attitüde gern mit Makarenko, und sie verfährt mit ihm wie die Literaturwissenschaft mit Brecht: sie trennt den Künstler bzw. den Pädagogen vom Kommunisten. Hier gilt es unseren pädagogischen Ästheten klarzumachen, daß die „guten Ideen" Makarenkos eben nur unter den ideologischen und politischen Voraussetzungen des Sozialismus entwickelt und vor allem auch verwirklicht werden konnten, und daß sich Makarenko bewußt und stolz hinter die Sowjetmacht gestellt hat: „Die Revolution, das Sowjetleben übertrugen mir eine Aufgabe ... mit der kommunistischen Erziehung ... wurde vor über 20 Jahren begonnen, damit wurde für unser ganzes Volk von den ersten Schlägen der Oktoberrevolution, von den ersten Worten des Genossen Lenin an begonnen" (100/101). Inzwischen sehen viele Menschen in der BRD, daß die DDR ein „besseres Bildungssystem" hat. Auch von den realistischeren und pragmatisch gewordenen pädagogischen Sachwaltern der herrschenden Klasse wird dies, jedenfalls für Teilbereiche, zugegeben. Nach der plumpen Verteufelung der sozialistischen Schule zeigt dieses „pragmatische" Herangehen die Schwäche des Imperialismus und seinen gleichzeitigen Versuch, den eigenen verschärften Bildungsnotstand unpolitisch und unideologisch zu erklären, d. h. seine Erklärung zu verhindern. Demgegenüber ist klarzumachen: Voraussetzung für die „bessere" Schule der DDR ist die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen im Potsdamer Abkommen durch die UdSSR, die konsequente Entfernung faschistischer Lehrer und faschistischen Gedankenguts aus der Erziehung in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR, ist die frühzeitige und verfassungsmäßig fixierte Einflußnahme der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaft und die sozialistische Jugendorganisation auf die Schule, ist schließlich die Macht der Arbeiterklasse insgesamt. Billiger ist die „bessere" Schule nicht zu haben; sie kann nicht pragmatisch erschlichen werden.

Den Weg zum heutigen sozialistischen Erziehungssystem und seine gegenwärtigen Probleme zeigen die Texte „Grundsätze der Erziehung", verabschiedet vom 2. Pädagogischen Kongreß 1947, die auf dem „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" von 1946 fußen, das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem" von 1965, „Arbeiter als Erzieher der Pioniere und Schüler" und Auszüge aus den Diskussionen des 8. Pädagogischen Kongresses von Es wäre reizvoll und lehrreich, aus aktuellem Anlaß das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR mit dem Bildungsgesamtplan der BRD zu vergleichen: welche Unterschiede! Während das Gesetz in der DDR über ein Jahr lang auf allen Ebenen der Gesellschaft von Millionen Bürgern diskutiert wird, bevor es seine endgültige Fassung findet, zimmern in der BRD einige bezahlte Lakaien der Monopolistenklasse hinter verschlossener Tür ein Verschleierungspapier, das vor der eigenen Bevölkerung verborgen gehalten und gegen den Widerstand der Gewerkschaften und der Jugend- und Studentenverbände verabschiedet wird. Frage: wo herrscht Demokratie und wo herrscht keine? Die gleichen gravierenden Unterschiede würden beim Vergleich der inhaltlichen Punkte und der Einhaltung der Planung zutage treten.

Nach der militärischen Niederschlagung des Faschismus waren in ganz Deutschland theoretisch die gleichen Bedingungen für die Ausrottung aller seiner Wurzeln gegeben. Auch auf dem Gebiet der Erziehung zeugen die Forderungen von KPD und SPD, insbesondere ihr gemeinsamer „Aufruf zur demokratischen Schulreform" vom Oktober 1945 (166) von der antifaschistisch-demokratischen Grundstimmung der Arbeiterklasse und weiter Teile der Bevölkerung. Die Besatzungsmächte des „freien Westens" entschieden sich für die Restauration des Kapitalismus und die Wiedereinsetzung der gleichen Klasse, die den Faschismus gefördert hatte. Diese Entscheidung war auch ausschlaggebend für Erziehung und Pädagogik. Es wurde auf die Schule der Weimarer Zeit zurückgegriffen, die pädagogischen Förderer des Faschismus Spranger, Litt, Weniger und andere herrschten wieder als Ordinarien an den Hoschschulen und bildeten die Lehrer aus, die Mitglieder und Funktionäre der NSDAP blieben als Lehrer in den Schulen, während in der DDR 40 000 Neulehrer v. a. aus der Arbeiterklasse demokratisches Gedankengut in die Schulen brachten. Die FDJ wurde verboten, und durch die rechte Führung der SPD wurden sogar die Kinder- und Jugendarbeit dieser Partei bis auf winzige Reste eingeschränkt. Die Geschichte dieser Entwicklung wird bis heute, genauso wie die Entwicklungsgeschichte der BRD bis zu ihrer Gründung, durch die herrschende Klasse unterdrückt und verfälscht; in den Bibliotheken und Seminaren der Pädagogischen Hochschulen fehlen nahezu alle Dokumente aus dieser Zeit, z. B. auch gerade die „Dokumente zur demokratischen Schulreform in Deutschland 1945–1948" des Schwelmer Kreises, aus denen Voets einiges abdruckt. Diese Geschichte zurückzukämpfen und ihre Forderungen durchzusetzen, ist heute Voraussetzung demokratischen Fortschritts wie vor 25 Jahren.

Die einzige pädagogische Organisation, die sich konsequent gegen die reaktionäre Bildungspolitik der Adenauer-Ära stellte, ist der Schwelmer Kreis, über den man in

Voets Anthologie leider viel zu wenig erfährt; die Erfahrungen des Schwelmer Kreises und seiner Zeitschrift „Schule und Nation" müssen noch einer größeren Öffentlichkeit bekanntgemacht werden.

Eine sehr abgewogene und differnzierte Darstellung bringt Voets über die erzieherischen Aktivitäten aus dem Umkreis der Studentenbewegung (Kinder- und Schülerläden, AUSS) und über linksbürgerliche pädagogische Theorien wie bei H.-J. Gamm. Immer größere Schichten der Bevölkerung geraten in objektiven Widerspruch zum Monopolkapital und übernehmen im Prozeß der Verschärfung der Klassenwidersprüche zuerst nur einzelne Elemente des Marxismus. Das erfordert große ideologische Klarheit und Schärfe bei den Marxisten, aber wir müssen uns auch klar darüber sein, daß die Mehrheit kleinbürgerlicher Strömungen „dem Sozialismus und der sozialistischen Erziehung wesentlicher näher (stehen) als dem Kapital und seinen Apologeten" (164).

Was heißt nun sozialistische Erziehung in der BRD? Sozialistische Erziehung ist Erziehung zum Klassenkampf um die Erringung des Sozialismus. Sie ist also an die Bedingungen sozialistischer Politik in der BRD gebunden; deren gegenwärtige Aufgabe ist die Durchsetzung antimonopolistischer Forderungen. Erziehung und Pädagogik müssen sich dem anschließen, sie können nicht aus pädagogischem Modelldenken heraus oder in schematischer Übernahme früherer Formen sich eigene Ziele setzen, wie dies in der Kinderladenbewegung der Fall war oder bei linksopportunistischen Gruppen gegenwärtig der Fall ist. Sozialistische Erziehung wendet sich immer, auch im Kapitalismus, an die Masse und vor allem die Jugend eines Volkes. Die Entwicklung und Durchsetzung von Massenforderungen ist auch die gegenwärtige und weitertreibende Aufgabe sozialistischer Erziehung in der BRD.

Nichtorganisierte linksbürgerliche Pädagogen können zu scheinbar „revolutionäreren" Forderungen als die organisierten Marxisten kommen, wenn sie wie Gamm z. B. die Propagierung des Sozialismus als Aufgabe des gegenwärtigen politischen Unterrichts in der Schule konzipieren. Welchen politischen Gehalt diese Forderung hat, wird klarer, wenn man bei Gamm dann darauf stößt, daß er als bisher einzige Alternative zur kapitalistischen Schule die Waldorf-Schule nennt, aber die demokratische Einheitsschule als Programm der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jhd. mit keinem einzigen Wort erwähnt. Vorbildlich für seinen Bereich hat inzwischen der MSB Spartakus das Problem angegangen: in seinem 1973 verabschiedeten Studentenaktionsprogramm hat er die Massenforderungen der Studenten, in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiterjugend und der arbeitenden Bevölkerung insgesamt, formuliert.

Wie schon immer hängen Form und Inhalt der sozialistischen Erziehung v. a. von den sozialistischen und kommunistischen Organisationen der Arbeiterklasse, ihrer Stärke und ihrer Politik ab. Die Stärkung der DKP, der SDAJ und des MSB Spartakus ist die entscheidende, wenn auch nicht die einzige Voraussetzung für die Beseitigung des Bildungsnotstands für die Ausbreitung demokratischer Positionen und die Entfaltung sozialistischer Erziehung.

Werner Rügemer

---

**Le Duan, Die vietnamesische Revolution — Grundprobleme und Hauptaufgaben. Herausgeber: Günter Giesenfeld, Frank Werkmeister. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973, 156 S., DM 7,50.**

Als Grundlagentext diente: Le Duan, La revolution vietnamienne-problemes fondamentaux, taches essentielles, Edition en langues etrangeres, Hanoi 1970. Zusätzlich für die Übersetzung ins Deutsche benutzte G. Giesenfeld: Le Duan, The Vietnamese Revolution-Fundamental Problems, Essential Tasks, Foreign Languages Publishing House, Hanoi 1970.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Indochinas, heute die Partei der Werktätigen Vietnams, schrieb ihr 1. Sekretär, Le Duan, diese Analyse der Grundprobleme und Hauptaufgaben der vietnamesischen Revolution. Die Arbeit ist eine der wichtigsten theoretischen Schriften der Partei. In ihrem Vorwort weisen die Herausgeber der BRD-Ausgabe darauf hin, daß dieses Buch „nicht nur ein bedeutendes Dokument der vietnamesischen Revolution ist, sondern für die Befreiungsbewegungen auch ein beispielhaftes Zeugnis der fortgeschrittensten Position, die sich aus der Praxis eines jahrzehntelangen Widerstandskrieges und einer fast zwanzigjährigen Erfahrung der zielbewußten Aufbauarbeit unter schwersten Bedingungen entwickelt hat" (S. 5).

So wird mit dem Erscheinen der deutschen Übersetzung eine empfindliche Lücke geschlossen, denn für viele, die sich am Solidaritätskampf in der BRD beteiligten, mangelte es an Darlegungen aus erster Hand. Kürzere Auszüge der Arbeit Le Duans wurden im Marxismus Digest 4/71 abgedruckt; auch die sogenannte „KPD-Aufbauorganisation", heute „KPD", veröffentlichte im Verlag „Rote Fahne" im Februar 1971 eine deutsche Übersetzung; auf dieses Machwerk wird später noch eingegangen werden.

In seinem Vorspann kennzeichnet Le Duan die Gründung der Kommunistischen Partei Indochinas als eine „entscheidende Wendung in der Geschichte der vietnamesischen Revolution. Die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideologie in einem kolonialen und halbfeudalen Land, die notwendige erste Vorbereitung für eine ruhmreiche Periode revolutionärer Erhebungen, führte zum gewaltigsten Sprung nach vorn, der je in der Entwicklung der vietnamesischen Revolution erfolgt ist; dieser Sprung nach vorn wurde durch die August-Revolution 1945 und durch die Gründung der Demokratischen Republik Vietnam eingeleitet." (S. 13) Dabei war es das große Verdienst Ho Chi Minhs, die revolutionäre Bewegung Vietnams mit der internationalen Arbeiterbewegung zu verbinden. Er wies den Weg vom Patriotismus zum Marxismus-Leninismus, der einzige Weg zur Befreiung, der durch die siegreiche Oktoberrevolution allen unterdrückten Nationen eröffnet wurde.

Le Duan macht klar, daß die glänzenden Siege des vietnamesischen Volkes ohne die Partei der Arbeiterklasse undenkbar gewesen wären. Gleichzeitig ordnet er die vietnamesische Revolution und ihre Erfolge als untrennbar verbunden mit dem revolutionären Weltprozeß unserer Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im weltweiten Maßstab, ein; sie ist untrennbar verbunden mit der Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems, „dem bestimmenden Faktor der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, mit der gewaltigen nationalen Befreiungsbewegung, mit dem glühenden Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, mit der weltweiten Bewegung für Demokratie und Frieden". (S. 14)

Schon in ihren politischen Thesen von 1930 zeigte die Partei auf, „daß die vietnamesische Revolution zwei Etappen durchlaufen müsse: Eine nationaldemokratische Revolution, die in eine sozialistische Revolution übergehen würde, ohne die Etappe der kapitalistischen Entwicklung zu durchlaufen, wobei das Endziel der Partei der Aufbau des Kommunismus ist". (S. 17) Die weitere Entwicklung bestätigte diese Einschätzung voll und ganz und bewies einmal mehr die Richtigkeit der Thesen Lenins zur kolonialen Frage, die er schon 1922 auf dem 2. Weltkongreß der Komintern aufstellte.

Aus der Komplizenschaft zwischen den aggressiven Imperialisten und der einheimischen Feudalklasse ergab sich, daß die nationale Befreiungsrevolution, die notwendigerweise einen demokratischen Inhalt haben mußte, sich untrennbar sowohl gegen die ausländischen Aggressoren als auch gegen die einheimische Feudalklasse richtete. Da Vietnam ein Agrarland ist, bedeutete „die nationale Befreiung in erster Linie und im wesentlichen eine Befreiung der Bauern". (S. 18)

Der Sieg der Revolution kann jedoch nicht losgelöst von der richtigen Politik der vereinigten nationalen Front gesehen werden, deren Grundlage das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ist. Im Gegensatz zu Mao Tse-tung oder Lin Piao bestimmt Le Duan dabei eindeutig die klassenspezifische Zusammensetzung und die Interesesn, die innerhalb dieser Front wirksam werden, und die führende Rolle der Partei in diesem Bündnis, denn „für die Arbeiterklasse stimmt aufgrund ihrer historischen Situation ihr Klasseninteresse vollkommen mit dem nationalen Interesse überein". (S. 29)

Weiterhin betont Le Duan, daß es nach Entstehen der DRV notwendig und richtig war, konsequent den Weg zum Sozialismus zu beschreiten, wodurch der Norden zu einem großen Hinterland ausgebaut wurde, „das geeignet ist, alle seine Verpflichtungen gegenüber der großen Front des antiamerikanischen Kampfes im Süden zu erfüllen". (S. 22) Es wurde bewiesen, „daß heute nationalismus nicht voneinander getrennt werden können." (S. 22)

Ausgangspunkt der „Prinzipien und Methoden des revolutionären Handelns" ist, daß „das grundlegende Interesse des Proletariats, der Völker und der Nationen der ganzen Welt darin besteht, zugleich den Weltfrieden zu erhalten und die Revolution in den verschiedenen Ländern voranzutreiben. Diese beiden Ziele sind organisch miteinander verbunden". Sie sind realisierbar, „wenn es den Kommunisten gelingt, aus der strategischen Offensivstellung der Weltrevolution heraus eine vereinte Front aller für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Kräfte zu schaffen . . ." (S. 46)

Danach präzisiert Le Duan den Begriff des Volkskrieges, wie er in Vietnam geführt wird: Im Norden als „einen Krieg der Selbstverteidigung gegen einen amerikanischen Zerstörungsluft- und Seekrieg". (S. 55) und im Süden als einen „revolutionären Krieg, der sich aus einer Aufstandsbewegung der

Massen zur Befreiung vom Joch der amerikanischen Imperialisten entwickelt hat". (S. 61)
Aus der Erfahrung des Krieges im Süden betont Le Duan die Notwendigkeit, „den Feind in allen drei strategischen Zonen (Hochland, Ebene, Städte, Anm. d. Verf.) anzugreifen", (S. 54) d. h. auf dem Land, aber auch in den Städten zu versuchen, Stützpunkte zu errichten. Interessant ist auch hier ein Vergleich zu Lin Piao; jener geht so weit, sein Modell der „Einkreisung der Städte durch das Land", wie es dem Verlauf der chinesischen Revolution entsprach, nicht nur auf den Volkskrieg im allgemeinen, sondern auch auf den revolutionären Weltprozeß insgesamt anzuwenden.

Ausgungspunkt für die Durchführung der zweiten Etappe der vietnamesischen Revolution, der sozialistischen Revolution in Nordvietnam ist die Einschätzung des 3. Parteitages der Partei der Werktätigen: „Das Hauptmerkmal unseres Landes in der Übergangsperiode ist, daß wir direkt von einem zurückgebliebenen Agrarland zum Sozialismus übergehen und dabei die Etappe der kapitalistischen Entwicklung überspringen".
„Die nationaldemokratische Revolution durchführen" schreibt Le Duan, „heißt auch, die sozialistische Revolution einleiten." Voraussetzung für die konsequente Verwirklichung der Ziele der Revolution bis zur Errichtung des Sozialismus aber ist die Herrschaft der Arbeiterklasse, unter deren Leitung in Nordvietnam die Probleme des sozialistischen Aufbaus in Angriff genommen werden. Das Hauptproblem dabei besteht darin, „die individuelle Kleinproduktion in ein sozialistisches Produktionssystem umzuwandeln, sozusagen die materiell technichschen Einrichtungen, die ökonomische Basis und den Überbau des Sozialismus mit der Durchführung einer dreifachen Revolution voll und ganz aufzubauen: Revolution in den Produktionsverhältnissen, technische Revolution, ideologische und kulturelle Revolution . . ."
Ausgehend von Lenins Grundsatz, daß die einzig mögliche ökonomische Grundlage des Sozialismus die maschinelle Großindustrie ist, bezeichnet Le Duan die technische Revolution als die wichtigste der drei Revolutionen, weil nur eine technologisch entwickelte Großindustrie die Grundlage für das „materielle und kulturelle Leben eines werktätigen Volkes" sein kann.

Ziel der ideologischen und kulturellen Revolution ist es, „das ideologische, moralische und kulturelle Leben der ganzen Gesellschaft, der breiten Massen, grundlegend zu verändern. Der soz. Mensch hat, betont Le Duan, das Bewußtsein des kollektiven Herrschers (besonders wichtig bei den vietnamesischen Bauern, von denen sich viele in den Jahren der kolonialen Unterdrückung ein ausgesprochen „knechtisches Verhalten zu eigen gemacht hatten) über den gesellschaftlichen Reichtum verbunden mit einem hohen Wissensstand, er ist „erfüllt von glühendem Patriotismus" und „zutiefst durchdrungen vom proletarischen Internationalismus".

Le Duan behandelt in seiner Arbeit die vielfältigen Apsekte und Schwierigkeiten beim Aufbau der verschiedenen Abteilungen der Volkswirtschaft in Nordvietnam — so Probleme der Entwicklung der Leicht- und Schwerindustrie, der Landwirtschaft, der Organisation der zentralen und regionalen Wirtschaft und der Wirtschaftsleitung. Seine Ausführungen zeigen eines ganz deutlich: Die werktätigen Menschen in Nordvietnam haben beim Aufbau einer voll entwickelten sozialistischen Gesellschaft noch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden (Le Duan: „. . . Um unserem Volk ein reiches materielles und kulturelles Leben zu sichern, wird es noch dreißig bis vierzig Jahre voller Anstrengung bedürfen"). Was sie jedoch bisher geleistet haben, erfüllt sie zu Recht mit Stolz.
So sollte die US-Aggression gegen die DRV diesem Beispiel bezüglich des Entwicklungsweges anderer Länder der „Dritten Welt" die Wirkung nehmen, indem gezielt alle Produktionsanlagen und Transportmittel, sowie kulturelle und religiöse Einrichtungen bombardiert wurden. Daß die DRV der stärksten imperialistischen Macht nicht nur erfolgreich widerstanden hat, sondern ihre Volkswirtschaft während eines erbarmungslosen jahrelangen Bombenkrieges sogar weiterentwickeln konnte, beweist eindrucksvoll die Lebenskraft und Stärke einer sozialistischen Gesellschaft.

Voraussetzung dieser Erfolge war, daß die Partei der Werktätigen Vietnams stets die Führung im revolutionären Prozeß innehatte. Le Duan: „Bewaffnet mit der revolutionären Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, gestärkt durch die wertvolle mehr als hundertjährige Erfahrung des Weltproletariats, führte unsere Partei die vietnamesische Revolution auf einer richtigen Linie, verwirklichte umfassend die Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution im Norden und ließ sie dann zur sozialistischen Revolution übergehen, wobei gleichzeitig im ganzen Lande die Durchführung der nationaldemokratischen Revolution fortgesetzt wurde." Im folgenden geht Le Duan auf die künftigen Aufgaben der Partei, die Aufgaben der einzelnen Parteimitglieder und die Organisationsprinzipien der Partei der Werktätigen ein. Als vordringliche Aufgabe der vietnamesischen Kommunisten und als Grundvoraussetzung für alle künftigen Erfolge nennt Le Duan die weitere Stärkung und Festigung der Partei, „damit sie die historische Mission, die ihr von der Arbeiterklasse und der ganzen Nation übertragen wurde, ehrenvoll erfüllen kann".





Als Marxist und Internationalist vergißt Le Duan in seiner Arbeit natürlich auch nicht, die vietnamesische Revolution und den heldenhaften Widerstandskampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggression in den internationalen revolutionären Prozeß einzuordnen sowie den Dank an die sozialistischen Bruderländer für ihre tatkräftige Unterstützung und die Würdigung der weltweiten Friedensbewegung.

Die besondere Bedeutung dieses Buches in der BRD ist offensichtlich. Es ist ein authentisches Dokument, das über Verlauf, Inhalt und Ziele des vietnamesischen Befreiungskampfes Auskunft gibt. Zugleich erfüllt es die Ansprüche nach einer umfassenden Analyse, liefert schlüssige Verallgemeinerungen für die nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen und den revolutionären Weltprozeß insgesamt.

Die politische Bedeutung dieses Buches vermag man nur einzuschätzen, wenn man bedenkt, daß die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk stets ein weitertreibender und vereinheitlichender Faktor im antiimperialistischen Kampf der Studentenbewegung in der BRD war.

Dennoch mangelte es nicht an Versuchen, diese Bewegung und die vietnamesische Befreiungsrevolution für eigene Interessen zu mißbrauchen. In diesem Sinne traten vor allem maoistische Gruppen, die sog. „KPD" und das von ihr gelenkte „Nationale Vietnamkomitee" auf. Ihr in der Praxis immer wieder bestätigtes Prinzip der Spaltung, ihr Kampf gegen Bruderparteien der Partei der Werktätigen, vor allem gegen die KPdSU, die dem vietnamesischen Volk wertvollster und unersetzlcher Bündnispartner ist und immer brüderlich im Sinne des proletarischen Internationalismus Hilfe leistete (wie dies auch von den Vietnamesen immer wieder bestätigt wird), wurde auf folgenden Nenner gebracht: „Und schließlich: Die dauerhafte Unterstützung des vietnamesischen Volkes durch das Vietnamkomitee ist ein entscheidender Schlag gegen die Revisionisten in der BRD und Westberlin, die den Kampf des vietnamesischen Volkes durch das Ausstreuen pazifistischer Illusionen, durch die Ablehnung des Volkskrieges und durch die Unterstützung der sowjetischen Sozialimperialisten in den Rücken fallen." (Zeitung des Nat. Vietnamkomitees, Extrablatt, Okt. 72).

Eine der größten Unverschämtheiten bestand darin, Le Duans Analyse der vietnamesischen Revolution in der Reihe: „Kampf der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus" erscheinen zu lassen. Es würde zu weit führen, alle Fehler in der Übersetzung und der Edition (falsche Hervorhebungen, falsche Absätze etc.) die hierin auftauchen, anzuführen. Die Auslassungen von Textstellen verraten jedoch Methode. So fehlt bei ihnen z. B. der Absatz auf S. 47 (Ausgabe Verl. Marx. Blätter), in dem Le Duan die Intensivierung der antiimperialistischen Revolution als eine „grundlegende Angriffsrichtung zur wirklich wirksamen Erhaltung des Friedens in der Welt" bezeichnet und daher auch die Verteidigung des Friedens eine Angriffsrichtung gegen den Imperialismus darstellt. Weiter fehlen im 3. Kapitel zwei ganze Absätze. Der vietnamesischen Revolution und dem antiimperialistischen Kampf in der BRD jedenfalls ist mit der Herausgabe des Buches in dieser Reihe nicht gedient. Ebenso verhält es sich mit dem Buch „Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen", das auch in der Reihe „Kampf der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus"erschien:

Der 1. Botschaftsrat der DRV in Berlin weigerte sich, diese Broschüre anzunehmen. Seitdem erscheint das Buch in einer anderen Reihe, jedoch immer noch mit dem gleichen Vorwort der „KPD" ausgestattet: hier gehen sie soweit, die Vietnamesen zusammen mit ihrem sektiererischen Grüppchen als Vorkämpfer gegen den „Sozialimperialismus neuen Types", also gegen die SU, zu bezeichnen. Eine schlimmere Verunglimpfung des heldenhaften Kampfes des vietnamesischen Volkes ist kaum vorstellbar.

Dagegen zeichnet sich die Ausgabe von Le Duans „Die vietnamesische Revolution" im Verlag Marxistische Blätter durch eine exakte und den Intentionen Le Duans gerecht werdende Übersetzung aus. Die konkretisierenden und veranschaulichenden Anmerkungen verdeutlichen für die Leser, die nicht über ein immenses Sachwissen verfügen, die Aussagen Le Duans. Auch das kurze Sach- und Namensregister am Schluß kann die Arbeit mit dem Buch erleichtern.

Die Bedeutung, die dem Erscheinen dieser Analyse der vietnamesischen Revolution im Verlag Marxistischer Blätter auch von den vietnamesischen Genossen beigemessen wird, dokumentiert u. a. auch die Übergabe von 2000 Exemplaren an Teilnehmer der deutschsprachigen Delegationen bei den 10. Weltfestspielen der Jugend in Berlin durch die Delegation der vietnamesischen Jugend.

G. u. W. Ritter

...hören Sie mal rot!

neu

**Chile**
Quilapayùn
Chile im Kampf: "Die Geschichte muß jetzt mit den Armen und Ausgebeuteten Amerikas rechnen." (Fidel Castro in der "Zweiten Erklärung von Havanna", 1962). Lieder der "Armen Amerikas", gesungen von der bekanntesten chilenischen Gruppe. "Die Bärte" (Quilapayùn) bereisten Lateinamerika und Europa als Botschafter des neuen Chile, der Unidad Popular. Jetzt rufen sie auf zum Widerstand gegen das faschistische Militärregime und zur weltweiten Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes: "Wir werden eher sterben, als unser Vateriand verraten."
Serie Sieg 7
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 105, DM 22,—

**Four Green Fields**
Eddie & Finbar Furey
Dudelsack-Weltmeister und all-round-Musiker, Folk-Poeten und Sänger, Iren und Kämpfer, präsentieren "typisch Irisches", eigenwillig, romantisch, furios und hintersinnig.
Serie Folk 3
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 12 F 200, DM 22,-

**Dieter Süverkrüp**
singt Lieder der deutschen Revolution von 1848
u.a. von Heinrich Heine, Georg Weerth, Georg Herwegh, Ludwig Pfau, Adolf Glassbrenner
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 11 102, DM 22,—

Gesamtverzeichnis anfordern!
pläne
Verlag „pläne" GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62



**Autorenkollektiv der Akademie der Wissenschaften der UdSSR: „Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-Tungs", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973; 361 Seiten, 6,— DM**

**Gunnar Matthiessen: „Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus", Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1973; 216 Seiten, 9,80 DM**

„Schon wieder zwei Anti-Mao-Bücher, und noch dazu beide übers Gleiche!", möchte man im ersten Moment vielleicht sagen. Denn in der Tat erschienen in den letzten Jahren mehrere deutschsprachige Arbeiten, die sich meist mit der Außen- und Innenpolitik der VR China und der Maoisten beschäftigten. Aber nur ansatzweise setzten sich diese Bücher mit den ideologisch-philosophischen Hintergründen dieser Politik, mit dem, was uns so aufdringlich als „Mao-Tse-Tung-Ideen" und als Gipfelpunkt des Marxismus-Leninismus angebiedert wird, auseinander.

Es war insofern also durchaus eine „Marktlücke" da, und man darf sagen, daß die beiden hier besprochenen Bücher sie füllen. Die sowjetische Arbeit leistet eine umfassende Kritik an den wichtigsten Theoremen und Äußerungen des Maoismus. Da das Buch aber auch von der Menge des Papiers her noch für gewöhnlich Sterbliche lesbar bleiben sollte, mußte notwendigerweise ein allzu detailliertes Abhandeln philosophischer Probleme und politischer Theorien des Maoismus unterbleiben. In dieser Hinsicht leistet Matthiessen mehr, der sich dafür nur mit einigen Aspekten der „Mao-Tse-Tung-Ideen" näher beschäftigt.

Die sowjetische Arbeit beginnt mit einem äußerst interessanten Kapitel über die Entstehungszusammenhänge der Theorien Mao Tse-Tungs und über die Knotenpunkte der Fehlerhaftigkeit seiner Philosophie. Es folgt ein Kapitel über den Großmachtchauvinismus des derzeitigen Pekinger Regimes; hier hätte man sich teilweise etwas präzisere Argumente wünschen können.[1] In den weiteren Kapiteln beschäftigen sich die Autoren mit den maoistischen Vorstellungen zur Frage der Revolution und von Krieg und Frieden (Krieg als „höchste Form" der Revolution usw.), weiterhin mit der Problematik des Staates und der sozialistischen Gesetzlichkeit (hier wird das menschenfeindliche Wesen des Maoismus besonders entlarvt), mit den Fragen der Sozial- und Klassenstruktur sowie des Klassenkampfes, mit dem Verhältnis von Politik und Ökonomie bei Mao Tse-Tung und im letzten Kapitel mit dem Wesen jener Vorgänge, die man in Peking und anderswo gerne als „große proletarische Kulturrevolution" bezeichnet sehen möchte.

Das Buch wird seiner Aufgabe in ausgezeichneter Weise gerecht. Abgesehen von der sehr lebendigen Sprache durchzieht es von der ersten bis zur letzten Seite eine Spannung, die die Lektüre nie mühsam sein läßt. Es werden die entscheidenden theoretischen Fehler der Mao-Ideen herausgearbeitet und die dazugehörige Praxis bloßgestellt. Und es wird jeweils eine klare und überzeugende marxistische Alternative entgegengestellt. Am gelungensten sind die Kapitel 3 und 4.

Sehr verdienstlich ist die umfangreiche Verwendung chinesischer Originalmaterialien. Schade ist allerdings, daß sich die Herausgeber der deutschen Ausgabe nicht die Mühe gemacht haben, die Zitate aus der chinesischen Version der Ausgewählten Werke Mao-Tse-Tungs in deren deutsche Ausgabe zu übertragen.[2]

Auch Matthiessen stellt seinem Buch grundlegende Ausführungen zu philosophischen Ideen der Maoisten voran. In diesem Kapitel setzt er sich mit dem Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem bei Mao auseinander, mit dessen Vorstellungen über das Verhältnis von Arbeitern und Bauern und schließlich mit seiner Widerspruchstheorie. Er verbindet die philosophische Kritik gleich mit der an politischen Maßnahmen der Mao-

1) Weiter hinten im Buch ist z. B. zu lesen, daß auf die Frage, wie sie sich im Falle des von ihnen sehr burschikos in Kauf genommenen atomaren Weltkriegs das Schicksal der kleineren europäischen Völker vorstellten, die maoistischen Politiker meinten, diese Völker müßten eben notfalls ihre Existenz für die größeren opfern. Das ist doch ein extremes Beispiel von Großmachtchauvinismus, es wird aber im entsprechenden Kapitel nicht erwähnt.

2) Da dies für den Leser in der BRD sicherlich von Vorteil ist, sei es hier nachgeholt (verwendet wurden die „Ausgewählten Werke" in der Ausgabe Peking 1968): das Zitat auf Seite 116 des sowjetischen Buches steht in MAW Bd. I/S. 134; Seite 117 = Bd. I/S. 213f.; S. 149 = Bd. II/S. 150; S. 157 = Bd. II/S. 261; S. 186 = Bd. II/S. 179; das nicht belegte Zitat auf der Mitte der gleichen Seite steht in Bd. IV/S. 448; S. 189 (nicht belegtes Zitat) = Bd. I/S. 28; S. 224 = Bd. I/S. 11 und ebd. S. 11f.; S. 225 = Bd. I/S. 15; S. 254 = Bd. IV/S. 449; S. 305 = Bd. IV/S. 215; S. 315 = Bd. III/S. 102, ebd. S. 103, ebd. S. 90; S. 316 = Bd. III/S. 91, Bd. II/S. 431 und ebd. S. 432; S. 329 = Bd. II/S. 431.

isten. Ebenso wie die sowjetischen Autoren vermeidet Matthiessen dadurch den Fehler, Maos Philosophie „für sich" kritisieren zu wollen.
Ein solches Unterfangen müßte scheitern, weil es sich hier nicht – wie beim Marxismus – um ein geschlossenes theoretisches Gebäude handelt, sondern – wie sich unten noch zeigen wird – um ein eklektisches Gemisch aller möglichen (teilweise einander ausschließender) Ideologien, die zur Legitimation der jeweiligen Praxis herangezogen wurden. Nur daraus lassen sich auch die grotesken Widersprüche in den politischen Parolen erklären (1957 meinte man z. B., den Kommunismus in drei bis fünf Jahren erreichen zu können; 1963 hieß es dann – nachdem der „große Sprung" im Desaster geendet hatte – das sei erst möglich, wenn der letzte Kapitalist vom Erdboden verschwunden ist).

Matthiessen zeigt eindringlich, wie extrem voluntaristisch die Politik der Maoisten ist (und auf Grund ihrer theoretischen Positionen sein muß). Er schildert im weiteren Teil seines Buches die Entwicklungsgeschichte der VR China. Die drei wichtigsten Phasen dabei bilden je ein Kapitel: die Periode des Aufbaus auf marxistisch-leninistischer Grundlage, entgegen Mao Tse-Tung bis Ende 1956, die Zeit des „großen Sprungs" und die anschließende Wiederherstellungsperiode (1957–1964) und die sog. „Kulturrevolution" mit der Zeit bis heute.
Verbunden waren diese Perioden mit unterschiedlichen politischen Kräftekonstellationen in der KP Chinas: In der ersten Phase das immer deutlichere Übergewicht der Marxisten-Leninisten mit dem 8. Parteitag im September 1956 als Höhepunkt; danach das Wiederaufkommen Mao Tse-Tungs und seiner Anhänger, die Durchsetzung und das Fiasko seiner Linie und der erbitterte Kampf zweier Linien in der Partei, der sich Mitte der 60er Jahre zunehmend wieder zugunsten der Marxisten entwickelte; ab 1966 dann die gewaltsame und illegale Durchsetzung der maoistischen Positionen und seither ihre eindeutige Vorherrschaft.

In keiner Phase der Entwicklung hatten die Maoisten ein brauchbares Konzept zur Lösung der Probleme des Landes anzubieten; kontinuierliche Aufwärtsentwicklung gab es in China nur in dem Maße, wie sie sich nicht durchsetzen konnten. Welche politischen Kämpfe dabei stattfanden, schildert Matthiessen sehr deutlich, besonders im letzten Kapitel über jene gegen die Existenz der KPCh und gegen den Bestand der Verfassung der VR China gerichtete bewaffnete Machtergreifung der Maoisten, die sie als „Kulturrevolution" ausgeben. Diese Aktion war eine von oben gesteuerte Kampagne, die sich auf die Armee und Teile der Jugend stützte; den größten Widerstand fand sie in den Industriezentren. Ihr Ergebnis war – unter Anwendung gröbster physischer Zwangsmittel – die Vernichtung der KPCh sowie sämtlicher Massenorganisationen einschließlich der Gewerkschaften und die Installierung eines despotieartigen Regimes.

Allein schon wegen dieser ausführlichen Darstellung sollte Matthiessens Buch möglichst vielen Anhängern jener politischen Richtungen zu lesen gegeben werden, die im fernen China immer noch die Morgenröte ihrer eigenen radikalliberalen Sozialismusvorstellungen leuchten sehen. Noch viel mehr aber sollte das deshalb geschehen, weil sich Matthiessen ziemlich ausführlich mit diversen linksbürgerlichen (gleichwohl sich marxistisch etikettierenden) Theorien auseinandersetzt, die teilweise in die primitiv-polemischen Äußerungen der Maoisten einen philosophischen Tiefsinn hineininterpretieren, den die Pekinger Ideologen gar nicht beanspruchen (vor allem Holz, Masi, Bettelheim). Aber daß das möglich ist, daß Bürger ihre Ideen im Maoismus ausgedrückt zu sehen glauben können, entlarvt in peinlicher Weise das Wesen der maoistischen Theorien. Sie sind kein Marxismus, aber auch nicht einfach bourgeoise Ideologie. Sie sind das Ergebnis dessen, daß kleinbürgerliche Theoretiker marxistische Politik machen wollten; sie sind der Reflex auf die Kapitulation vor den Schwierigkeiten einer solchen Politik.

Das galt bereits für jene These von der „Neuen Demokratie", die Mao für die Zeit unmittelbar nach dem Sieg der Volksrevolution aufstellte. China war ein sehr zurückgebliebenes Land mit einer zahlenmäßig und auch politisch relativ schwachen Arbeiterklasse und einer fast übermächtigen Masse von Bauern. Unter solchen Bedingungen war es extrem schwierig und erforderte es übergroße Prinzipienfestigkeit, eine bürgerlich-demokratische Revolution unter Führung des Proletariats vorzubereiten und durchzuführen und diese in die sozialistische Revolution überzuleiten (was aber die einzig leninistische Politik sein konnte). Wie beantwortete Mao Tse-Tung diese Fragen? Er propagierte eine „Diktatur mehrerer revolutionärer Klassen" (einschließlich der Bourgeoisie) und drückte sich damit um eine theoretische Klärung der Hegemonie des Proletariats unter solch extremen gesellschaftlichen Bedingungen herum. Man kann nur froh sein, daß sich diese rechtsopportunistische Theorie der „Neuen Demokratie" in der KPCh nicht durchsetzte, als es darauf ankam.

Das gleiche gilt für die Politik des „großen Sprungs", die in Peking heute noch gefeiert





wird: Ein unterentwickeltes Land wie China mußte sich auf eine relativ lange Aufbauperiode einstellen, in der erst nach und nach der Vorsprung anderer Länder eingeholt werden konnte. Maos Politik bestand darin, bei jedem halbwegs günstigen Ernteergebnis sofort alle bisherigen Pläne über den Haufen zu werfen, die ihm viel zu lang erscheinende Periode mit einem Kraftakt abkürzen zu wollen. Und zwar – im wahrsten Sinne des Wortes – ohne Rücksicht auf Verluste.
Auch Mao Tse-Tungs Verhältnis zur Arbeiterklasse muß in diesem Licht gesehen werden. Als es Tschiang Kai-Schek 1927 gelang, die kommunistischen Kader in den Städten zu vernichten, entstand für die KPCh eine extrem komplizierte Situation. Trotz des Terrors hätten in den Städten die Kräfte wieder gesammelt werden müssen, um den Kontakt zum Proletariat nicht zu verlieren; gleichzeitig wurde aber eine Verlagerung des Schwerpunkts der Parteiarbeit auf Land unumgänglich. Dort galt es, die mächtigen Bauernaufstände anzuleiten und auf diese Weise die politische Initiative wieder in die Hand zu bekommen.

In diesem Zusammenhang sollte übrigens endlich einmal mit dem Märchen aufgeräumt werden, daß diese Strategie der Verlagerung des Schwerpunkts auf das Dorf das alleinige Werk Mao Tse-Tungs sei (leider gehen beide Bücher darauf nicht ein). Bereits am 24. 5. 1923 hob das EKK (der Komintern) in einer Direktive zum 3. Parteitag der KPCh die Bauernfrage und den Volksbefreiungskrieg hervor; damals plädierte Mao Tse-Tung noch – so wie seinerzeit die Menschewiki – für die Hegemonie der Bourgeoisie in der antifeudalistisch-demokratischen Revolution. Im März 1926 wies das EKKI darauf hin, daß „die grundlegende Frage der nationalen Befreiungsbewegung in China die Bauernfrage ist". Im Dezember 1926 forderte das EKKI erneut ein verstärktes Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern. Im Frühjahr 1928 plädierte es in Vorbereitung des 6. Parteitags der KPCh für die allseitige Entwicklung des Partisanenkampfs, die Schaffung von Sowjetgebieten und einer Roten Armee. Im September 1930 bezeichnete das EKKI als Hauptaufgabe der Partei die Festigung der Roten Armee als Zentrum der Sammlung, Festigung und Organisierung der revolutionären Kräfte mit dem Ziel, die Städte vom Land her einzukreisen und zu erobern. Die gleiche Linie wurde in einer Resolution des EKKI vom April 1932 wiederholt.

Was hingegen Mao Tse-Tung in der KPCh nach und nach durchsetzte – und darin zeigt sich eben wieder das kleinbürgerliche Kapitulantentum vor den Schwierigkeiten nach dem rechten Putsch von 1927 – war der völlige Verzicht auf jegliche Arbeit in den Städten, die ausschließliche Konzentration auf die Bauern. Man findet in Mao Tse-Tungs Werken in der Zeit bis unmittelbar vor dem Sieg der Revolution kein einziges Wort der Analyse über die Situation im Proletariat. Matthiessen weist darauf hin, daß bis Mitte 1949, also schon nach der Einnahme großer Städte durch die VBA, Mao keinen einzigen Aufruf an die Arbeiter erlassen hat. Er wollte die Revolution ohne das Proletariat machen, und auf Grund besonderer Umstände ist ihm das auch weitgehend gelungen. Aber in der Folge wirkte sich diese seine Einstellung verheerend aus.

Man darf natürlich nicht glauben, daß die Ursache alldessen das persönliche Unvermögen Mao Tse-Tungs sei. Besonders die sowjetischen Autoren schildern im ersten Kapitel, welche objektiven und subjektiven Faktoren hier wirkten: die absolut herrschende Feudalideologie des Neokonfuzianismus, das Fehlen marxistischer Grundlagenliteratur in chinesischer Sprache und die relative Schwäche des chinesischen Proletariats zu Beginn des Jahrhunderts.

Das alles führte bei Mao Tse-Tung offensichtlich zu einem Prozeß, der ähnlich oft auch in der BRD während der „Studentenrevolte" 1967/68 zu beobachten war. Mao fühlte sich in der damaligen Woge revolutionärer Ereignisse (1921/22 wurde die Intervention in Rußland abgewehrt und siegte die Volksrevolution in der äußeren Mongolei) aus Sympathie zum Marxismus als der einzigen fortschrittlichen Theorie hingezogen. Er *wollte* sozusagen Marxist sein, ohne aber seine antimarxistischen Ideen von früher schon überwunden zu haben. Ein systematisches Studium und intensiver Kontakt zur internationalen Arbeiterbewegung und zur chinesischen Arbeiterklasse hätte ihn auch zum Marxisten machen können. So aber behielt er viele falsche Grundpositionen bei und überlagerte sie nur mit marxistischen Thesen, die er auffing und in seinem Sinne interpretierte. In dem sowjetischen Buch wird das am Beispiel von Maos philosophischen Schriften der Yenan-Periode deutlich beschrieben.

So erklärt es sich auch, daß in den älteren theoretischen Schriften Mao Tse-Tungs die

3) Das geschah teilweise auch gegen die Parteiprinzipien: Im Januar 1935 wurde auf einer sog. „erweiterten Sitzung des Politbüros" in Dsunyi unter Abwesenheit der Mehrzahl der Politbüromitglieder – und somit statutenwidrig – Wang Ming abgesetzt und Mao Tse-Tung zum Parteiführer gemacht.

Nähe zu marxistischen Aussagen außerordentlich groß ist. Nur so aber sind eben auch jene aberwitzigen Auswüchse zu erklären, die wirklich nur noch unter rational nicht mehr nachvollziehbaren ideologischen Verrenkungen von verschiedenen westlichen Apologeten als Ausdruck marxistisch-leninistischer Politik akzeptiert werden können.

Das gilt vor allem für jenen abstoßenden Kult um die Person Mao Tse-Tungs, der seine ideologischen Abläufe im Konfuzianismus, seine Ursachen im Bemühen der Maoisten um die Sicherung ihrer gegen die Massen gerichteten Macht, seine verständnisvollen Dulder in den Redaktionen der imperialistischen Ideologiemacher und seine Nachbeter an westdeutschen Mensatischen hat:

„Die wogenden Ströme durchfließen Tausende von Meilen, doch kann sich die Länge von zehntausend Flüssen mit der Güte des Vorsitzenden Mao nicht messen. Vorsitzender Mao, oh, Vorsitzender Mao! Du bist die rote Sonne im Herzen der Grenzbewohner." (Bildtext in einer Pekinger Broschüre von 1969.)

Welches der beiden hier besprochenen Bücher ist dem anderen vorzuziehen? Keines, denn sie sind Ergänzung, nicht Alternative. Lesen sollte man sie möglichst beide und möglichst gründlich und sie dann verleihen. Denn hier werden nicht nur brennende Fragen angeschnitten, hier werden auch überzeugende Antworten gegeben, werden die Positionen der Marxisten treffend dargelegt. Insofern sind sie auch ein Grundkurs im wissenschaftlichen Kommunismus. Diese Bücher sind eine wichtige Hilfe für die ideologischen Auseinandersetzungen gerade an den Hochschulen. Nicht nur gegenüber den Angriffen der Maoisten. Bekanntlich finden sich ja auch unter den anderen bürgerlich denkenden Studenten viele, die noch immer den Maoismus für eine Spielart des Marxismus halten, die für sie vielleicht ganz akzeptabel ist, die nicht verstehen, warum wir Maoisten für das halten, was sie sind: Anhänger einer bürgerlichen Ideologie.

Gerd Hautsch

---

**Walter Hollstein/Marianne Meinhold Hrsg., Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen; Frankfurt/Main, 73, Fischer-Reihe „Texte zur politischen Praxis", 270 S.**

„Wir versuchen in dieser Publikation, einige der vielen Aspekte der Sozialarbeit zu thematisieren, die in der Praxis und in der Ausbildung immer wieder als fundamental empfunden werden. Anhand dieser Analyse von Einzelaspekten hoffen wir indessen, auch einiges Grundsätzliches über die Sozialarbeit aussagen zu können ... so wenig geschlossen sich dieser Band als ganzer präsentieren will, so uneinheitlich sind auch die Standpunkte und Ansichten der Beiträge. Da es keine unifizierte und verbindliche Lehrmeinung über Sozialarbeit gibt, ist die Diversität der Positionen nur ein Reflex der wissenschaftlichen Wirklichkeit" (Vorbemerkung 8). So entschuldigen sich die Herausgeber eines Buches, das fürwahr ein Sammelsurium an Ansichten über die Sozialarbeit bietet. So begrüßenswert ihre Absicht ist, einen Beitrag zur Theorie der Sozialarbeit zu leisten, ebenso wie ihr Versuch, mit marxistischen Kategorien an das Problem heranzugehen, so deutlich macht dieses Buch einmal mehr, wie wenig die Begeisterung vom Marxismus allein zum Verständnis gesellschaftlicher Phänomene beiträgt.

Es wäre lohnend, alle Beiträge eingehend zu untersuchen. Denn überall mischt sich viel an richtiger Erkenntnis über die Bedingungen von Sozialarbeit in der BRD mit unvergorenen, teilweise aus der antiautoritären Studentenbewegung herübergeretteten Vorstellungen. Ich will im Folgenden jedoch nur auf einige Passagen verweisen, die das Ausmaß der theoretischen Hilflosigkeit charakterisieren.

Allen Aufsätzen ist ein Mangel gemeinsam: Kapitalismus ist für sie ein irgendwie modifizierter Kapitalismus der freien Konkurrenz. Nur in dem Beitrag „Zur Herausbildung der Sozialstaats-Illusion in Deutschland" wird erwähnt, daß es so etwas wie Monopole gibt. In ganzen 14 Zeilen wird mit Lenin der monopolistische Kapitalismus charakterisiert als „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion" (139). Und gerade an der Stelle, wo wir den Schritt in die Gegenwart erwarten, bricht die Darstellung ab. Kein Wort davon, daß sich mit dieser Entwicklung auch die gesellschaftlichen Kampfbedingungen, die Stellung der Klassen zueinander etc. geändert haben! Die gleiche Schwäche bei der Darstellung der Funktion des kapitalistischen Staates: er ist „fiktiver Gesamtkapitalist" (143), der halt die Interessen des Systems vertritt. Kein Wort davon, daß es





auch hier in den letzten 100 Jahren entscheidende Entwicklungen gegeben hat. Hier zeigt sich, was der auch in der Sozialarbeit modern gewordene Fetisch historische Darstellungsweise hervorbringen kann: die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Bedingungen wird zugunsten weitschweifiger historisierender Abhandlungen unterschlagen, die Unfähigkeit wissenschaftlicher Erarbeitung des Gegenstands mit viel Marx- und Kuczinsky-Zitaten verdeckt. Es bringt uns auch nicht weiter, wenn das Verhältnis von Klassenbildungs- und Parteibildungsprozeß abstrakt abgehandelt wird (144 ff), die historische Entwicklung aber dann beim Übergang der sozialdemokratischen Führung auf die Positionen des Monopolkapitals vor dem ersten Weltkrieg stehen bleibt.

Unter ähnlichen Schwächen leidet der Aufsatz „Zur Geschichte der Sozialarbeit" von M. Nowicki. Breit faßt er sich bis in die 20er Jahre, geht ganz kurz auf den Faschismus ein. Nach der Zerschlagung des faschistischen Regimes bleibt der Marshallplan, die ökonomischen Probleme der Restaurationsperiode, und dann stellt er fest: „Die sich immer stärker aufgliedernden und spezialisierenden Tätigkeitsmerkmale und Praxisfelder der Sozialarbeit in ihrer Entstehung und politischen Funktion differenziert zu analysieren muß einer umfangreicheren Arbeit vorbehalten bleiben" (94). Wozu denn über 50 Seiten historische Ableitung, wenn überhaupt nicht eingegangen wird auf die neuen Qualitäten der Sozialarbeit im staatsmonopolistischen System der BRD, über die neuen Methoden der Integration, über Modifizierung der Herrschaftstechniken etc.?

Mehr mit Sozialarbeit in der BRD zu tun haben die beiden Aufsätze von W. Hollstein, „Sozialarbeit im Kapitalismus" und „Hilfe und Kapital". Ihre Stärke liegt darin, daß sie einige empirische Daten über den Untersuchungsbereich liefern, so zu den Bereichen Armut und Elend, Konzentrationsprozeß des Kapitals, Klassenstruktur der Gesellschaft und soziale Zusammensetzung der Sozial-„Klienten". Aber auch sein Versuch zu klären, „welche Einflüsse auf den Tätigkeitsbereich der Sozialarbeit wirken" muß unvollständig bleiben, wenn die Einsicht in die Funktionsbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus fehlt. So gerät er auf den Holzweg organisationssoziologischer Erklärungsversuche, nach denen die Sozialarbeiter wegen der ihr eigenen Hierarchisierung, Kontrollmechanismen, Rollenverteilung und Vorschriften nicht im Sinne der „Klienten" wirken könne. In Anlehnung an Brusten und Müller mißt er der Sozialarbeit eine große Bedeutung zur „sozialen Kontrolle", „Stigmatisierung" und als Strafinstanz bei. Seine Ausführungen dazu schweben bisweilen im metaphysischen, da er diese oberflächlich festgestellten Erscheinungen nicht in einen umfassenden Zusammenhang im staatsmonopolistsichen System stellen kann. Sozialarbeit ist aber nicht kraft ihrer Organisation und Arbeitsweise (z. B. der Umwandlung sozialer Probleme in Rechtsprobleme, 30) ein Herrschaftsinstrument, sondern sie wird es aus genau zu definierenden Interessen des Monopolkapitals und seines Staates. Und dieses Herrschaftssystem ist wesentlich konkreter zu bestimmen denn als System, das Werte „introjiziert" (178). Ähnlich unpräzis wird das Problem gesellschaftlicher Normen abgehandelt. Nicht daß „Klienten" an die Normen herangeführt werden sollen kann Kritikpunkt sein, sondern die Normen als Ausdruck der menschenfeindlichen Natur des Imperialismus gilt es zu untersuchen. Wird dies nicht getan, führt das wie bei Hollstein zu dem Schluß, daß z. B. der Versuch, „Klienten" in den Arbeitsprozeß einzugliedern von vornherein zu verurteilen sei, ohne daß er untersucht, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen dies wirklich eine „Hilfe" sein kann. Von solch unwissenschaftlichem Herangehen ist es dann nur noch ein kleiner Schritt zu in der Sozialarbeit häufig zu hörenden Behauptungen wie: die Fürsorge der DDR sei reaktionär, weil sie bestrebt sei, straffällig Gewordene wieder in die Gesellschaft und den Arbeitsprozeß einzugliedern!

Vollends abenteuerlich wird es, wenn er den Versuch macht, die höhere Delinquenzquote der „Unterschicht" mit einer Tabelle über den „durchschnittlichen Frustationsindex der verschiedenen sozialen Schichten" zu erklären (33)!

Die Funktion von Sozialarbeit sieht Hollstein auf drei Ebenen: der ökonomischen („Reproduktion der Arbeitskraft im kapitaladäquaten Maßstab", 189), der sozialen (der Versuch, „die bestehenden Klassenunterschiede und die daraus erwachsenden Diskriminierungen zu mildern", 189) und der politischen (Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zur Sicherung des Systems, 189). Die These, daß Sozialarbeit zur kontrollierten Aufrechterhaltung der industriellen Reservearmee dienen, daß sie aus dem Produktionsprozeß herausgefallene Arbeitskräfte wieder in dem Maß zu integrieren habe, daß eine bestimmte Arbeitslosenquote erhalten bleibe, andererseits notwendige Arbeitskraft für den Bedarfsfall bereitgehalten werden soll, ist weit verbreitet. Es bleibt jedoch zu untersuchen, ob hier nicht eine Überschätzung der bewußten Steuerung

des sozialen Sektors und des Arbeitskräftepotentials vorliegt, ob die Sozialarbeit im staatsmonopolisitschen Herrschaftsgefüge nicht eher politische Legitimierungsaufgaben hat. Auch die Hypothese Meinolds scheint mir ökonomistisch zu sein, daß nämlich „je größer der Wert eines Klienten für den Produktionsprozeß ist, desto mehr werde die Funktion des Sozialarbeiters eine kontrollierende und disziplinierende sein" (218). Die Bedeutung von Sozialarbeit als Strategie im Kampf gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung und gegen die Errungenschaften der sozialistischen Länder scheint mir wichtiger zu sein. (Überhaupt hat die Existenz des sozialistischen Weltsystems die Sozialarbeit in den imperialistischen Ländern vor neue Probleme gestellt: sie muß den Erfolgen der sozialistischen Länder auf sozialem Gebiet wenigstens Vergleichbares entgegensetzen und wird so als Waffe im ideologischen Klassenkampf eingesetzt. Es ist bezeichnend, daß dieser wichtige Aspekt, der die herrschende Sozialarbeit seit mindestens Mitte der 50er Jahre prägt, auf den 270 Seiten des vorliegenden Buches nicht mit einem einzigen Wort erwähnt wird!)

In dem Abschnitt „Möglichkeiten nichtsystemstabilisierender Sozialarbeit" (42 f) geht Hollstein auf die Bedeutung von Sozialarbeit im Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ein. Entgegen der weitverbreiteten Auffassung von Sozialarbeit als **dem** Bereich politischer Aktivität stellt er realistisch fest: „Sozialarbeit als systemsprengende Kraft kann angesichts ihres Auftrags nicht konzipiert werden" (42). Aber als Alternative zu einer integrationistischen Sozialarbeit kann er nicht mehr anbieten als die „Selbstorganisation", die „die Menschen aus der ihnen vom System aufgezwungenen Passivität (Konsum- und Erwartungshaltung)" löse (42). Dieser Begriff ist wohl der derzeit unter Sozialarbeitern am meisten strapazierte, ein Zauberwort, das angeblich alle Tore zur ‚Emanzipation' aufstößt. Wie so viele Verfechter dieser — übrigens kaum irgendwo konkretisierten — Konzeption übersieht Hollstein dabei, daß jedwede Art von Selbstorganisation, die nicht direkt gegen die Machtzentren des staatsmonopolitischen Systems gerichtet ist, sehr wohl ‚system-stabilisierend' eingesetzt werden kann. Es ist nichts als frommer Glaube, allein schon eigene Aktivität würde in grundsätzlichem Widerspruch zu den Interessen der Herrschenden stehen. Im Gegenteil: die zunehmenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung machen es für die Herrschenden sogar notwendig, Eigenaktivität in ihrem Sinn zu fördern. Und im Gegensatz zu vielen romantischen Sozialarbeitern haben sie das begriffen: es gibt eine Reihe von Bürgerinitiativen und ähnlichen Aktivitäten, von ihnen initiiert mit der Aufgabe, Menschen zu systemgerechter Eigenaktivität zu bringen. Und auch die abschließende Feststellung Hollsteins, daß solche Initiative nicht von der institutionalisierten Sozialarbeit ausgehen könne, „sondern von den Opfern ausgehen müsse" (43) bietet uns keine Möglichkeit, eine demokratische Berufspraxis für Sozialarbeiter zu entwickeln. Es sei denn, man nimmt zu illusionären Konzepten Zuflucht, wie sie in Frankfurt/Main ausgearbeitet wurden, daß nämlich die Sozialarbeiter halbtags in der Fabrik arbeiten (und sich dort politisch zurückhalten, da sie ja auf das Geld angewiesen sind) und den Rest des Tages politisch sind.

Am interessantesten ist der Aufsatz von P. Aich „Politische Perspektiven für die soziale Arbeit im Kapitalismus". In ihr finden sich sehr viele jener Theorien, die durch Wiederholung nicht besser werden, so die Behauptung, in der Sozialarbeit gebe es Freiräume, „innerhalb deren Veränderungen in Gang gesetzt werden können" (243). In einem System, das alle gesellschaftlichen Bereiche dem Profitstreben unterordnet, gibt es solche Inseln nicht. Veränderungen können nicht unbemerkt von den Herrschenden durchgesetzt werden, sondern nur gegen sie. Und die Veränderungen können nicht einfach abgeleitet werden „von der antizipierten Gesellschaftsordnung, in der die strukturellen Voraussetzungen für die Sozialarbeit nicht gegeben sind" (243) — sieht man so sehr von den gegenwärtigen Kampfbedingungen ab, kann man leicht, wie so manche ‚revolutionäre' Sozialarbeiter, beispielsweise zu dem Schluß kommen, daß gegenwärtig der Hauptkampf um die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit geführt werden müsse. Aichs historischer Abriß über die Sozialarbeit endet 1925, um zusammenzufassen, daß es die Sozialarbeit mit der „alleruntersten Schicht" (245) zu tun habe, die sich ideologisch konditionieren soll. Mit einer derartigen Verkürzung der Aufgabenbereiche der Sozialarbeit muß man notgedrungen bei irgendeiner Randgruppenstrategie landen. Und sind so die „Deklassierten" zum Arbeitsgegenstand gemacht, so muß man nur noch dem Sozialarbeiter die edle Eigenschaft zuschreiben, daß er für die Armen und Elenden besonders sensibilisiert ist, daß diese Sensibilisierung der ideale Nährboden für die Politisierung sei und schon ist die führende Rolle der Sozialarbeiter in der Revolution der „Deklassierten" begründet, und man muß nur noch die





anderen Beschäftigten im Erziehungsbereich einbeziehen, damit sie nicht böse auf die Sozialarbeiter werden. Vor allem die „Lebenszeitbeamten", die Hochsschullehrer haben geradezu ideale Voraussetzungen, Berufsrevolutionäre zu werden: nach dem Grundgesetz sind ihnen ja die Menschenrechte garantiert, die Freiheit von Forschung und Lehre ist gesichert, und die Informationsfreiheit ist sogar Auftrag des Grundgesetzes (259/60). Und das Monopolkapital ärgert sich grün und blau, daß es diese seine eigene Falle nicht früher erkannt hat, daß es den Ausbildungssektor nicht in seinem Interesse formiert und kein Berufsverbot gegen Demokraten geschaffen hat! Überhaupt, die Schwierigkeiten für Intellektuelle, politisch zu arbeiten: „Zwar führen Erkenntnisse zu kognitiven Dissonanzen, aber diese können wieder verdrängt werden, wenn sie zu einem materiellen Risiko zu werden drohen" (258). Solche Spiele mit dem Feuer überlassen sie doch besser den Arbeitern, die sollen mal ihren Arbeitsplatz riskieren. ‚Die ‚Sozialisationsagenten' müssen dafür darauf achten, daß „sie die Organisationsarbeit in ihrer Arbeitszeit leisten, ohne sich dadurch in die Illegalität zu begeben" (258). Zu diesem Rüstzeug kommt noch die Feststellung, daß die herrschende Klasse auf den für sie billigeren Weg verzichtet, alle Lohnabhängigen ausreichend materiell zu sichern, sie statt dessen lieber diszipliniere, wenn das auch teurer komme (249). Und mit dem Verfasser können wir dann überzeugt sein, „daß es nicht darauf ankommt, immer neue Freiräume durch die Anwendung der Lehre des Widerspruchs zu entdecken, sondern daß es entscheidend darauf ankommt, durch eine politische Strategie die Widersprüche zunächst systemimmanent aufzuheben (?!). In diesem Prozeß entsteht dann ein Bewußtsein in der Breite, das nicht notwendigerweise entfremdet ist. Es kommt auch nicht darauf an, die Sozialarbeit neu zu interpretieren, mit neuen Inhalten zu füllen, sondern es kommt entscheidend darauf an, die materielle Basis so zu verändern, daß die Sozialarbeit überflüssig wird." (261)

Und mit soviel leerem Gerede, garniert mit einem Strauß marxistischer Kategorien, verstehen es die Autoren, von den wichtigen Problemen der Sozialarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen abzulenken. Abzulenken z. B. von den Fragen nach der Funktion von Gemeinwesenarbeit, von Bürgerinitiativen etc. Denn genau auf diesen Gebieten lassen sich Ansätze erkennen, die den Sozialarbeitern weiterhelfen können, ihren Standort in den Klassenauseinandersetzungen in der BRD besser zu bestimmen und den Beitrag herauszuarbeiten, den die Sozialarbeit leisten kann im Kampf der Werktätigen gegen die Herrschaft der Monopole. Dazu muß man dann aber mehr etwa zu Bürgerinitiativen sagen, als Aich das tut. Statt immer nur von der Arbeiterklasse, den „Klienten", „Deklassierten", „Betroffenen" zu reden, müßten die Autoren aufzeigen, wo es Engagement der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in den Bereichen von Wohnung, Bildung, der Umwelterhaltung, des Nahverkehrs, im Kampf gegen Militärbasen, gegen Berufsverbote u. a. gibt, welche Formen dieses Engagement annimmt und wo Sozialarbeiter — und nicht nur in der Freizeit — dort Unterstützung leisten können. Nur wenn außer der „Logik des Kapitals" auch die konkrete Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD untersucht wird, kann es gelingen, eine Strategie zu entwickeln und Handlungsanleitungen zu erarbeiten, die über die 20er Jahre hinausgehen.

Nur wenn die Sozialarbeiter endlich aufhören, sich entweder als Nabel der proletarischen Revolution zu betrachten oder nur abstrakt vom irgendwann herzustellenden Bündnis mit der Arbeiterklasse zu reden (oder beides zusammen), ist es möglich, eine Berufspraxis zu entwickeln, die frei ist von Illusionen, und die nicht in die Resignation führt.

Martin Bern

---

**Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Dietz), 2. Aufl. 1973, 12,80 DM**
**JUNG, Heinz und SCHÄFER, Heinz (Hrsg.): Handbuch für Arbeiter und Angestellte. Zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis Frankfurt/M. (VMB) 1973.**

Die beiden hier vorgestellten Wörterbücher verfolgen nicht die Absicht, einem enzyklopädischen und alles umfassenden Bildungs- und Informationsideal zu entsprechen, da die Einlösung eines solchen Anspruchs illusorisch wäre. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, „einen großen Benutzerkreis rasch und zuverlässig über vielfältige politische Begriffe zu informieren" (Polit. Wörterbuch, Vorwort). Angesichts des historisch relativen Charakters von Erkenntnis und der ständig steigenden Informationsmengen einerseits und der historischen Wandlungen der in Stichworten erfaßten Gegenstände andererseits, muß jeder Versuch, die Begriffe der Realität zu erfassen und zu systematisieren, schnell veralten. So erklärt es sich auch, daß relativ kurz nach dem ersten Erscheinen schon überarbeitete Neuauflagen zur Besprechung anstehen.

Das „Kleine politische Wörterbuch" steht im Rahmen einiger anderer ähnlicher Publikationen. Gemeinsamer Ausgangspunkt war der Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 über „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR". Ziel dieses und weiterer Beschlüsse war vor allem die Erstellung von gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenmaterialien wie Lexika, Hand- und Lehrbüchern und sonstigen Standardwerken, deren Grundlage und kontinuierlichster Bezugspunkt die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus sowie die jeweils neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu sein hatten, wie sie in den Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterbewegung (Beratungsergebnisse, Parteitagsbeschlüsse) niedergelegt und verallgemeinert wurden.

Als Folge wurde eine Reihe gesellschaftswissenschaftlicher Wörterbücher herausgegeben, die in Qualität, Niveau, Gehalt und Preis weitgehend konkurrenzlos sind. Es sei nur daran erinnert, daß das „Philosophische Wörterbuch" und das „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie" in westdeutschen Lizenzausgaben erschienen.

Im Rahmen dieser Ausgaben, zu denen noch das „Wörterbuch der politischen Ökonomie" und das zweibändige „Sachwörterbuch der Geschichte" gehören, nimmt das „Kleine politische Wörterbuch" insofern eine besondere Stellung ein, als es von der Anlage das allgemeinste und von der Anzahl der Stichworte das umfangreichste ist.

Was den Informationsgehalt und die Klarheit des Standpunktes betrifft als auch hinsichtlich des Preises (und dieses Argument hat für Studenten einiges Gewicht), ist das Buch konkurrenzlos.

Wünschenswert wäre es allerdings, wenn dem interessierten Leser aufgezeigt würde, wo er die wesentliche Literatur nachlesen kann und wo die im Text eingestreuten Zitate zusammenhängend und im Original erreichbar sind.

Für den Leser aus der BRD mag die Erläuterung einer Vielzahl von gesellschaftlichen Organisationen erstaunlich sein, sie legen für die Demokratie im Alltagsleben der DDR beredtes Zeugnis ab. Hier liegt einer der wesentlichen Vorzüge des Buches: Es faßt eine große Menge an Informationen zusammen. So kann man nachlesen, was ein „Beschwerdenausschuß der örtlichen Volksvertretung" ist, welches die Ziele der „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden" waren und welche Aufgaben eine „Wählervertreterkonferenz" hat.

Seine Grenzen findet ein Nachschlagewerk dieser Art notwendigerweise in Begriffen, die in der wissenschaftlichen Diskussion sind. So ist beispielsweise das Stichwort „wissenschaftlich-technische Revolution" (S. 976–77) in gut zwei Spalten sicherlich zu kurz abgehandelt und klärt bei weitem nicht die komplizierten Prozesse und ihre Folgen, wie sie sich in der WTR abspielen. So wird – dem Charakter eines solchen Buches entsprechend – auf die Darstellung aktueller theoretischer Diskussionen und Problematisierungen weitgehend verzichtet.

Das zweite hier zur Besprechung stehende Buch ist inhaltlich exakt, das, was der Titel ausweist: ein Nachschlagewerk für Arbeiter und Angestellte für die betriebliche und gesellschaftliche Praxis. Besonders gut gelungen ist der Begleitapparat wie Hinweise und Stichwortverzeichnis, der ein optimales Auffinden aller zu einem Komplex gehörigen Stichworte ermöglicht.

Inhaltlich ist der wesentliche Vorzug des Handbuchs seine Konkretheit und Verständlichkeit, eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Teile der Bevölkerung, für die es geschrieben ist, mit ihm auch arbeiten können. So wird auf S. 312–13 gesagt, was „Schwarze Listen" sind und wie man dagegen konkret vorgehen kann. Weiter erfährt man, wie Akkordsätze bestimmt werden. (S. 11–13), welchen Grundsätzen das DGB-Programm folgt und wie stark die Einzelgewerkschaften sind (S. 106–112). Dieser Gewinn an Aktualität hat logischerweise den Preis, daß das Handbuch in relativ kurzen Abständen bearbeitet werden muß (und wird), um das Niveau zu halten.

Für Nichtarbeiter und -angestellte besteht sein Wert vor allem darin, daß man sich über konkrete Rahmenbedingungen sozialer Auseinandersetzung informieren kann, die ansonsten oftmals nur Gewerkschaftsfunktionären vertraut sind. Auch wird bei der Lektüre mancher Stichworte klar, unter welchen Bestimmungen und Beschränkungen die Genossen in den Betrieben ihre politische Arbeit zu leisten haben. Die Verfasser haben mit ihrer Arbeit bewußt abgestellt auf die konkreten Auseinandersetzungen im betrieblichen und gesellschaftlichen Alltag und die Probleme, die sich dort stellen.

Manchem studentischen Leser mag das Durchblättern dieser beiden Wörterbücher schon ein paar Probleme näherbringen, wie sie sich heute an den Hauptfronten des Klassenkampfs stellen. Besonders hervorzuheben ist allerdings ihr besonderer Wert für die politische Praxis: Auch und gerade für Studenten kommt es oft darauf an, sich schnell und kurz zu einem bestimmten Stichwort zu informieren. Man sollte sich nicht schämen, diese Wörterbücher in der Diskussion zu benutzen, beim Schreiben von Flugblättern und Artikeln, wenn man eine kurze und präzise Formulierung auch komplexer Sachverhalte braucht, wird man den Wert dieser Nachschlagewerke richtig schätzenlernen.

Sicher: Wenn man sich alle Bücher anschaffen wollte, die einem in Rezensionen als unentbehrlich gepriesen werden, man hätte bald alle Regale voll. Wörterbücher, wie diese beiden, die man ständig benutzen kann, sollten allerdings zu Gebrauchsgegenständen wie Zahnbürsten und Kämme werden.

Thomas Möbius





---

**Paul Boccara et al., Der staatsmonopolistische Kapitalismus. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M, 1972, 664 Seiten, 18,50 DM.**
**N. N. Inosemzew et al. (Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen): Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M, 1972, 899 Seiten, 16.20 DM.**
**S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus – Versuch einer theoretischen Analyse. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1972, 547 Seiten, 14.50 DM.**
**Der staatsmonopolistische Kapitalismus – Einführung in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972, 143 Seiten, 6,50 DM.**

Das Buch der französischen Autoren umfaßt zehn Kapitel, die jeweils in sich geschlossen sind, wobei Kapitel sechs bis zehn einige Schwerpunktthemen herausgreifen, die in den ersten fünf Kapiteln nur allgemein behandelt wurden.

Im ersten Kapitel versuchen die Autoren, ausgehend von der in Band III des Kapital entwickelten Theorie der Überakkumulation und Entwertung des Kapitals die wesentlichen Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in ihrem allgemeinen Zusammenhang darzustellen und die „Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus" abzuleiten, die nur durch eine revolutionäre „Aufhebung" gelöst werden kann. Im 2. Kapitel werden die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus, insbesondere in seiner jüngsten Entwicklungsphase abgeleitet, d. h. die Rolle der Wissenschaft und Technik und die Folgen der Automatisierung untersucht. Im dritten Kapitel wird eine Klassenanalyse für Frankreich erstellt, Begriffe wie „Klasse", „Klassenbewußtsein" und „Gesamtarbeiter" präzise entwickelt. Im Anschluß werden die Ausbeutung und ihre Formen, dann die Inflation mit einer kurzen Darstellung der marxistischen Geldtheorie behandelt. Im sechsten Kapitel wird das Verhältnis von Monopolen und Finanzkapital analysiert, im siebten die gegenwärtigen Merkmale des imperialistischen Systems herausgearbeitet, nämlich der transnationale Charakter der Akkumulation, die Internationalisierung der Produktion, der Neokolonialismus und nationale Befreiungsbewegung. Dies wird ergänzt durch die Kritik einiger Ideologien über die „Dritte Welt". Im achten Kapitel werden der Staat und die Finanzierung der Monopole behandelt, insbesondere die Funktion des Staatshaushalts. Schließlich wird das Problem der Planung im staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Verstaatlichung aufgegriffen.

Drei Aspekte des Buches scheinen mir besonders erwähnenswert. Erstens die Fassung des Begriffs des staatsmonopolistischen Kapitalismus: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus zeigt sich als eine organische Gesamtheit, die nicht nur ökonomische und soziale Elemente, sondern auch politische, ideologische, militärische und andere Aspekte umfaßt. So wie die staatlichen Finanzierung, der öffentliche Sektor, der Staatsverbrauch und die monopolistische Planung Wesenszüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind, wird er auch durch die Militarisierung der Wirtschaft, ideologischen und politischen Druck, den Zusammenschluß der reaktionären Kräfte und die Tendenz zur politischen Willkür gekennzeichnet" (S. 21). Die Autoren lehnen aber die Vorstellung einer Fusion von Monopolen und Staat ab, weil dadurch die dialektische Einheit von Ökonomie und Politik durch deren Identität ersetzt würde. Sie betonen aber, daß „die entscheidende Rolle ... letztlich die Monopole (spielen). Die Annahme, daß sich die Monopole und der Staat verflochten hätten, könnte zu der Meinung führen, daß entweder die Monopole verschwunden seien und daß der Kapitalismus schließlich seinen Charakter geändert habe oder daß der Staat zu einem passiven Instrument geworden ist, das sich in keiner Weise von den Monopolen unterscheidet." (S. 22 f.) Letztere Auffassung wird fälschlicherweise insbesondere von rechtsopportunistischer Seite den Vertretern der „Stamokap"-Theorie vorgeworfen, so auch im „Strasserpapier".

Zweitens: Ausgehend von der Leninschen Klassendefinition (Verhältnis zu den Produktionsmitteln, Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum) entwickeln die Autoren den Zusammenhang zwischen Klassenbewußtsein und Klassen-

zugehörigkeit und klären auf diesem Hintergrund die Rolle der Intelligenz. Das Klassenbewußtsein, schreiben sie, „ist keine einfache Addition von Einzelbewußtsein, sondern die fortschreitende Erkenntnis der historischen Situation einer Klasse. Diese Einsicht ist jedoch nicht spontan. Sie wird auch nicht abstrakt herausgearbeitet und entsteht nicht einfach durch die materielle Kooperation bei der Arbeit. Wesentliches konkret konstitutives Element des Klassenbewußtseins ist in erster Linie der Klassenkampf" (S. 160). Über die Intelektuellen heißt es dann, „sie bilden keine Klasse und auch keine einheitliche soziale Schicht ... Trotzdem kann man sie nicht als verstreute und verschiedenartige Individuen ansehen. Sie haben eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen. Mit den Klassen und Schichten organisch verbunden, unterscheiden sie sich von ihnen indessen durch eine spezifische Betätigung, die ihre Klassenzugehörigkeit nicht ändert, man kann sie deshalb als besondere soziale Kategorie ansehen" (S. 163). Die Tendenz geht aber dahin, daß eine wachsende Zahl von Intellektuellen zu Lohnarbeitern werden, so gehören in der Atomindustrie bereits 75 Prozent der Beschäftigten zur Intelligenz.

Die Autoren warnen allerdings vor einer Gleichsetzung von Lohnarbeitern und Arbeiterklasse und behandeln beispielsweise die Angestellten, die im Distributions- und Zirkulationsbereich beschäftigt sind, aber auch Meister, Techniker etc. als spezifische Schichten und rechtfertigen dies mit dem Hinweis auf die fundamentale Bedeutung des materiellen Produktionsprozesses. Sie betonen, daß eine solche Konzeption „letztlich die Arbeiterklasse in einer uneinheitlichen Menge aufgehen ließe", und dies „würde die Tragweite der Klassenkämpfe schwächen und zugleich das auf klare Grundlagen gestellte Bündnis zwischen allen vom Kapitalismus ausgebeuteten Gesellschaftsschichten hemmen" (S. 192).

Drittens die für deutsche Leser besonders interessanten Kapitel IX und X über staatsmonopolistische Planung und Nationalisierung. Im Gegensatz zu anderen imperialistischen Staaten wird in Frankreich mit offiziellen Wirtschaftsplänen gearbeitet. Zur Zeit läuft noch der VI. Plan. Das Wort „planification" ist bereits in den Sprachschatz westdeutscher Ökonomen eingegangen. Was steckt hinter dieser französischen Besonderheit? Die Tätigkeit des öffentlichen Sektors wurde in Frankreich nach den ersten Jahren nach der Befreiung vom Faschismus stark ausgedehnt. Die Kommunisten waren bis 1947 an der Regierung beteiligt, deshalb gab es in vielen Bereichen Ansätze zu einer demokratischen Planung, insbesondere in den verstaatlichten Unternehmen und auch bei der gesamtgesellschaftlichen Rekonstruktion der französischen Wirtschaft. Nach der Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung änderte sich der Charakter der Planung und der verstaatlichten Unternehmen; sie wurden schließlich zu einem Instrument der Monopolbourgeoisie. Heute hat der „Plan" lediglich noch die ideologische Funktion, „den Glauben an eine bewußte Leitung der Entwicklung der Volkswirtschaft aufrecht-(zu)erhalten" (S. 535). Hier zeigt sich, wie geschickt die Bourgeoisie auch im ideologischen Bereich sich an unterschiedliche Kräfteverhältnisse anzupassen vermag. Diese beiden Kapitel des Buches sind für die ideologische Auseinandersetzung, auch um die Frage der Mitbestimmung, von besonderem Wert.

Ist das Buch des französischen Autorenkollektivs speziell auf die Klassenkampfsituation in Frankreich zugeschnitten, so stellt sich die „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus" in allgemeinerer Form dar. Es wird von den Besonderheiten der einzelnen imperialistischen Länder stärker abstrahiert, wenn auch im wesentlichen Material aus den USA verarbeitet wird. Das sowjetische Autorenkollektiv kommt aber in seinen grundlegenden Einschätzungen zu dem gleichen Ergebnis wie die französischen Kollegen. Explizit geben sie auch die Methode ihrer Analyse an, die implizit in den übrigen Büchern ebenfalls angewandt wurde, „daß es auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft das allerwichtigste sei, ‚jede Frage von dem Standpunkt aus zu betrachten, wie eine bestimmte Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen diese Erscheinung in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, und vom Standpunkt dieser ihrer Entwicklung aus zu unterzuchen, was aus der betreffenden Sache jetzt geworden ist' (Lenin) (S. 70).

Das Buch gliedert sich in fünf Hauptabschnitte: Zunächst wird die „Stellung des Imperialismus in der heutigen Welt" bestimmt (I), dann die „Haupttendenzen in der Entwicklung der Wirtschaft des Monopolkapitalismus" (II) und die „Rolle des Staates in der Wirtschaft des Monopolkapitalismus" (III) dargestellt. Danach wird „das System der internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen des gegenwärtigen Kapitalismus" (IV) und abschließend „der Klassenkampf und der revolutionäre Prozeß in der Welt" (V) behandelt.

Die Autoren, die Kenntnisse der marxistischen politischen Ökonomie und der Leninschen Imperialismustheorie voraussetzen, beginnen ihre Analyse mit der Darstellung





der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die mit der Oktoberrevolution begann, die sowohl die erste siegreiche sozialistische als auch die erste siegreiche nationale Befreiungsrevolution in den Randgebieten des zaristischen Rußlands war. Überzeugend weisen sie nach, daß der wachsende Einfluß des Weltsozialismus immer mehr den Verlauf der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern bestimmt, daß mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus „weitsichtige bürgerliche Politiker" immer mehr dazu übergehen, „nicht so sehr an die Beseitigung des Sozialismus als an die Rettung des Kapitalismus denken" (S. 24).

Ausführlich werden die Probleme des ökonomischen Wettbewerbs der beiden Systeme behandelt sowie die wachsenden Widersprüche zwischen den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten und den Entwicklungsländern, die insbesondere eine Stagnation der Produktivkräfte in der Landwirtschaft dieser Länder bedingen, was zu einer relativen Überbevölkerung führt. Die Klassenanalyse in diesen Ländern ist sehr kompliziert, weil sich verschiedene Gesellschaftsformen von zerfallender Urgemeinschaft bis zu solchen monopolkapitalistischer Natur überlagern wie beispielsweise in Indien.

Unter diesen Bedingungen bildet sich, wie unter Berufung auf eine senegalesische Untersuchung festgestellt wird, eine neue Oberschicht – eine „bürokratische Bourgeoisie" – heraus, die in sich die „übelsten Züge aller ihr vorausgegangenen Klassen (vereinigt)". (S. 711).

Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Monopolen zur Unterdrückung des eigenen Volkes verdeutlicht, daß die Bourgeoisie überall in der Welt die Ideale der Französischen Revolution aufgegeben hat. Bemerkenswert sind auch die Ausführungen über die wissenschaftlich-technische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Staaten und deren Zusammenhang mit der Situation der Intelligenz und der „Jugendbewegung". Weder die Intelligenz noch die Jugend stellen eine eigene Klasse dar. „Die Jugend des sechziger Jahres", stellen die Autoren fest, „hat ihr bewußtes Leben in der Periode einer stürmischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der von ihr ausgelösten sozialen Presse begonnnen. Dieser revolutionäre, sprungartige Charakter der Veränderungen, die verschiedene Lebenssphären der Gesellschaft berührten, bedingte ernstzunehmende Unterschiede in der sozialen Erfahrung der ‚älteren' und ‚jüngeren' Altersgruppen aus verschiedenen sozialen Schichten kommenden Jugend eine gewisse Gemeinsamkeit (S. 699). „Die Gemeinsamkeit" aber „eines beträchtlichen Teils der Jugend besitzt jedoch zweifellos auch Klassencharakter. Sie wurzelt im Endergebnis in dem heutigen Wandel der Klassenstruktur der Gesellschaft, hauptsächlich im Proletarisierungsprozeß der Intelligenz und der Angestellten" (700). Und weiter heißt es dann unter Zitierung der Dokumente der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1969: „Nur die enge Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung und mit ihrer kommunistischen Vorhut kann der Jugend eine wahrhaft revolutionäre Perspektive eröffnen" (S. 701).

Sind in den bisher besprochenen Büchern die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen, ökonomischen Theorie eher Ergänzungen, so stellt dies ein zentrales Moment des Buches von Wygodski dar. S. L. Wygodski, Professor am Lehrstuhl Politische Ökonomie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, hat, wie der Pahl-Rugenstein Verlag schreibt, „den zur Zeit wohl bemerkenswertesten Einzelbeitrag der sowjetischen marxistischen Wissenschaft" zum SMK vorgelegt. In der Tat wird hier auf hohem Niveau eine Auseinandersetzung mit Keynes, Chamberlin, Harrod u. a. geführt.

Der Autor, der sein Werk bescheiden „Versuch einer theoretischen Analyse" nennt, sieht drei Problemkreise als Gegenstand seiner Untersuchung. „Erstens die Modifikation der allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktion (Wert, Mehrwert, Durchschnittsprofit und Produktionspreis) unter den Bedingungen der Monopolherrschaft ... zweitens die Modifikation der ökonomischen Grundmerkmale des Imperialismus in der Periode des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... drittens erfolgt ... eine Analyse des ökonomischen Wettstreites und des Kampfes der beiden entgegengesetzten Weltwirtschaftssysteme angesichts der sich entwickelnden wissenschaftlich-technischen Revolution und des Anwachsens des staatsmonopolistischen Kapitalismus" (S. 7 f).

Wygodski beginnt mit der Analyse der Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol, kennzeichnet aber „Konkurrenz" und „Monopol" als zwei sich widerstreitende Prinzipien, die sich als Kampf und Einheit von Gegensätzen erweisen. Unter dem Gesichtspunkt dieser widersprüchlichen Verknüpfung werden das Wirken des Wertgesetzes, das Gesetz vom Durchschnittsprofit, des tendenziellen Falles der Profitrate sowie die Veränderung des Charakters des kapitalistischen Zyklus untersucht. Er kritisiert die Inkonseqenzen des Chamberlin'schen Ansatzes der „Theorie der

Monopolkonkurrenz" ebenso wie die Monopolkonzeptionen der „Marxisten" Sweezy und Baran, zeigt ihre Verfälschungen von Marx und Lenin auf, führt ihr „Gesetz" vom „steigenden ökonomischen surplus", das im Monopolkapitalismus angeblich das Gesetz von der Tendenz der fallenden Profitrate abgelöst haben soll, ad absurdum.
Der Autor untersucht dann die Herausbildung des Marktwertes, des Marktpreises und des Extraprofits unter den Bedingungen der freien Konkurrenz und deren Modifikation unter monopolistischen Bedingungen sowie die Verwandlung des Produktionspreises in den Monopolpreis. Er analysiert den Zusammenhang zwischen Wertgesetz und Monopolpreis und wendet sich gegen Auffassungen, die den Monopolpreis nur als Abweichungen vom Wert ansehen, denn der Monopolpreis sei „ein Ergebnis der Modifikation des Wertes selbst . . ., eine spezifische Erscheinungsform des Wertgesetzes unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus" (S. 206). Bürgerliche Apologeten der hohen Monopolpreise, die die Lohn-Preis-Spirale als Ursache anführen, widerlegt er durch den empirischen Nachweis der „sinkenden Lohnsumme je Erzeugniseinheit".

Im zweiten Teil seiner Analyse untersucht Wygodski „das Hinüberwachsen des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolitischen Kapitalismus" (S. 281 ff.) und verweist auf Engels, der die kapitalistische Evolution bereits resümierte als „Aneignung der großen Produktions- und Verkehrsorganismen, erst durch Aktiengesellschaften, später durch Trusts, sodann durch den Staat" (S. 283; MEW 19, 228). In diesem Zusammenhang wird auch die imperialistische Integration in Europa behandelt, die Anfänge der „Europaideologie" aufgezeigt, die schon um die Jahrhundertwende eine Lieblingsbeschäftigung der deutschen Imperialisten war, damals allerdings um die „Herrschaft Englands (zu) brechen" (S. 343). Anschließend analysiert er die Rolle des Kapitalexports und kommt zu dem Ergebnis, daß dies Hauptursache für den Verfall von Dollar und Pfund ist.
Der dritte Teil dieses Buches beschäftigt sich mit den „Besonderheiten der kapitalistischen Reproduktion unter den Bedingungen des ökonomischen Wettstreites und des Kampfes der beiden entgegengesetzten Weltsysteme" (S. 395 ff.). Wygodski weist nach, daß erst unter dem Eindruck des hohen Wirtschaftswachstums der sozialistischen Länder in den 50er Jahren bürgerliche Ökonomen sich intensiver mit den Wachstumsproblemen beschäftigten. Anhand statistischen Materials wird deutlich, in welch raschem Tempo die UdSSR die USA in der Industrieproduktion einholt. Setzt man die Industrieproduktion der USA gleich 100, dann betrug die sowjetische 1945 15,5 Prozent der amerikanischen, 1955 41 Prozent und 1968 73,2 Prozent (S. 403).

Ausführlich setzt sich Wygodski mit den Wachstumsmodellen von Keynes, Kaldor und Harrod auseinander und widerlegt ihre teilweise nur als verrückt zu bezeichnenden theoretischen Ansätze, so bei Kaldor, wenn er Arbeitslosigkeit als Ursache für ein beschleunigtes Wachstum ansieht.

Auf dem Hintergrund dieser die ökonomische Realität widerspiegelnder Analyse wird auch verständlich, wieso immer mehr bürgerliche Ideologen dazu übergehen, den Sinn des Wirtschaftswachstums überhaupt in Frage zu stellen. Sie scheinen den Sieg des Sozialismus im ökonomischen Wettbewerb zu ahnen und reden jetzt lieber von „Erhöhung der Lebensqualität" und verkennen dabei, daß unter sozialistischen Bedingungen gerade ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum dies ermöglicht, daß nur unter kapitalistischen Bedingungen diese beiden Ziele in Widerspruch geraten.

Trotz unterschiedlichem Abstraktionsgrad und unterschiedlichem empirischem Material kommen alle Autoren zum gleichen Ergebnis, was die sich verschärfende allgemeine Krise des kapitalistischen Systems und die Aufgaben und Möglichkeiten der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus betrifft. Sicher lohnt es sich, diese systematischen Analysen – auch in diesem Heft – noch eingehender zu studieren, da sie teilweise auch unterschiedliche Weisen des Herangehens darstellen. Wer sich darüber kurz und schnell informieren will, dem bietet die Zusammenstellung aus dem Verlag Marxistische Blätter eine Hilfe.

Zu den Grundfragen der Theorie des SMK sei auch noch auf den Sonderdruck Heft 2/73 der Marxistischen Blätter, Heinz Schäfer: Was ist „Stamokap" und Delilez/Schleifstein: Staatsmonopolistischer Kapitalismus, in der Reihe „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" im Verlag Pahl-Rugenstein verwiesen.

Otto Kern



# Dokumentation:

## Forderungen des DGB zur Hochschulreform

Der Bundesvorstand des DGB hat am 8. Mai 1973 23 Thesen zur Hochschulpolitik verabschiedet. Diese Thesen verdienen die Aufmerksamkeit der fortschrittlichen Kräfte an der Hochschule. Sie dokumentieren das zunehmende Interesse der Gewerkschaften an der Hochschulpolitik. Das gemeinsame Interesse von Arbeitern und Studenten auch in Fragen der Hochschulpolitik wird hier vom DGB an zahlreichen Punkten artikuliert. Die Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns von Gewerkschaften und Studentenbewegung werden durch diese Forderungen des DGB verbessert.

Red.

Volle Chancengleichheit und Demokratisierung in allen Lebensbereichen sind die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die Arbeitnehmer ihre Rolle als gesellschaftliche Kraft wahrnehmen können.
Aus diesem Grunde hat der DGB in seinen „Bildungspolitischen Vorstellungen" vom März 1972 die Gleichheit der Bildungschancen und die Demokratisierung des Bildungswesens als gewerkschaftliche Grundforderungen herausgestellt.
Auf Grund ihres gesellschaftspolitischen Auftrages beanspruchen die Gewerkschaften eine führende Rolle bei der Diskussion und Durchsetzung der Bildungsreform. Für den Hochschulbereich bedeutet dies, daß die Reform von den Interessen der Arbeitnehmer bestimmt sein muß. Durch eine wirksame Erfüllung ihrer Aufgaben haben die Hochschulen zur Emanzipation und zu zunehmender Chancengleichheit beizutragen. Forschung und Lehre müssen unter Berücksichtigung der Freiheitsgarantie durch das GG dem Grundsatz demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Dies folgt aus dem gesellschaftlichen Auftrag und der Verantwortung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft und dem allgemeinen Demokratiegebot des sozialen Rechtsstaats.
Die kaum begonnene Hochschulreform droht zu scheitern. Konservative Kräfte bemühen sich intensiv, Reformen zu verhindern oder die eingeleiteten Reformen rückgängig zu machen.
Daher fordert der DGB, die bisherige Isolation der Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Hochschulbereich zu überwinden und der Reform zum Durchbruch zu verhelfen.

### I. Hochschule — Staat — Gesellschaft

1. Der DGB fordert die generelle Einführung der Integrierten Gesamthochschule. Die Integrierte Gesamthochschule muß alle Einrichtungen des tertiären Ausbildungsbereiches integrieren. Neue Hochschulen sind nur noch als Integrietre Gesamthochschulen zu gründen. Alte Einrichtungen des tertiären Bereichs sind bis spätestens 1980 in Gesamthochschulen zu integrieren. Die folgenden Grundsätze gelten bis zum Zeitpunkt der Integration auch für die nicht integrierten Hochschuleinrichtngen.
2. Der DGB wendet sich mit allem Nachdruck dagegen, die Entwicklung der Integrierten Gesamthochschule dadurch zu unterlaufen, daß Teilbereiche von Forschung und Lehre aus den Hochschulen ausgegliedert, aus dem Geltungsbereich der Hochschulgesetze ausgeklamemrt oder in Sonderhochschulen organisiert werden. Die Einrichtung und Finanzierung von privaten Hochschulen lehnt der DGB ab.
3. Der DGB fordert, das Zusammenwirken von Staat und Gesamthochschulen nach Art und Umfang gesetzlich zu regeln. Dies gilt in gleicher Weise für die Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium. Hierbei sind die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrages der Gesamthochschulen und die Verwirklichung der hierdurch berührten Verfassungsgrundsätze zu gewährleisten.
4. Die Rechtsstellung der Integrieretn Gesamthochschule muß das Recht und die Pflicht umfassen, ihre Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit selbst zu verwalten und die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Studiums ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Gesamthochschulen nach Maßgabe gesetzlicher Regelungen auf Bundes- und Landesebene in Gesamthochschulkonferenzen zusammenwirken.
5. Der DGB fordert hinsichtlich der Hochschulgesamtplanung, daß Staat und Gesamthochschulen auf gesetzlicher Grundlage unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Verantwortung gleichberechtigt zusammenwirken. Die Hochschulgesamtplanung ist in die mittelfristige Finanzplanung einzubeziehen. Die Zuständigkeit des Parlaments, bestimmte Haushaltsmittel mit einer Zweckbindung zu versehen, bleibt davon unberührt.
6. Ebenso wie der DGB Betriebsstrafen und ein spezielles Ordnungsrecht in anderen Bereichen ablehnt, wendet er sich entschieden gegen ein spezielles Ordnungsrecht an den Hochschulen. Der DGB sieht das geltende Recht als ausreichend an, um die Ordnung an den Hochschulen sicherzustellen.

**II. Studium — Lehre — Forschung**

7. Der DGB fordert Bund und Länder auf, durch die Erstellung weiterer Studienplätze den unerträglichen Numerus clausus zu beseitigen und Kapazitäten zur Öffnung der Hochschulen für interessierte Arbeitnehmer zu schaffen. Durch Gesetz ist auch sicherzustellen, daß die vorhandenen Ausbildungskapazitäten der derzeitigen Hochschuleinrichtungen erschöpfend genutzt werden. Der Numerus clausus stellt eine sozial ungerechte und absolut unzureichende Mangelverwaltung dar.

8. Die Integrierte Gesamthochschule muß allen Arbeitnehmern offenstehen, um Hochschulabschlüsse zu erwerben oder nachzuholen. Die berufliche Ausbildung muß gleichberechtigt neben die schulische Ausbildung treten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind geeignete Kurse in der ersten Phase des Studiums anzubieten. Berufliche Erfahrungen sind anzurechnen.

9. Das wesentliche Element der Entwicklung zu Gesamthochschulen ist eine Reform des Studiums. Studienreform kann nur unter Beteiligung aller Mitgliedergruppen der Integrierten Gesamthochschule konzipiert werden, da unmittelbare Rückwirkungen auf die Studierenden und auf die Arbeitsplätze aller Arbeitnehmer eintreten.

10. Die Studiengänge müssen so gestaltet werden, daß sie zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche berufsqualifizierende Abschlüsse ermöglichen, ohne daß die Studierenden von vornherein auf einen bestimmten Dtudienabschluß festgelegt werden. Das Studium muß insbesondere Sachkenntnis, Kritikfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft für Aufgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere für die angestrebte Berufspraxis vermitteln.

11. Die Studienreform muß die Trennung von zu theoretisch orientiertem Studium an den bisherigen Universitäten und von zu unkritisch auf die derzeitige Berufspraxis ausgerichtetem Fachhochschulstudium aufheben. In jeder Phase des Studiums müssen die Anwendung wissenschaftlicher Methoden, die kritische Prüfung vorgegebener Lehrmeinungen und die kritische Einbeziehung der Praxis des angestrebten Berufsfeldes im Vordergrund stehen. Die Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche bei der Lösung von Problemen muß — in der Form der Gruppenarbeit — eine aktive Rolle der Studierenden sicherstellen. Die Form des „Projektstudiums" soll helfen, zu behandelnde Gegenstände und Teilprobleme aus der Berufspraxis zu wählen und solche Studierende, die bereits im Beruf stehen oder standen, einzubeziehen.

12. Kontaktstudium sowie Angebote zur Weiterbildung für alle Arbeitnehmer in der Form des Direktstudiums und des Fernstudiums im Medienverbund müssen zu den unverzichtbaren Aufgaben der Gesamthochschulen gehören.

13. Auf allen Stufen der Ausbildung an Gesamthochschulen müssen die Studierenden eine ausreichende Förderung erhalten. Dies gilt auch für die Teilnehmer an Kontaktstudiengängen oder sonstigen Formen der Weiterbildung. Das heißt: Für jeden Jugendlichen und Erwachsenen muß ein Rechtsanspruch auf öffentliche Bildungsförderung im Gesamthochschulbereich bestehen.

14. Die Forschung an der Integrierten Gesamthochschule muß in gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitgliedergruppen durchgeführt werden. Nur in dieser Zusammenarbeit kann die Freiheit der Forschung vrewirklicht und zugleich ihre gesellschaftliche Funktion sichtbar werden.

15. Die Forschungsplanung muß ihre Schwerpunkte und Prioritäten so setzen, daß die grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Als langfristige Gemeinschaftsaufgaben, die im Rahmen staatlicher Forschungsfinanzierung verstärkter Förderung bedürfen, müssen solche Forschungen gelten, die dazu beitragen, eine humane Zukunft der Gesellschaft rational zu gestalten. Dazu gehören Bereiche der Sozialwissenschaft, insbesondere der Arbeitswissenschaft, der Arbeits- und Unfallmedizin, der Friedens- und Zukunftsforschung, der Umwelt-, Raumordnungs- und Städtebauforschung sowie die Bildungs- und Berufsbildungsforschung.

16. Forschungsvorhaben Dritter oder mit den Mitteln Dritter — auch als Nebentätigkeit und auch als staatlicher Auftrag — dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie den Aufgaben der Gesamthochschulen und ihrer Verantwortung für die Gesellschaft entsprechen. Die Kontrolle dre Drittmittel unterliegt den Kollegialorganen der Gesamthochschule. Die Drittmittel sind im Haushalt auszuweisen.

**III. Personalstruktur — Mitbestimmung — Organisation**

17. Die Neuordnung der Personalstruktur muß sicherstellen, daß die Arbeitnehmer der Integrierten Gesamthochschule korporationsrechtlich nur noch in zwei Gruppen unterschieden und zusammen mit der Gruppe der Studierenden in dieser Form gesetzlich verankert werden:
1. Arbeitnehmer mit Lehraufgaben
2. Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben
3. Studierende.

18. Alle Arbeitnehmer mit Lehraufgaben bilden gleichberechtigt den einheitlichen Lehrkörper. Für sie sind — soweit dies noch nicht





der Fall ist — gleichrangige Hochschullehrerstellen einzurichten. Die Gruppe der Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben erfaßt alle sonst in Forschung, Technik und Verwaltung Tätigen. Die Gruppe der Studierenden umfaßt alle, die nicht in einem Arbeitsverhältnis zur Hochschule stehen, also auch Studierende im Bereich der Weiterbildung sowie — unabhängig von der Vergabestelle — alle Stipendiaten.

19. Der DGB fordert nachdrücklich, daß den drei Gruppen gleiche Mitbestimmungsrechte in allen Fragen eingeräumt werden. Alle Selbstverwaltungsgremien müssen im Verhältnis 1:1:1 zusammengesetzt sein (Arbeitnehmer mit Lehraufgaben : Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben : Studierende).
Der DGB fordert entsprechende Regelungen im Hochschulrahmengesetz und in den Hochschulgesetzen der Länder*).
Keine dieser Gruppen darf durch die Einführung von bedsonderen Geschäftsordnungs- oder Wahlverfahren benachteiligt werden.

20. Die Organisationsstruktur der Gesamthochschule ist durch Gesetz in einem Rahmen festzulegen, der die Prinzipien der Effizienz, Verantwortung, Kontrolle und der öffentlichen Durchschaubarkeit eindeutig bestimmt. Hierzu sind auf zentraler Ebene und Fachbereichsebene ausführende und entscheidende Funktionen klar gegeneinander abzugrenzen. Die Entscheidungsfunktionen liegen allein bei den Kollegialorganen, die auf allen Ebenen nach den Mitbestimmungsregeln im Verhältnis 1:1:1 zu besetzen sind.

21. Da die Lehrfreiheit der Arbeitnehmer mit Lehraufgaben und die Lernfreiheit der Studierenden einander bedingen, muß die Durchführung von Lehre und Studium unter gleichberechtiger Mitwirkung aller Mitgliedergruppen im Rahmen der egnerellen Mitbestimmung geregelt werden.

22. Im Generellen Rahmen der Mitbestimmung fordert der DGB für die Kliniken der Gesamthochschulen, daß bei der Krankenversorgung die Entscheidung in Diagnose und Therapie beim behandelnden Arzt liegt. Dem entspricht die Pflicht, im nötigen Umfang Ärzte betroffener Fachrichtungen hinzuzuziehen.

23. Angesichts der besonderen Ausbildungssituation der Studierenden und der Schwierigkeit der Organisation dieser größten Gruppe an der Integrierten Gesamthochschule fordert der DGB die Beibehaltung der verfaßten Studentenschaft und hält ihr politisches Mandat für unverzichtbar.

*) Diese Form des Mitbestimmungsverhältnisses ist entsprechend gewerkschaftlichen Vorschlägen bisher nur im Hochschulgesetz des Landes Bremen verwirklicht worden.


Deutsche Volkszeitung

**ein demokratisches Wochenblatt — unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen**

Probeexemplare
unverbindlich und kostenlos durch

**MONITOR-VERLAG GmbH**
Düsseldorf, Oststraße 154
Postfach 5707

Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei

## Neuerscheinungen im Weltkreis-Verlag

**Kleine Rote Reihe 17**
Berufsbildung — Misere eines Systems
124 Seiten, DM 3,—

**Schlag nach bei Lenin!**
156 Seiten, DM 3,80

Ruth Werner
**Olga Benario**
Roman, 451 Seiten, DM 8,20

Nikolai Ostrowski
**Wie der Stahl gehärtet wurde**
Roman, 445 Seiten, DM 6,—

**Die eisernen Pferde**
Kinderbuch, 92 Seiten, DM 8,—
Lesealter 10 Jahre

Walter Kaufmann
**Das verschwundene Hotel**
Kinderbuch, DM 3,20
Lesealter 9 Jahre

Thomas Billhardt
**Hanoi am Tage vor dem Frieden**
318 Seiten mit Fotos, DM 19,80

Intersongs
**Festival des Politischen Liedes**
390 Seiten, DM 9,50

Eberhard Panitz
**Der Weg zum Rio Grande**
Ein Biographiebericht über Thomas Bunke
194 Seiten, DM 5,40

Georgi Dimitroff
**Arbeiterklasse gegen Faschismus**
114 Seiten, DM 3,50

**Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik**
144 Seiten, DM 6,—

## Im Oktober erscheinen folgende Taschenbücher:

Hubert Reichel
**Wie macht man Kriege?**
**Wie macht man Frieden?**
ca. 330 Seiten

Peter Schütt — Reportage
**Vietnam — 30 Tage danach**

Ernst Birnbaum
**Ein Dreckspatz aus dem Mezzogiorno**
Ein Kinderroman
ca. 150 Seiten

**Kleine Rote Reihe 18**
Christiane Knau und Fredrik Vahle
Die Maultrommel
Kinderlieder-Arbeitsheft

Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an!

**Weltkreis-Verlags-GmbH**
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10



# SOZIALISTISCHE POLITIK

**Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation**

**23**

*Julian Quijada, Hans W. Rachdorf:* Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (Teil I) / *Wilma Gensinger, Richard Albrecht:* Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD und Westberlin.

*Autorenkollektiv:* 1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin / *Albert Engelhardt:* Sozialistische Demokratie in der DDR / *Peter Römer:* Widersprüche im „Kapital" oder kapitalistische Widersprüche? / *Heinrich Heims:* Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß.

**24**

*Dieter Klein:* Die Jagd auf die „heilige Kuh" oder das Manöver „Lebensqualität" / *Kurt Zieschang:* Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus / *Michael Weber:* X. Weltfestspiele in Berlin / *Autorenkollektiv:* Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus / *Autorenkollektiv:* Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.

*Volker Klohr:* Antifaschistische Tarnschriften / *Wilma Albrecht:* Literatur im Widerstand.

**25**

*Hans W. Rachdorf:* Klassenkämpfe in Spanien (Teil II).
*André Leisewitz, Wanja v. Heiseler:* Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973 / *Winfried Wotschak:* Ökonomische Gesetze des Sozialismus / *Wilhelm Raimund Beyer:* Wie kommt das Proletariat in die Philosophie?

**26**

Soziale Probleme der sozialistischen Gesellschaft in der wissenschaftlich-technischen Revolution / Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten „demokratischen Sozialismus" / Zur Qualifikationsstruktur in der BRD / Stufenausbildung / Hochschulkampf in Westberlin II / Chinesische Außenbeziehungen / Geschichte der Arbeiterjugend.

Einzelheft DM 4,—, Jahresabonnement DM 20,— (inkl. Porto)

**Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH**
**1 Berlin 41 - Postfach 270 - Postscheck 62010-107**

nur

# rote blätter

1 Mark

**Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!**

**INFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION**

**In rote blätter 13 u. a.:**

- **Solidarität mit dem Volk von Chile!**
- **Kampf dem Hochschulreaktionsgesetz!**
- **Erfahrungen aus dem letzten Semester**
- **Weltkongreß der Friedenskräfte**
- **Und 13 Seiten übers Festival**

**Bestellungen an:**

**MSB SPARTAKUS**
**Bundesvorstand**
**53 Bonn 1, Postfach**

**MARXISTISCHER STUDENTENBUND**

# SPARTAKUS